

Verantwortung

Frieden für Israel und Palästina?



Zeitschrift des
Dietrich-Bonhoeffer-Vereins
21. Jahrgang / Nr. 39
Juli 2007
ISSN 0936-7454

39

INHALT

Jahrestagung April 2007 in Arnoldshain: „Wir wissen nicht, das wir tun sollen“ Verantwortung für den Frieden im Nahen Osten Redaktionelle Vorbemerkung	3
ULRICH SCHWEMER Ein Tagungsbericht	4
MARTIN STÖHR Frieden statt Sicherheit – Lernen aus der Friedens- ethik Dietrich Bonhoeffers	7
BRUNO SCHOCH Politische Analyse und Hintergründe des Nahostkonflikts	15
REINER BERNSTEIN Ein realistischer Weg zum Frieden – die „Genfer Initiative“	23
Text der „Genfer Initiative“: Entwurf eines Abkommens über den endgültigen Status	25
Vorstellung von Friedensinitiativen	
1. Judith Bernstein, Jüdische Stimme für gerechten Frieden	30
2. Deutsche Initiative für den Nahen Osten (DINO)	31
3. Nahost-Kommission von Pax Christi	32
4. Anette Mehlhorn, Religion – Politik – Gender: Eine Fraueninitiative	33
5. Hermann Sieben, Neve Shalom / Wahat al Salam – Oase des Friedens	34
6. Karin Laier, Netzwerk ökumenisches Begleitprogramm in Israel / Palästina	35
Eine Teilnehmerinnen-Reaktion	36
„Kirche der Freiheit“! – Kirche der Freiheit? Redaktionelle Vorbemerkung	37
EKD-Dokumentation zur gegenseitigen Anerkennung der Taufe	37
Axel Denecke, Kurzkommentar	38
Denecke, Martin, Pfeiffer, „Kirche der Freiheit“ – befangen in einem „zwanghaften“ Kirchenbild?	38
Vermischtes / Vereinsmitteilungen	
Leserbrief	42
Die Aktionsgruppe „David gegen Goliath“	43
Protokoll der 25. Mitgliederversammlung und Resolution des dbv Nr. 44	45
Terminvorschau 2007 und 2008	49
Buchhinweise und Buchbesprechung	14, 42, 44, 50
Impressum	51

Bild auf der Titelseite: Plakatbild „Church meets synagogue and Mosque“ mit Irith Gabriely (Mitte), Riad Kheder (links) und Hans-Joachim Dumeier (www.irith-gabriely.com)

In der Schriftleitung der „Verantwortung“ hat es einen Wechsel gegeben. Die vorliegende Nr. 39 ist die erste Ausgabe, die von dem neuen Schriftleiter Prof. Dr. Axel Denecke (Kontakt-daten im Impressum) betreut wurde. Das Editorial ist eine gute Gelegenheit, dem bisherigen Schriftleiter Christoph Rinneberg für sein zeitintensives Engagement zu danken. Christoph Rinneberg hat mit der Redaktionsarbeit die inhaltlichen Anliegen des dbv wirksam unterstützt.

Die Arbeit des dbv spielt sich in vielerlei Wechselvorgängen ab, die sich immer wieder an drei Kulminationspunkten verdichten: AG's, Tagungen, Zeitschrift „Verantwortung“. In den AG's des dbv werden Einzelthemen bearbeitet und Detaildiskussionen geführt. Mit den Tagungen wird die inhaltliche Arbeit auf eine breitere Basis gestellt und für neue Interessenten und Kooperationspartner geöffnet. Die Zeitschrift „Verantwortung“ dokumentiert die Arbeitsergebnisse und verlinkt sie mit den allgemeinen öffentlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Debatten.

Schon in der „Verantwortung“ Nr. 39 wollen wir Sie darauf hinweisen, dass der dbv im Mai 2008 sein 25jähriges Jubiläum begehen wird. Für die Tage vom 15.-18. Mai 2008 werden wir Sie nach Braunschweig einladen. Am 15. Mai 2008 (Donnerstag) ist der eigentliche Jubiläumstag. Für den Abend werden wir eine offene, geistig-kulturell anregende und gesellige Veranstaltung vorbereiten. Es wird sich anschließen vom 16.-18. Mai (Freitag bis Sonntag) die Jahrestagung 2008. Als Thema haben wir die Dialektik von Gehorsam und Ungehorsam ausgewählt. Der Gehorsam gegen Gottes Gebot befähigt und motiviert zum Ungehorsam in den profan-politischen Lebensbezügen. Kooperationspartner der Jahrestagung 2008 wird sein das Seminar für Ev. Theologie und Religionspädagogik der TU Braunschweig mit Prof. Dr. Gottfried Orth.

In der Hoffnung, dass Sie mit der „Verantwortung“ Nr. 39 eine interessante Lektüre zur Hand haben werden, grüßt Sie, auch im Namen des neuen Schriftleiters und der Redaktion,

Ihr Karl Martin

„Wir wissen nicht, was wir tun sollen“

(2. Buch der Chronik 20,12)

Verantwortung für den Frieden im Nahen Osten – Lernen von den InitiatorInnen

Jahrestagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins in Zusammenarbeit mit der Martin-Niemöller-Stiftung und dem AK „Kirche und Israel“ in Hessen und Nassau – Ev. Akademie Arnoldshain 13-15.04.2007

REDAKTIONELLE VORBEMERKUNG:

Schwerpunkt dieses Heftes – das ist uns schwer zu ersehen – ist die Jahrestagung unseres Vereins im April in der Akademie Arnoldshain. Zusammen mit der Martin-Niemöller-Stiftung und dem ev. Arbeitskreis „Kirche und Israel“ in Hessen und Nassau haben wir uns einem Thema angenommen, für das der Titel der Tagung „Wir wissen nicht, was wir tun sollen“ leider sehr treffend, aber eben ehrlich gewählt war. Da wir als Europäer bei aller gezeigten durchaus echten Betroffenheit doch eben nicht die wahrhaft Betroffenen sind, aus der Distanz meist eben nur „klug reden“ haben, sind auf dieser Tagung vor allem wirklich Betroffene zu Wort gekommen, mit ihren vielfältigen Er-

fahrungen vor Ort, mit ihrem Reden und Tun, ihrem Mit-Leiden und Ihrer Suche nach Lösungsmöglichkeiten. Neben dem Grundsatzvortrag von Martin Stöhr, über Jahrzehnte bei diesem Thema engagiert, der die Verbindung zu Dietrich Bonhoeffer herzustellen sich zur Aufgabe nahm, haben sich die verschiedensten Friedensinitiativen vorgestellt. Außerdem haben wir Ihnen in der „Verantwortung“ auch die wenig bekannte „Genfer Initiative“ zwischen Israel und Palästina – wenn auch nur in wenigen Ausschnitten, vor allem Jerusalem betreffend (Siehe S. 25-29) – zur Kenntnis zu bringen. Man sieht daraus, wie konkret, bis in Einzelheiten hinein, an einem Friedensabkommen von denen, die auf beiden Seiten „guten Willens sind“, real gearbeitet worden ist.



Bild l.n.r.: Judith Bernstein, Manfred Erdenberger, Karin Laier, Hermann Sieben, Franz-Roger Reinhard, Dr. Annette Mehlhorn, Bosiljka Schedlich

Da auf der Tagung bei sehr vielen Teilnehmern der Wunsch entstand, doch Vorträge und Statements möglichst vollzählig zu dokumentieren, kommen wir dieser Bitte gern nach, auch wenn in diesem Heft ein großer Teil des zur Verfügung stehenden Raumes damit bereist ausgefüllt ist.

Die Vorträge haben wir – das sind wir den Autoren schuldig – nicht gekürzt, die Statements und Berichte der InitiatorInnen haben wir allerdings auf 1-2 Seiten zusammenfassen müssen. Wir bitten um Verständnis dafür.

Nicht vorenthalten wollten wir den „Tagungsbericht“ von Ulrich Schwemer, als Vorsitzender des Arbeitskreises „Kirche und Judentum“ seit Jahrzehnten ein bewährter und nie müde werdender Kämpfer für den israelisch-palästinensischen Friedensprozess.

Auch wenn wir nicht wissen, was wir (als Europäer, weit weg vom Geschehen) tun sollen, so können wir doch hören, abwägen, uns schlau machen und uns mit denen solidarisieren, die sich unbeirrt gegen alle Widerstände für einen Frieden im Nahen Osten einsetzen. Redaktion

ULRICH SCHWEMER

„Wir wissen nicht, was wir tun sollen“ - Ein Tagungsbericht

Am Ende der Tagung standen Emotionen. Nachdem man sich anderthalb Tage lang mit Fragen des Nahostkonfliktes beschäftigt hatte, manche Infragestellung der eigenen Position hatte hinnehmen müssen, zugleich aber auch versucht hatte, anderen eine neue Sicht der Situation im Nahen Osten zu vermitteln, reichte ein gelungener Gottesdienst mit sehr kleinen Nuancen bei Liedern oder Texten, die Verletzlichkeit aufzuzeigen, die je nach persönlicher Biographie und persönlichen Kontakten in Israel/Palästina beim Hören auf fremde Positionen wahrzunehmen war. Hier wurde deutlich, was die gesamte Tagung lang, wenn auch im Hintergrund gegenwärtig war: Der Konflikt zwischen Israel und Palästina fordert die eigene Stellungnahme, führt zu Parteinahme und zu äußerster Wachsamkeit anderen gegenüber.

Zu spüren war dies von der ersten Diskussionsrunde nach der Eröffnung der Tagung an: Sind die geäußerten Meinungen ausreichend abgewogen? Werden sie den Rechten, den Sorgen und Nöten der jeweiligen anderen Seite gerecht? Wird Israel, werden die Palästinenser einseitig als die Hauptschuldigen an dem Konflikt bezeichnet? Wie definiert man die eigene Aufgabe als Außenstehender, als Mitglied des Volkes, das den Holocaust zu verantworten hat?

In der ev. Akademie Arnoldshain hatten sich von Freitagabend, 13. April bis Sonntagmittag, 15. April bis zu 80 Personen unter dem Tagungsthema: „Wir wissen nicht, was wir tun sollen (2. Chronik 20,12) - Verantwortung für den Frieden im Nahen Osten - Lernen von InnovatorInnen“ versammelt. Zu dieser Tagung hatten neben dem „Dietrich-Bonhoeffer-Verein“ (Vorsitzender Dr. Karl Martin) die „Martin-Niemöller-Stiftung“ (Vorsitzender Prof. D. Martin Stöhr) und der „Ev. Arbeitskreis Kirche und Israel in Hessen und Nassau“ (Vorsitzende Pfarrerin Gabriele Zander) eingeladen. Neben Referaten sollten im Verlauf der Tagung auch Organisationen zu Wort kommen, die in der einen oder anderen Weise an Friedens- und Konfliktfragen arbeiten. Vor allem waren Gruppen vertreten, die mit eigenen Friedensinitiativen vor Ort tätig sind.

Eröffnet wurde die Tagung mit einem Vortrag von Prof. Dr. Martin Stöhr, Bad Vilbel, von der „Martin-Niemöller-Stiftung“ zum Thema „Frieden statt Sicherheit - Lernen aus der Friedensethik Dietrich Bonhoeffers“. Der Referent zeigte auf, wie sich Bonhoeffers Friedensethik mit seiner Biographie verband.

Schon lange vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten war Bonhoeffer auf die Friedensfrage gestoßen. Das biblische Liebesgebot, in der Wirklichkeit zu leben, hieß für ihn nicht, sich zwischen Gut und Böse zu entscheiden, sondern zwischen Böse und Böse, da es die reine Lehre nie geben kann. So reibt sich die Liebe an der Wahrheit, der Frieden an der Freiheit oder die Barmherzigkeit an der Gerechtigkeit. Diese Gegensätze führen immer in Ausweglosigkeiten. So kann es dann notwendig sein, aus Liebe nicht jede Wahrheit zu sagen. Denn es könnte nötig sein zu lügen, um ein Leben zu retten, wenn man z.B. einen verfolgten Menschen aufgenommen hat und ihn vor seinen Verfolgern verbirgt. Ferner ist abzuwägen, welches Gut höher ist: Freiheit oder Frieden. Notwendig sei ein Handeln aus Freiheit, nur so könne der Mensch schöpferisch wirken.

Bonhoeffer sieht sehr früh die Gefahr des aufsteigenden Nationalsozialismus. Er setzt sich auch mit der Frage auseinander, ob Kriegsdienstverweigerung und Tyrannenmord zusammengehen, und bejaht diese Frage schon vor Beginn des sog. „3. Reiches“. Die tatsächliche Umsetzung seiner ethischen Grundsätze hätte die Gemeinden und Kirchen angeleitet, sich rechtzeitig gegen die beginnende Diktatur zu wehren, betonte der Referent. Beispielsweise wäre es wohl nie zum 2. Weltkrieg gekommen, hätten alle Christen gemäß ihrer christlichen Überzeugung den Kriegsdienst verweigert. Dies ist nicht geschehen, und als man merkte, welches Unrechtsregime sich installiert hatte, war der zivile Widerstand längst nicht mehr möglich. Bonhoeffer weiß aber auch: „Gnade ist nicht billig zu haben, Nachfolge ist teuer.“ Ihn hat sie das Leben gekostet, denn als er keine öffentlichen Möglichkeiten der Einwirkung auf das NS-Regime sah, ging er in den politischen Widerstand.

Bonhoeffer hat seine eigenen Positionen klar beschrieben: Die Kirche hat den Staat nach seinem legitimen Handeln zu befragen, da auch legales Handeln (nämlich nach den Gesetzen eines Unrechtsregimes) Unrecht sein kann. Die Kirche ist allen Opfern staatlicher Gewalt verpflichtet. Und vor allem: Sie hat nicht nur das Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu greifen. Dann aber kann der Tyrannenmord auch ethisch verantwortliches Handeln sein. Zugespielt auf das Tagungsthema fragt der Referent nach dem Verhältnis von Frieden und Sicherheit. Bonhoeffers These lautet: Friede ist das Gegenteil von Sicherheit. Denn das Bedürfnis nach Sicherheit bewirke Misstrauen voreinander.

Kontrovers wurde in der Diskussion darüber diskutiert, ob diese ethischen Handlungsanweisungen Bonhoeffers übertragbar seien auf den Nahostkonflikt. Zu fragen sei, ob durch das Handeln deutscher und europäischer Regierungen der Konflikt geschürt

werde z.B. durch Waffenlieferungen und ob dann nicht die ethische Notwendigkeit bestehe, die Regierungen an einem solchen Verhalten zu hindern. Kritisch hinterfragt wurde die Gegenüberstellung von Frieden und Sicherheit. Es gebe auch ein legitimes Sicherheitsbedürfnis, was z.B. die Sicht auf die Konfliktparteien in Nahost verändern würde.

Nach dem Grundsatzvortrag verteilte der Referent für die Diskussion eine Tischvorlage, in der er versucht, Konsequenzen aus den ethischen Prinzipien für den Nahostkonflikt zu ziehen. An den Begriffen Recht und Wahrheit entlang formuliert er seine Thesen. Er fragt nach der Umsetzung des Völkerrechtes, das sowohl die Existenz des Staates Israel eindeutig festschreibt als auch das Existenzrecht eines palästinensischen Staates. Ferner fragt er nach der Wahrheit einer selbstkritischen Deutung des Konfliktes aller Seiten, die sowohl die Traumata aller Betroffenen benennt, als auch den Missbrauch beispielsweise der Religion durch den religiösen Fundamentalismus. Der Referent fordert eine konziliare Auseinandersetzung der betroffenen Konfliktparteien, um ihre „tatkräftige Verantwortung, frei von politischen Rücksichtnahmen auf ihre eigenen Nationen und Ökonomien, wahrnehmen zu können.“ In Deutschland diese Forderung zu erheben, verlange aber, nicht zu vergessen, dass Deutschland den industriellen Massenmord durchgeführt habe.

Dr. Bruno Schoch, Frankfurt/Main von der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ trug eine „Politische Analyse und Hintergründe des Nahostkonflikts“ vor. Er verzichtet auf eine Darstellung der chronologischen Entwicklung des Konflikts. Stattdessen versucht er, zu einzelnen Themenschwerpunkten Lösungsstränge aufzuzeigen. Als Ausgangspunkt setzt er den UNO-Beschluss über die Zweistaatlichkeit in Israel/Palästina voraus. Ein Trennung von Staaten entlang der ethnischen Grenzen hält er für unmöglich, da solche Grenzen oft Konflikte verschärfen, z.B. durch ethnische Säuberungen. Vielmehr wird es darum gehen, den Menschen jeweils an ihren Lebensorten gleiche Rechte zu geben. In Israel ist dies für die Integration der israelischen Araber zu fordern, in den arabischen Ländern müsste den Palästinensern die Staatsangehörigkeit ermöglicht werden.

Es gilt, sich bewusst zu machen, dass wesentliche Wurzeln des aktuellen Konfliktes Ergebnisse des Kolonialismus seien, der z.B. die Briten je nach Sicherheitsbedürfnis für ihr Reich hat unterschiedliche Allianzen schmieden lassen oder Frankreich hat lange Zeit Israel unterstützen lassen, da Ägypten mit Nasser die im Konflikt mit Frankreich stehenden Algerier unterstützte. Als weitere Elemente benennt der Referent den Einfluss des religiösen Fundamentalismus und die Holocausterfahrung der überlebenden Juden. Israel gelte als Überlebensgarant des Judentums. Zugleich muss man aber für

die Diskussion in Deutschland bedenken, dass diese Voraussetzungen des Umgangs mit dem Nahostkonflikt wieder antisemitische Tendenzen freilegen: „Man wird doch wohl mal sagen dürfen...“

Auf der anderen Seite wird der israelisch-palästinensische Konflikt von den arabischen Staaten dazu instrumentalisiert, von den eigenen Problemen in ihren eigenen Ländern abzulenken. So gebe es in der arabischen Welt so etwas wie eine „Entwicklungsblockade“, die diese Länder wirtschaftlich, aber auch intellektuell zurückwerfe. Zu diskutieren wären in diesen Ländern die Freiheitsrechte, die Rechte der Frauen und das miserable Bildungssystem.

Insgesamt ist festzuhalten: Der Nahostkonflikt ist nicht der Mutterkonflikt im Nahen Osten. An ihm entscheidet sich aber die Glaubwürdigkeit der westlichen Politik und der UNO. D.h. die UNO-Resolutionen müssen umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist dann auch über den Umgang mit der Flüchtlingsproblematik zu sprechen wie z.B. Entschädigung für Haus- oder Landverlust auf arabischer wie auf jüdischer Seite.

Auf aktuelle Fragen des Nahostkonfliktes, auf mögliche Perspektiven eines Friedensvertrages ging Dr. Reiner Bernstein, München, „Israelisch-Palästinensische Friedensinitiative“ ein. Sein Thema lautete: „Ein realistischer Weg zum Frieden - die ‚Genfer Initiative‘“. Bernstein sieht in Deutschland im Blick auf den Nahostkonflikt eine Schwarz-Weiß-Malerei, da hier wichtige israelische oder palästinensische Veröffentlichungen nicht wahrgenommen werden, in denen neue Ansätze zum Frieden vor Ort deutlich werden. Bernstein setzt sich einerseits mit der Bindung des jüdischen Staats an die jüdische Religion auseinander, was nicht von Anfang an gegolten habe. Der Zionismus war mehrheitlich nicht religiös bestimmt. Die Staatsgründung wurde als eine Gründung aus Menschenhand verstanden, da ja auch die meisten Teile des israelischen Staates vor 1967 nicht auf biblischem Territorium gelegen haben. Nach dem Junikrieg 1967 habe sich dies gewandelt, nun wird die Gründung des Staates religiös begründet, was der Siedlerbewegung eine starke Motivation gegeben habe.

Auf arabischer Seite sei vor allem zu beklagen, dass die Palästinenser selber kaum einbezogen gewesen seien in die politischen Prozesse. Verhandlungen haben mit arabischen Staaten, aber nicht mit den Palästinensern stattgefunden, ein Interesse an Eigenstaatlichkeit Palästinas habe auf arabischer Seite kaum bestanden. Aus dieser Frustration heraus sei die PLO entstanden, die von den arabischen Staaten nur widerwillig anerkannt worden sei. Erst durch die Initiativen von USA-Präsident Bill Clinton seien auch die Palästinenser mit einbezogen worden. Die letzte Initiative Clintons führte zu der Begegnung von Israelis und Palästinensern in Genf,

die im Dezember 2003 zu einem Vertragsentwurf, der sog. „Genfer Initiative“ geführt habe.

In diesem Papier haben Israelis und Palästinenser in einem äußerst schmerzvollen Prozess, der mehrfach vor dem Abbruch stand, einen Entwurf für einen möglichen Friedensvertrag erarbeitet, der alle offenen Fragen anspricht, ob es sich u.a. um Kompensation für Flüchtlinge handelt, den Status Jerusalems oder den Zugang zum Tempel.

Bernstein, der auch nach der aktuellen Rolle Israels im Horizont der arabischen Gipfelkonferenz im Riad 2007 fragt und hier Konsequenzen aus der Schwächung der USA durch den Irakkrieg und aus dem Hegemoniestreben Irans sieht, legte konkrete Handlungsanregungen vor. Es gehe vor allem um Einflussnahme auf die öffentliche Meinung und die Politik und um die kleinen Schritte, die die politischen Parteien dazu bringen, im Blick auf den Nahostkonflikt eindeutige Positionen zu beziehen, die Israel zu „menschenrechtlicher Politik“ auffordern und die Umsetzung der Genfer Initiative vorantreiben. Hierzu wäre es notwendig, eine Versöhnungskonferenz nach südafrikanischem Vorbild einzuberufen.

In die Richtung der „kleinen Schritte“ könnten die Organisationen weisen, die am Nachmittag über ihre Initiativen berichteten: - Judith Bernstein über die Gruppe „Europäische Juden für einen gerechten Frieden (EJJP)“ und die „Jüdisch-palästinensische Dialoggruppe München“ - Manfred Erdenberger über eine neu gegründete „Deutsche Initiative für den Nahen Osten (DINO)“ - Karin Laier über das Programm des Weltrates der Kirchen „Netzwerk Ökumenisches Begleitprogramm“ - Hermann Sieben über die Friedenssiedlung in Israel „Neve Schalom/Wahat al Salam“ - Franz-Roger Reinhard über die Nahostkommission von „Pax Christi - Dr. Annette Mehlhorn über die „Sarah-Hagar-Initiative“ und das „Bendorfer Forum für Ökumenische Begegnung und interreligiösen Dialog e.V.“ - und schließlich Bosiljka Schedlich, Berlin über „PeaceWomen across the Globe“.

Während die letzten beiden Initiativen in Deutschland oder überregional arbeiten, arbeiten die anderen Organisationen entweder mit Initiativen im Nahen Osten zusammen oder sind selbst vor Ort tätig. Eindrücklich war die Bandbreite und das enorme freiwillige Engagement, das alle Initiativen auszeichnet, wobei der Hintergrund recht unterschiedlich ist, ob z. B. das „Ökumenische Begleitprogramm“, das in den besetzten Gebieten an Brennpunkten durch Anwesenheit seiner Mitglieder auf das Handeln der Konfliktparteien einwirken will, durch den ÖRK in Genf abgesichert wird oder eine Siedlung wie „Neve Schalom/Wahat al Salam“, hervorgegangen aus einer geistlichen Idee eines Dominikanerpaters, nun mit der Friedensschule und ak-

tivem gemeinsamem Leben von Juden und muslimischen wie christlichen Arabern vor allem sich selbst trägt oder durch Freundeskreise unterstützt wird. Leider nicht vertreten war „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“, das noch einmal ein ganz andere Variante des Friedensdienstes hätte einbringen können.

Zu erwarten war, dass gerade auch der Bericht verschiedener Initiativen emotionale Reaktionen hervorrufen würde, denn viele der Aktivitäten finden entweder auf der einen oder der anderen Seite statt und müssen sich dann auch den Vorwurf der Einseitigkeit gefallen lassen, dem sie aber durch die Struktur ihrer Arbeit gar nicht entgehen können. Da jedoch auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schon mit vorgefassten Meinungen nach Arnoldshain gekommen waren, galt es immer wieder, diese Problematik zu thematisieren. Alle werden am Schluss der Tagung um einiges sensibler für die Problematik des Nahostkonfliktes und der Parteinahme in diesem Konflikt geworden sein.

Den insgesamt sehr positiven Eindruck der Tagung verstärkten ein ergreifendes Friedenskonzert mit der Jüdin Irith Gabriely (Saxophon und Klarinette), dem Moslem Riad Kheder (Trommeln und Uth) und dem Christen Hans-Joachim Dumeier am Flügel und der schon erwähnte Gottesdienst am Sonntagmorgen, der die Thematik der Tagung noch einmal aufnahm und sich so auch auf das schwierige Gebiet der Ausgewogenheit begab. Dieser Gottesdienst war ein wichtiger Teil dieser Tagung, die so viele Ausweglichkeiten aufgezeigt hatte. Im Loben Gottes und im Gebet konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Gefühle, ihre Hoffnungen und Ängste ausdrücken.

Dies wurde am Ende der Tagung den Veranstalterinnen und Veranstaltern dieses so schwierigen Tagungsthemas mit Dank bestätigt. Je nach eigener Position in diesem Nahostkonflikt hätte sich manche/r wohl eine stärkere Behandlung oder Zuspitzung des einen oder anderen Themas und Problems gewünscht. Doch das Tagungsthema hatte die eigentliche Zielgruppe dieser Tagung benannt: „Wir wissen nicht, was wir tun sollen“. Auch wenn einer der Referenten dies eigentlich als einen Offenbarungseid bezeichnet hatte, war es in der Tagung genau darum gegangen: In einen Gedankenaustausch darüber zu treten, welche Möglichkeiten der Einwirkungen auf den Nahostkonflikt wir hier in Deutschland, in Europa haben und welche nicht. Deshalb war es auch richtig, dass bei dieser Tagung nicht Vertreterinnen und Vertreter der Konfliktparteien selber anwesend waren. Denn dann wären ihre Konflikte vor einem fremden Publikum zu behandeln gewesen und die Teilnehmer/innen wären Zuschauer/innen geworden. So aber mussten sie um ihre eigenen Positionen ringen, und das taten sie mit Sachverstand, mit Fähigkeit zum Hören und mit vielen Emotionen.

MARTIN STÖHR

Frieden statt Sicherheit Lernen aus der Friedensethik Dietrich Bonhoeffers

Innovativ hat – nicht nur in der deutschen Kirche, sondern in der weltweiten Ökumene – Dietrich Bonhoeffer gewirkt wie wenige christliche Gruppen und Menschen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der zwei Weltkriege von deutschem Boden aus gestartet wurden. Sowohl seine bis heute provozierende, nonkonformistische Lebenspraxis und seine intellektuelle Wachheit und Offenheit zeigen, dass er selbst ein Lernender ist. Er zieht durch seine Fragen und durch seine Entschiedenheiten bis heute Menschen in ein eigenes, unkonventionelles Fragen sowie in eigene Entschiedenheit hinein.

I. Am Beginn einer neuen Ethik

Der 23-jährige Vikar Bonhoeffer hält am 8.2.1929 in der deutschen Auslandsgemeinde Barcelona einen Vortrag über *Grundfragen christlicher Ethik*. Er geht ausführlich auf die Frage nach Krieg und Frieden ein. Er behandelt sie als erstes ethisches Problem und stellt sie in den höchst aktuellen Zusammenhang der *völkischen Ausdehnung, des Wachstums, des Krieges, des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes* (168). Damit nennt er die entscheidenden Triebkräfte der Neuzeit: den Nationalismus, das ökonomische und politische Wachstum in Konkurrenz und auf Kosten anderer sowie den Krieg als Mittel der Politik.

Ehe er fair und kritisch zwei Positionen schildert, macht er klar: *Es gibt im Neuen Testament keine ethische Vorschrift, die wir buchstäblich zu übernehmen hätten oder auch nur übernehmen könnten*. Bibeltreue verlangt keinen Biblizismus der Buchstabentreue, sondern die geistvolle Freiheit, in der biblischen Botschaft in neuen Situationen ihre Aktualität und Wirkkräfte zu entdecken. Dann beschreibt die eine These: Es sei das *größte Missverständnis, wenn man die Gebote der Bergpredigt selbst wieder zum Gesetz macht, indem man sie wörtlich auf die Gegenwart beziehe*. Graf Tolstoj erliege wie andere christliche Gruppen diesem Missverständnis. Im Blick auf den Krieg sagt Bonhoeffer dann noch ganz traditionell, es könne auch *der Mord geheiligt werden*.¹ Wer sich nur auf das Gebot „Du sollst nicht töten!“ bezieht, kommt zu dem prinzipiellen Schluss: *Der Krieg ist nichts als ein Morden, der Krieg ist ein Verbrechen, kein Christ kann in den Krieg gehen* (170).

Aber es ist auf der anderen Seite auch zu bedenken, dass das Liebesgebot verlangt, den Nächsten zu schützen. *Es bleibt mir in solchem Falle nicht mehr die Wahl zwischen Gut und Böse... ich werde die Waffe erhe-*

ben in der furchtbaren Erkenntnis, etwas Entsetzliches zu tun, aber doch nicht anders zu können...und weiß doch, dass das nur durch Blutvergießen geht, aber die Liebe zu meinem Volk wird den Mord, wird den Krieg heiligen (171f). Es sei dem Volk erlaubt, ohne *Sentimentalitäten*,...über den anderen, auch wenn es ihm wehtut, hinwegzuschreiten, denn *Gott will die Stärke des Lebens, nicht die Angst, und Gott selbst wird die Wunden, die er durch uns reißt, die wir wegen ihm reißen, reichlich zu heilen wissen* (174). Bonhoeffer ist der idealistischen Meinung: *Der Christ, der in den Krieg geht, wird seinen Feind nicht hassen, weil er überhaupt nicht hassen kann, so wird er noch im Kampf für ihn und seine Seele beten, wenn er seinen Leib dem Tode ausliefert, er wird ihn segnen, wenn er selbst von der Hand des Feindes den Todesstoß bekam, denn...auch der Feind schützt seine Mutter, seine Kinder und sein Volk* (171). Idealistisch nenne ich den Gedanken, weil hassfreies Töten die Macht der Propagandamaschinerie der Medien, der Politik, die Tötungstechnologien und die Beschränktheit der vox populi maßlos unterschätzt. Darüber hinaus ist das Segnen der Verfolgten durch die Verfolgten nach den Seligpreisungen der Bergpredigt eine christliche Aufgabe derer, die wegen ihrer Nachfolge Christi und nicht wegen eines Krieges verfolgt werden.

Dieser frühe, das Thema nicht verharmlosende Vortrag erweckt den Eindruck, dass Oswald Spengler mit seiner Theorie von einem naturgesetzlichen Aufstieg des einen Volkes und dem ebenso naturgesetzlichen Untergang eines anderen Volkes zur jüngsten Lektüre Bonhoeffers gehört. Noch denkt Bonhoeffer ganz in den Kategorien von Volk und Nation. Dazu kommt die traditionell christliche Angst vor einer „Gesetzlichkeit“, die die christliche „Freiheit“ gefährdet, als deren Schatzkanzler der Protestantismus sich versteht. Aber es ist auch nicht zu übersehen, dass einige Kennzeichen und Grundbegriffe Bonhoefferschen Denkens schon klar hervortreten: Das sorgfältige Analysieren der Wirklichkeit und zwar sowohl der Welt wie des Christusglaubens. Er will beide Wirklichkeiten nicht zu Gunsten eines Rückzugs in die Innerlichkeit auseinanderfallen lassen. Er formuliert die ethischen Optionen schonungslos. Aber er warnt auch leidenschaftlich und mehrfach davor, aus ihnen *Ideen und Prinzipien* zu machen.

Er sieht gegen jede Eindimensionalität ethischer Urteilsbildung die Notwendigkeit, zu fragen: *stelle ich etwa das Gebot der Liebe über das der Wahrheit, oder umgekehrt?*(168). Barmherzigkeit und Gerechtigkeit, Liebe und Wahrheit, Frieden und Recht (biblische Hauptworte und -sachen) verlangen ihre abwägende Berücksichtigung im Prozess ethischer Urteilsbildung und ethischer Praxis, die am ethischen Reichtum der Bibel orientiert ist. Er erlaubt nicht, nur ein Ziel monothematisch zu verfolgen. Es kann notwendig werden, dass in bestimmten Situationen das eine Ziel wichtiger wird als das andere. Nicht möglich ist ein Selbstausschluss der ChristInnen aus der

Wirklichkeit mit dem allgemeinen misanthropischen Sündenbewusstsein, dass der Mensch böse sei. Ausgeschlossen sind aber auch Gleichgültigkeit und Beziehungslosigkeit gegenüber der menschlichen wie gegenüber der Christus-Wirklichkeit. Bonhoeffer insistiert auf seinem Wissen, dass es Situationen gibt, die nicht eindeutig sind, ich also nicht *zwischen Gut und Böse, sondern zwischen Böse und Böse zu wählen* (168) habe. Bonhoeffer rechnet mit der *notvollen Entscheidung des Augenblicks* (173). Noch entscheidet er sich selbst nicht.

Ich fasse seine früh entwickelten ethischen Ansätze mit seinen eigenen Worten zusammen: *Der Christ steht frei ohne irgendwelche Rückendeckung vor Gott und vor der Welt, auf ihm allein ruht die ganze Verantwortung dafür, wie er mit dem Geschenk der Freiheit umgeht... Das Handeln nach Prinzipien ist unproduktiv ... Das Handeln aus Freiheit ist schöpferisch. Der Christ greift gleichsam aus der Ewigkeit die Gestalten seines ethischen Schaffens, setzt sie souverän in die Welt, als seine Tat, seine Schöpfung aus der Freiheit eines Kindes Gottes... Der Christ schafft neue Tafeln, neue Dekaloge.* Damit stiehlt Bonhoeffer dem antichristlichen und Herrenmenschentum produzierenden Nietzschekult seiner Gegenwart die Vokabeln. *Der Übermensch ist wahrhaftig nicht, wie er meinte, das Gegenbild des Christen, sondern ohne es zu wissen, hat Nietzsche hier viele Züge des freigewordenen Christen, wie ihn Paulus und Luther beschreiben und kennen, hineingetragen* (165). Bonhoeffer versteht ihn als den neuen Menschen – übrigens in Übereinstimmung mit einer Debatte unter jüdischen Emigranten (z.B. des Instituts für Sozialforschung) in New York.² Sie entreißen den kritischen Geist Nietzsches einer unkritisch-rassistischen Verwendung durch die Nazis, die ihn für ihre Verachtung der Gebote des biblischen Gottes und für ihre Herrenmenschenideologie benutzen.

Wie neue Dekaloge aussehen können, sei an einem Beispiel aus einer Predigt am 8. Mai 1932 in Berlin über unser Programm-Motto Frage „Wir wissen nicht was wir tun sollen, sondern unsere Augen sehen nach dir“ erläutert. Er wendet sich gegen die, vor allem christlich argumentierenden Politiker, zu denen auch die Nazis gehören, die in ihrem Parteiprogramm ein „positives Christentum“ propagieren (Art. 24). Solche Politiker treten absolut sicher auf: „Wir wissen doch, was wir tun sollen, natürlich unseren Nächsten lieben – und dann sehen wir auch nach Gott.“ Der Nächste ist für sie – und nicht nur für sie – das deutsche Volk, die sog. Arier. Bonhoeffer macht darauf aufmerksam, dass mit dem Verweis auf ein Bibelwort – das natürlich „richtig“ ist – noch gar nichts gesagt ist. Er sucht keine Zitate zur Legitimation, dessen, was er schon weiß und will. Er fragt nach der hilfreichen und kritischen Botschaft fürs Heute – in einer Situation 1932, in der über sechs Millionen arbeitslos sind, in der mit Notverordnungen regiert wird und die NSDAP in einem aufhaltenden Aufstieg ist. *Was heißt denn den Nächsten lie-*

*ben? Was heißt das für den Politiker, der über Krieg und Frieden zu entscheiden hat? Was heißt das in der Erziehung, in der Ehe, für den wirtschaftlichen Unternehmer, ... indem er sein Unternehmen vergrößert, seinen Leuten Arbeit gibt und sie hundert anderen nimmt, indem er 100 reichlich zahlt und 500 knapp?*³ Wir müssen uns in den individual-ethischen wie in den sozial-ethischen Fragen konkret entscheiden und frei Verantwortung übernehmen. Eine Blickrichtung zeigt uns das Kreuz: Es verweist uns auf Christus als die Verkörperung des Willens Gottes und die Verkörperung der Menschlichkeit wie der Menschheit.

Gerade mit seinen unfertigen Gedanken hinterlässt Bonhoeffer uns Lektionen, die aufzugreifen bis heute der Christenheit helfen kann, aus einer weltflüchtigen und nachfolgefremen Frömmigkeit herauszufinden. Frieden gehört damals wie heute auf Platz eins der Tagesordnung.

II. Ökumenisch lernen

In der Weimarer Republik steht für Familie Bonhoeffer fest: *Hitler bedeutet Krieg.* Es war die Position einer Minderheit, während die Mehrheit der Deutschen – nicht nur bei den Nationalsozialisten – entweder aus Politikverachtung oder aus Sehnsucht nach einem starken Mann einer großen Koalition aus NSDAP und rechts-konservativer DNVP den Weg ebnet. Am 30. Januar 1933 ernennt Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Der Jubel in allen Schichten übertönt die Sorgen der Opposition und der bedrohten Minderheiten. Auf dem Weg zu diesem Datum, das die Bewährung seiner Vorstellungen unter den Bedingungen einer mehrheitlich gewählten oder hingenommenen Diktatur fordert, geht Dietrich Bonhoeffer seinen Weg als Student in Tübingen, Rom und Berlin, promoviert, habilitiert sich, wird Vikar, Gemeindepfarrer und Privatdozent an der Berliner Universität. Aus diesen nüchtern benannten Stationen will ich für unsere Fragestellung nur drei herausheben:

a. Dietrich Bonhoeffer legt als 21-jähriger mit einer Berliner Dissertation *Communio Sanctorum* eine theologische und soziologische Untersuchung zum Verständnis der Kirche vor. Sie zieht Konsequenzen aus dem biblischen Befund, dass die Kirche „Leib Christi“ ist. In der irdischen, auch in der kümmerlichen Existenzform der gegenwärtigen Kirche lebt der heute gegenwärtige Christus. Aber Christus existiert genau so real in den bedrohten und schwachen Menschen. Bonhoeffers Lebensmotto *Tu deinen Mund auf für die Stummen*, ein Wort aus dem Prediger Salomo (8,31), wird zur kritischen Sonde, die Wirklichkeit der Welt auf Handlungsnotwendigkeiten hin abzufragen und die Wirklichkeit des Leibes Christi, die christliche Gemeinde also, als Akteur mitten in dieser Welt zu sehen. War für ihn in seinem Barcelona-Vortrag noch der Einzelne das Subjekt des ethischen Handelns, so schreibt er zunehmend dem Kol-

lektiv der christlichen Gemeinde diese Aufgabe zu, verantwortliches und freies Subjekt in der Geschichte zu sein.

Bonhoeffer wird 1943 in einem Rückblick nach zehn Jahren seine realistische Lern-Perspektive so beschreiben: *Es bleibt ein Erlebnis von unvergleichlichem Wert, dass wir die großen Ereignisse der Weltgeschichte einmal von unten, aus der Perspektive der Ausgeschalteten, Beargwöhnten, Schlechtbehandelten, Machtlosen, Unterdrückten und Verhöhnnten, kurz der Leidenden sehen gelernt haben.* In dieser Aufzählung sind die Opfer alle genannt, die nach der 10 Jahre herrschenden Staatsdoktrin planmäßig „auszumerzen“ sind. Dieses nie verheimlichte Programm wird durch alle Medien und Wissenschaften servil unterstützt.

Kurz vor seiner Verhaftung 1943 ist er in dieser Bilanz „Nach zehn Jahren“ Nazidiktatur dankbar für diesen *tauglicheren Schlüssel...zur betrachtenden und tätigen Erschließung der Welt als das persönliche Glück.* So nur könne man *dem Leben in allen seinen Dimensionen gerecht werden und es so bejahren.*⁴ Dem Leben in allen seinen Dimensionen *betrachtend und tätig gerecht werden* und es so bejahren, das ist zuerst ein Leben für andere und ihr Leben ohne Bedrohung und Gewalt. In derselben Bilanz steht auch der entscheidende Satz gegen Lebensentwürfe, die das Leben der Anderen nicht betrachten, sondern wegsehen und nur persönliches Glück und Heil oder nur privaten Spaß verfolgen: *Die letzte verantwortliche Frage ist nicht, wie ich mich heroisch aus der Affäre ziehe, sondern wie eine kommende Generation weiterleben soll* (25).

Inzwischen sind zwei oder drei Generationen gekommen und gegangen und wir sind wieder bei den Positionen von 1929 angekommen. Eine Rechtfertigung des Krieges in der bequemen Wiederbelebung einer Ethik des gerechten Krieges kann sich durchaus und nebenbei eine großherzige Duldung von prinzipiellem Pazifismus leisten. Dazu kommt: Es sind nicht mehr die Nationen, die im politischen und ökonomischen Konkurrenzkampf den Krieg als notwendigen Schutz der Nächsten ausgeben, sondern global agierende ökonomische und politische Blöcke, die ihre Interessen als ökonomisch Reiche auf der einen Seite oder auf der anderen Seite sich selbst als angemähte Interessenvertreter der Armen pseudoreligiös propagieren.

b. Bonhoeffer gewinnt zunehmend einen internationalen, einen ökumenischen Blick – wobei „Ökumene“ im biblischen Sprachgebrauch den gesamten bewohnten Erdkreis umfasst, also sowohl die Beziehungen der verschiedenen Kirchen untereinander wie auch die aller Erdbewohner – gleichgültig ob christlich oder nichtchristlich. Einen entscheidenden Anstoß in dieser Richtung erfährt er durch ein Stipendium am Union Theological Seminary, einer ökumenisch ausgerichteten Hochschule in New York (1930 bis 1931). Obwohl er mit dem Überle-

genheitsgefühl europäischer Theologen in die USA reist, beeindruckt ihn zwei Begegnungen besonders stark. Jean Lasserre, ein aus der Minderheitenkirche der Hugenotten Frankreichs stammender Mitstipendiat, vertritt eine Auffassung der Bergpredigt, die ihn überzeugt. Lasserre folgt nicht der katholischen Tradition, die die Bergpredigt mit ihren sehr konkreten Geboten als besondere Ethik einer Ordenselite ansieht, aber nicht als Handlungsanweisung der gemeinen ChristInnen. Auch die lutherische Deutung lässt Lasserre nicht gelten. Nach ihr ist die Bergpredigt ein Spiegel, in dem ich erkennen kann, dass ich allein auf Gottes Gnade und nicht auf meine Werke angewiesen bin. Bonhoeffer beginnt in dieser lebenslangen Freundschaft zu begreifen, dass die Gebote Gottes lebenspraktisch getan werden wollen. Und zwar von denen, die sich in der Nachfolge Christi verstehen. Als Bonhoeffer ab 1935 das illegale Prediger-Seminar der Bekennenden Kirche in Finkenwalde leitet, wird er mit seinen Vikarskursen intensiv an dieser Thematik weiter arbeiten. Er lässt sie auch nicht darüber im Unklaren, dass er den Kriegsdienst verweigern wird, wenn der Krieg beginnt, den er kommen sieht.

In der Anklageschrift des Reichskriegsgerichtes im Jahr 1943 heißt es dementsprechend: *Bonhoeffer ist hinreichend verdächtig, ... im Jahr 1939/40 es unternommen zu haben, durch ein auf Täuschung berechnetes Mittel sich der Erfüllung des Wehrdienstes zeitweise zu entziehen ... Verbrechen gegen §5 Absatz 1 Ziffer 3 der Kriegssonderstrafrechts-Verordnung.*⁵ Noch wusste zum Zeitpunkt dieser Anklage die NS-Justiz nichts davon, dass er beratend und aktiv seit 1938 an Versuchen beteiligt war, Hitler zu töten, um den Judenmord wie den Krieg durch einen Tyrannenmord zu beenden.

1937 erscheint unter dem Titel *Nachfolge* seine Auslegung der Bergpredigt. Ich will daraus nur zwei Gedanken festhalten: Er wendet sich gegen die übliche Diffamierung des Gesetzes, durch das der Mensch angeblich Leistungen und Rechte Gott gegenüber erwirbt. Die Bergpredigt enthält als Kurzfassung des Evangeliums Gebote Gottes bzw. Christi, die schlicht gehört und befolgt werden können und müssen. Natürlich nicht in sklavischer Wortwörtlichkeit, die sich nur gefordert sieht, eine linke Backe hinzuhalten, wenn auf der rechten eine Ohrfeige landet. *Das Gebot Jesu hat nichts zu tun mit seelischen Gewaltkuren. Jesus fordert nichts von uns, ohne uns die Kraft zu geben, es auch zu tun. Jesu Gebot will niemals Leben zerstören, sondern Leben erhalten, stärken, heilen.*⁶ Es geht um den Geist der Bergpredigt, der realisiert werden soll – gegen Gewalt, gegen Aufrechnen, gegen Unrecht, gegen Töten und seine Vorformen des Hasses und der Vorurteile.

Dass es heute ein Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung gibt, verdankt sich nicht einer wortwörtlichen Auslegung der Bergpredigt, sondern der Umsetzung dieser Alternative gegen den Geist der

Gewalt und des Krieges in einer rechtsstaatlichen Gesellschaft – durch Einzelne und christliche Friedenskirchen. Diese mussten oft teuer dafür bezahlen, nicht selten mit dem Leben.

Bonhoeffer wendet sich gegen eine *billige Gnade*, die aus der Gnade, aus der Zuwendung Gottes zu den Menschen eine *Schleuderware* macht, *Gnade als uner-schöpfliche Vorratskammer der Kirche, aus der mit leichtfertigen Händen bedenkenlos und grenzenlos ausgeschüttet wird*. Billige Gnade rechtfertigt die Sünde und nicht die Sünder. Ein frommer Quietismus sagt: *Weil Gnade doch alles allein tut, darum kann alles beim alten bleiben. ‚Es ist doch unser Tun umsonst auch in dem besten Leben.‘* (1). So spitzt der Lutheraner Bonhoeffer seine Kritik an einem oft allzu harmlos und flott gesungenen Lutherlied zu (EG 299). Die Gnade ist billig zu haben, die Nachfolge aber ist teuer. Lassen Sie mich den Gedanken Bonhoeffers weiter zuspitzen: Er sagt damit, dass nicht nur das Gebot Gottes in sein Gegenteil verkehrt werden kann. Das wird allzu häufig dem Judentum von christlicher Seite vorgeworfen, da man meint die Tora, die Weisung Gottes, besser zu verstehen als die Juden. Nein, auch das Evangelium kann in sein Gegenteil pervertiert werden – in billige Gnade, in Opium des Volkes, in Sentimentalität, in Ritual. Bonhoeffer legt den revolutionären Gehalt der Bergpredigt wieder offen: Die Gewalt, *das Böse* wird sich *totlaufen*. Es wird *darin ohnmächtig, dass es keinen Gegenstand, keinen Widerstand findet ... Das Böse kann hier sein Ziel nicht erreichen, Böses zu schaffen* (85). Es sind jene Gedanken, die auch Martin Luther King bestimmen, die Kette der Gewalt durch Gewaltlosigkeit zu durchbrechen. Und es ist jene Praxis, die Mahatma Gandhi unter Berufung auf die Bergpredigt übt. Die Bergpredigt ist für ihn ein Grund, Christ zu werden, die Kirche ist ihm ein Grund, es nicht zu werden. Zu jenem Mahatma Gandhi nimmt Bonhoeffer dreimal Kontakt auf, um von und mit ihm zu lernen. Aus Gandhis Einladung an ihn wird nichts. Er wird in Deutschland gebraucht, das seine Politik auf gewalttätigen Antisemitismus und Rassismus aufbaut.

c. Eine andere Erfahrung nimmt Bonhoeffer noch aus New York mit: Er schließt Freundschaft mit Frank Fisher, einem schwarzen Baptistenpfarrer in East-Harlem. Hier lernt er in der Gemeinde- und Jugendarbeit sowie im Chor die Probleme der Schwarzen kennen. Sie leiden unter massivem Rassismus, unter Armut und Rechtsberaubung. Seine Sensibilität für die damit verbundenen Fragen der Gerechtigkeit, des Rechtes und der Menschenrechte wächst durch diese Erfahrung (noch seinen Konfirmanden im Wedding wird er davon erzählen und die freiheitssüchtigen Negro Spirituels der schwarzen Gemeinde in East-Harlem vorsingen). Es ist die Zeit, da in seiner Heimat eine Partei mit einem rassistisch-antisemitischen Programm unbedingt an die Macht will.

III. Weltbundarbeit für den Frieden

1931 wird Bonhoeffer, neben einem Briten und einem Franzosen, in Cambridge zu einem der drei ehrenamtlichen Sekretäre des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen gewählt, aus dem der Internationale Versöhnungsbund entsteht. Er zählt später zu seinen Führungsfiguren u.a. den ANC-Gründer Albert Luthuli und Martin Luther King. Diese internationale Organisation für Friedensarbeit ist einmal ein Vorläufer des Ökumenischen Rates der Kirchen und zum anderen das schlechte, besser das gute Gewissen der Christenheit gegen jeden Nationalismus und gegen jede Rechtfertigung von Krieg. Genau am Kriegsbeginn 1914 war er in Konstanz gegründet worden, um sofort seine Ohnmacht gegenüber Gewalt und Chauvinismus zu erfahren – zugleich aber auch den Mut, als Minderheit im Interesse der Mehrheit alternativ Neues zu vertreten, zu lernen und zu praktizieren.

Ich zitiere aus Bonhoeffers programmatischer Rede in Cernohorske Kupele (26. Juli 1932).⁷ Theologische Grundlage ist wieder der Satz des 21-jährigen Doktoranden: *Die Kirche ist die Gegenwart Christi auf Erden!* (144). Sie hat keine andere Vollmacht und Botschaft als die Jesu Christi. Er wendet sich gegen den üblichen Ausweg der Kirchen, allgemeine Prinzipien zu verkündigen. Das lässt er nicht gelten. Möglich ist ein *qualifiziertes Schweigen des Nichtwissens oder aber es wird das Gebot gewagt, in aller denkbaren Konkretion, Ausschließlichkeit, Radikalität. Die Kirche wagt etwa zu sagen: geht nicht in diesen Krieg; seid heute Sozialisten* (147). Es ist für ihn klar, dass es nicht genügt, allein für den Frieden einzutreten, denn *der von Gott gebotene Frieden hat zwei Grenzen: erstens die Wahrheit, zweitens das Recht. Gemeinschaft des Friedens kann nur bestehen, wenn sie nicht auf Lüge und wenn sie nicht auf Unrecht beruht* (153).

Als Bonhoeffer bei einer seiner illegalen Reisen als V-Mann der Abwehr und als Abgesandter des Widerstandes, vor allem seines Chefs General Hans Oster und seines Schwagers Hans von Dohnanyi in die Schweiz fährt (1941 und 42) studiert er dort entscheidende Publikationen der westlichen Demokratien. Er entnimmt ihnen und seiner eigenen Analyse der deutschen Diktatur die unbedingte Forderung nach Recht, das für alle Menschen gleich ist, sowie nach Wahrheit gerade auch in den Medien und in den Wissenschaften. Beide dienen – das registriert er täglich in der Universität, im Radio und den Zeitungen – den Machthabern statt den Menschen. Seine einzige Rundfunkrede im Februar 1933 wird an der Stelle ausgeschaltet, als er davor warnt, dass aus dem Führer ein Verführer werden kann. Der Beleg, wie rasch sich die Medien hatten gleichschalten lassen, stimmt nachdenklich.

In seiner Rede in der Tschechoslowakei betont er 1932, dass ein heutiger Krieg nicht nur auf Lüge

und Unrecht aufbaut, sondern auch *die sichere Selbstvernichtung beider Kämpfenden* ist. *Der heutige Krieg vernichtet Seele und Leib*. Deswegen und weil der heutige Krieg der *Idealisierung und Vergötzung* bedarf, um leben zu können, *darum muss der heutige Krieg, also der nächste Krieg der Ächtung durch die Kirche verfallen... Wir sollen uns hier auch nicht vor dem Wort Pazifismus scheuen* (155)⁸ Gegen jede Privatisierung und Individualisierung der Ethik betont er, dass der *Wille Gottes sich nicht nur auf die Neuschaffung des Menschen (richtet), sondern auch auf die Neuschaffung der Zustände* (156). Bonhoeffer denkt Individualethik immer auch sozialetisch. Er weist auf das positive Modell des Sozialismus – ohne Sozialist zu sein – hin, der sich auf eine internationale Basis gestellt habe, weil er ein gemeinsames Ziel verfolge. Die Christen haben zu lernen, übernational zu denken und zu handeln. Bonhoeffer weiß, dass es im menschlichen Leben Kampf, d.h. Konflikte und Auseinandersetzungen gibt. Er hält nichts davon, ein idyllisches, ein idealisiertes Bild der Wirklichkeit und damit ein harmloses des Friedens zu zeichnen. So wie man mit dem Vorhandensein von Rechtsverfahren nicht Folter rechtfertigen dürfe, so dürfe man aus dem Vorhandensein von Konflikten nicht den Krieg rechtfertigen. *Der Krieg ist als Mittel des Kampfes ein uns heute von Gott verbotenes Tun, weil er die äußere und innere Vernichtung des Menschen bedeutet und so den Blick auf Christus raubt* (161). Der für Identität und Orientierung der Christenheit notwendige Blick auf Christus bewahrt vor religiösem Allotria, vor sozialer Gleichgültigkeit und vor politischer Anpassung.

IV. Das Recht als Kriterium in der ethischen Urteilsfindung

In Deutschland werden 1933 Rassismus und Antisemitismus im Verbund mit nationalem wirtschaftlichem und militärischem Wachstum – beides auf Kosten anderer – Regierungsprogramm, und nicht mehr nur Programm, sondern Realität. Das Ermächtigungsgesetz setzt Grundrechte und Demokratie bis 1945 außer Kraft. Noch 1933 wird das erste Konzentrationslager eingerichtet, in dem vor allem die linke Opposition verschwindet. Die Medien berichten offen darüber. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933 folgt dem staatlich angeordneten Boykott jüdischer Geschäfte am 1. 4. und bringt ein Berufsverbot für Juden im öffentlichen Dienst. Dieses Verbot kann sich auf einen breiten Fundus religiöser, nationaler, rassistischer und wirtschaftlicher Judenverachtung stützen – in sublimen akademischen und in gemeinen populären Varianten. Enden wird der allen öffentlich sichtbar und hörbare Anfang in den Vernichtungslagern.

1933 beginnt ein grandioses Aufrüstungsprogramm, schließlich hat sich Deutschland die Neuordnung Europas vorgenommen. Die Autobahnen werden gebaut, deren Pläne schon in den Schubladen der Weimarer Republik lagen und deren Verwirklichung

1931 gemeinsam von KPD und NSDAP als Arbeitsbeschaffungsprogramm im Reichstag abgelehnt worden war. Das alles schafft Arbeitsplätze, die später mit einer Inflation und mit der Zerstörung Europas und der Selbstzerstörung Deutschlands bezahlt werden.

Zu diesem Anfang nimmt Bonhoeffer in einem Vortrag Mitte April 1933 deutlich Stellung.⁹ Die Behandlung der Juden ist ihm das alles entscheidende Problem. Die Schlüsselfrage ist für ihn, wie sich die Kirche dabei angesichts der Ereignisse gegenüber einem Staat zu verhalten habe, der Unrecht tut. Die traditionellen Antworten, mehrheitlich und lange eingeübt in Obrigkeitshörigkeit und politischer Abstinenz der Bevölkerung, reichen nicht mehr. Bonhoeffer nennt drei Handlungsnotwendigkeiten:

a. Die Kirche hat den Staat *verantwortlich zu machen*, d.h. sie hat zu fragen, ob sein Handeln *legitim* ist. „Legal“ ist alles, was der NS-Staat tut, kein Unrecht geschieht, das sich nicht in über 2000 Erlassen und Gesetzen bis 1945 „legitimiert“. Rechte und Gesetze sind aber nicht fraglos hinzunehmen – um der Menschen willen, für die und nicht gegen die sie gemacht werden. Aber was ist „legitim“ in dem Unrechtsstaat, der mit der Reichstagswahl, der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und dem Ermächtigungsgesetz begonnen hatte? Nicht alles, was legal ist, ist legitim – das ist Bonhoeffers ethischem Denken klar. Einmal von seinem Verständnis der immer neu zu entfaltenden biblischen Gebote her und zum anderen wahrscheinlich durch seine Hochschätzung des Rechtes, die er in vielen Gesprächen mit Juristen schärft – z.B. mit seinem Bruder Klaus, später Chef-syndikus der Lufthansa, zugleich Verbindungsmann zu anderen Widerstandsgruppen, im April 1945 ermordet, mit seinen Schwägern Hans von Dohnanyi und Gerhard Leibholz, der, weil jüdischer Abstammung, emigrieren muss. Ihnen allen ist gewiss die Haltung des (schon entlassenen) Heidelberger Juristen Gustav Radbruch nicht fremd, die er angesichts der NS-Diktatur formulieren wird: Er spricht später angesichts des „gesetzlichen Unrechts“ von einem „übergesetzlichen Recht“, das an Gerechtigkeit, Rechtssicherheit und Zweckmäßigkeit gebunden ist.¹⁰

b. *Die Kirche ist den Opfern jeder Gesellschaftsordnung in unbedingter Weise verpflichtet*, nicht nur den Mitgliedern der Kirche. Das bedeutet auch eine kritische Position gegenüber der Mehrheit der Bekennenden Kirche, die – wenn überhaupt – nur den ChristInnen jüdischer Abstammung hilft.

c. Die Kirche hat nicht nur *die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen*. Diese Einstellung revitalisiert die alte reformatorische Lehre vom Tyrannenmord, die auch die Antike schon kennt.¹¹ Sie muss im Prozess gegen den Rechtsextremisten Remer theologisch und juristisch neu (z.B. durch Ernst Wolf, Hans Iwand

und Fritz Bauer) verteidigt werden. Remer hatte die Leute des 20. Juli und auch Bonhoeffer als Vaterlandsverräter diffamiert; er war es, der hitlertreu viele von ihnen im Juli 1944 an den Galgen geliefert hatte.

Kriterium für das Eingreifen der Kirche ist das Recht. Gibt es für eine Gruppe von Menschen *ein Zuwenig an Ordnung und Recht*, sodass sie gewissermaßen vogelfrei ist gegenüber staatlicher Gewalt, oder *ein Zuwenig*, sodass ihr der Atem zum Leben genommen wird, so ist die Kirche ihr aktiv handelnder Anwalt. Bonhoeffer findet im April 1933 wenig Zustimmung für seine Gedanken. Er geht den hier skizzierten Weg verantwortlichen Handelns ziemlich allein – bis zum bitteren Ende am Galgen im KZ Flossenbürg am 9. April 1945.

Ich muss dieses Kapitel in Bonhoeffers Friedensethik einfügen, weil für ihn Frieden ohne Recht und ohne Wahrheit Lüge und Unrecht ist, d.h. kein Friede.

V. Frieden statt Sicherheit

Zum August 1934 laden die drei Jugendsekretäre des Weltbundes auf die Insel Fanö/Dänemark ein. Die Frage, was denn der Blick auf Christus und die Frage nach dem konkreten Tun jetzt erfordere, bestimmt die Diskussion. Sie ist fern allem Wunschdenken und fern aller erbaulichen, internationalen Begegnungsgefühle. In Deutschland zeigt der sog. Röhmputsch ein weiteres Mal die Brutalität der NS-Regierung aller Öffentlichkeit. Diese schweigt eindrucksvoll – gerade auch durch ihre sog. Eliten. Am 28. August spricht Bonhoeffer zu den internationalen Delegierten unter der Überschrift „Kirche und Völkerwelt“.¹² Gottes Wort „Friede auf Erden“ ist *ohne Rücksicht mitten hinein in die Welt* von der ökumenischen Christenheit zu rufen. Es ist kein Programm, das zu diskutieren wäre. Es ist ein *mit der Erscheinung Christi selbst gegebenes Gebot*. Die alte Frage der alten Schlange „Sollte Gott gesagt haben?“ kommt mit dem Hinweis daher, dass *Kriege kommen müssen wie Naturgesetze*. Sollte Gott gesagt haben, *wir sollten wohl für den Frieden arbeiten, aber doch Tanks und Giftgas bereitstellen?* Und bohrender in die eigene Richtung gefragt: *Sollte Gott gesagt haben, Du sollst Deinen Nächsten dem Feind preisgeben?* Bonhoeffer ist eindeutig: Die Kirche ist, (besser hat zu werden): eine internationale Stimme, weil sie als Christus Praesens zuerst transnational in allen Völkern lebt, *jenseits aller Grenzen völkischer, politischer, sozialer, rassischer Art*. Sie ist verantwortlich für den Nächsten, der nicht nur aus Familie und Nachbarn besteht.

Er geniert sich nicht, Jesu Wort „Wer nicht Vater und Mutter hassen kann um meinetwillen...“ zu zitieren, um deutlich zu machen, dass Bindungen *der Geschichte, des Blutes, der Klassen und der Sprachen* ihr relatives Recht haben, aber keine letzte Verant-

wortung konstituieren. Deswegen riskiert die Kirche, vom „Ewigen Frieden“ zu reden. So zitiert Bonhoeffer die Bibel sowie Immanuel Kant – Bonhoeffer teilt die unerhörte wie notwendige Hoffnung der Beiden auf Frieden. Die Waffen aufeinander zu richten heißt, die Waffen auf Christus zu richten. Er ist doch in den geringsten Geschwistern, den Hungrigen, den Durstigen, den Flüchtlingen, den Entblößten, den Gefangenen, den Kranken (Mt 25) so gewärtig wie in seiner Kirche.

Dann fordert er, dass die Christen, die in allen Ländern des sich doch klar abzeichnenden Krieges leben, kein Gewehr in die Hand nehmen. Man bedenke den Kontext dieser Überlegung: Noch hat Deutschland nicht die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt, noch gibt es keine Nürnberger Gesetze, noch sind die Tschechoslowakei und Polen nicht zerteilt. Bonhoeffer formuliert kritische Fragen an jene, die argumentationsfrei den Krieg nur verdammen. Sie überlassen mit den Kriegswilligen das im wahrsten Sinn des Wortes schlagende Argument der Tradition, sie lassen den Krieg zu statt ihn aktiv unmöglich zu machen.

Wie wird Friede? Durch ein System von politischen Verträgen? Durch Investierung internationalen Kapitals in den verschiedenen Ländern? D.h. durch Grossbanken, durch Geld? Oder gar durch eine allseitige friedliche Aufrüstung zum Zweck der Sicherstellung des Friedens? Nein, ... weil hier überall Friede und Sicherheit verwechselt wird Friede ist das Gegenteil von Sicherung. Sicherheiten fordern heißt Misstrauen haben, und Misstrauen gebiert wiederum Krieg ... Wer ruft zum Frieden, dass die Welt es hört ...? Der einzelne Christ kann das nicht – er kann wohl, wo alle schweigen, seine Stimme erheben... aber die Mächte der Welt können wortlos über ihn hinwegschreiten ... Bonhoeffer gesteht der einzelnen Kirche zu, auch die Stimme erheben zu können – *ach, wenn sie es nur täte!* Sie würde von der Gewalt des Hasses auch erdrückt. Sicherheit wird, so wie Bonhoeffer sie ablehnt, als Absicherung nationaler oder ökonomischer Interessen verstanden. Es ist in diesem Zusammenhang nicht die Sicherheit durch Recht und Wahrheit, die zum wahren Frieden gehören, sondern eine gewaltsame Absicherung der eigenen Besitzstände im gegenseitigen Misstrauen.

Dann kommt mit Wucht seine Forderung, die 1983 die Ev. Kirchen der DDR und der Ev. Kirchentag in die Vollversammlung des ÖRK nach Vancouver einbringen: *Nur das eine große ökumenische Konzil der Heiligen Kirche Christi aus aller Welt kann es so sagen, dass die Welt zähneknirschend das Wort vom Frieden vernehmen muss und dass die Völker froh werden, weil diese Kirche ihren Söhnen im Namen Christi die Waffen aus der Hand nimmt und ihnen den Krieg verbietet*. Es tut der ganzen Welt gut, nicht zuerst den Christen, wenn die Christenheit für die Überwindung des Krieges arbeitet. Verhindert 1934 die nationale Einbindung der Christenheit und ihre theologische Ausglieder-

rung der Bergpredigt, dass die Botschaft aus Fanö gehört wird, so sind es heute kirchenrechtliche Bedenken der Kirchen in ihren konfessionalistischen Identitätssicherungen sowie die traditionelle Angst vor dem Vorbild und der Botschaft Jesu, die ein Friedenskonzil verhindern, aber immerhin einen schmalen „konziliaren Prozess“ für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ entstehen ließen.

Ist Bonhoeffer zu optimistisch, wenn er sagt, *die Völker warten darauf im Osten und im Westen. Müssen wir uns von den Heiden im Osten beschämen lassen* (von Gandhi und den Seinen)? *Die Stunde eilt – die Welt starrt in Waffen...wollen wir selbst mitschuldig werden, wie nie zuvor?*

Die Konferenz unterstützt diesen ebenso eindeutigen wie globalen Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung. Wäre er von allen getauften Christen befolgt worden, hätten dem deutschen Vernichtungs- und Terrorkrieg sowohl die begeisterten wie die zum Mitlaufen dressierten Soldaten nicht zur Verfügung gestanden. Max Metzger und Hermann Stöhr, zwei einsame Kriegsdienstverweigerer in Deutschland waren leicht zu erledigen. Millionen getaufter Christen nicht. Ihre massenweise Verweigerung 1934 hätte weder den Einzelnen ethisch überfordert noch das Blutopfer der Alliierten zur Befreiung Europas vom Nationalsozialismus verlangt. Man wird sagen müssen, dass 1934 die millionenfache Benutzung eines christlichen Gewissens einen Krieg verhindert hätte. Nach dem Münchener Abkommen und der Reichspogromnacht 1938 nicht mehr. Es ist genau das Jahr, in dem Bonhoeffer in den politischen Widerstand geht. Seine Entscheidung gegen den Kriegsdienst hält er durch, auch in seiner Entscheidung, *dem Rad in die Speichen zu fallen*. Weder sein Volk noch seine Kirche helfen ihm – die wenigen Ausnahmen seien dankbar nicht vergessen – seine Gewissensentscheidung mitzutragen.

In den Entwürfen zu seiner Fragment gebliebenen Ethik geht er zwei Mal auf das Problem einer mit Generalklauseln und Prinzipien hantierenden Ethik ein. Er tut es in Auseinandersetzung mit dem Philosophen I. Kant. Ihm fühlt er sich am meisten verbunden, weil auch er auf die Mündigkeit des Menschen setzt, die aus jeder „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ auszieht. Konnten aus biblischen Ethiken weltenferne Prinzipien werden, so sieht er kritisch, dass auch der kategorische Imperativ Kants hatte tornisterfähig werden können, sprich im Kadavergehorsam missbrauchbar.

In seiner Bilanz von 1943 weist er darauf hin, dass die fehlende Civilcourage im Gegensatz zu einer überall als Tapferkeit abrufbaren Militärcourage genau so wie die Dummheit als moralisches, und keineswegs als intellektuelles Defizit etwas damit zu tun haben, dass Vernunft, Prinzipien, Pflicht, Freiheit und Gewissen wie private *Tugendhaftigkeit* der

großen Maskerade des Bösen, die alle ethischen Begriffe durcheinander wirbelt, nicht standhalten.

Aus dem Gefängnis ist ein Aufsatz überliefert, der seine Position Freunden und der Familie klar zu machen versucht. *Was heißt die Wahrheit sagen?*¹³ In dem Fragment arbeitet Bonhoeffer heraus, dass *die Wahrheit sagen je nach dem Ort, an dem man sich befindet, etwas verschiedenes bedeutet* (620). Er lehnt den Zyniker und den Wahrheitsfanatiker ab, die schamlos ohne Rücksicht auf Menschen die Wahrheit sagen. Sein Beispiel: Ein Lehrer lügt in seiner Frage, wenn er ein Kind vor der Klasse fragt, ob sein Vater gestern wieder betrunken war. Das Kind verneint zu Recht, obwohl der Vater wirklich wieder betrunken war. Die Wahrheit wird durch die Frage verletzt, nicht durch die Antwort des Kindes (624f).

Ein zweites Beispiel findet sich in seiner Ethik¹⁴. *Wenn Kant aus dem Prinzip der Wahrhaftigkeit heraus zu der grotesken Folgerung kommt, ich müsse dem in mein Haus eingedrungenen Mörder seine Frage, ob mein Freund, den er verfolgt, in mein Haus geflüchtet sei, ehrlicher Weise bejahen, so tritt hier die zum frevelhaften Übermut gesteigerte Selbstgerechtigkeit des Gewissens dem verantwortlichen Handeln in den Weg* (280). Es ist klar. Die Pflicht und das Gebot zur Wahrhaftigkeit werden durch die unwahrhaftige Verleugnung und Deckung des gefährdeten Freundes ebenso wenig aufgehoben wie durch die Lüge des Kindes. Die freie verantwortliche Tat aber ist gefragt. Mit diesem Hinweis auf eine Leben rettende Regelverletzung durch Lüge oder Tyrannenmord verletzt Bonhoeffer die Gebote. Auch ein kategorischer Imperativ ist für ihn in einem Regime, das unentwegt mordet und lügt – das sagen seine Vergleiche eindeutig – eine vorletzte, deshalb auch eine im Interesse der Lebensrettung zu verletzende Größe, Bonhoeffer schreibt: *Wer in Verantwortung Schuld auf sich nimmt – und kein Verantwortlicher kann dem entgehen – der rechnet sich selbst und keinem anderen diese Schuld zu und steht für sie ein, verantwortet sie... Verantwortung und Freiheit sind einander korrespondierende Begriffe ... Verantwortung ist die in der Bindung an Gott und den Nächsten allein gegebene Freiheit*. Der in freier Verantwortung Handelnde muss *selbst beobachten, urteilen, abwägen, sich entschließen, handeln* (283f). Nur so kann er *in Gewissheit und Einheit mit sich selbst das Ungeheure tun, in der Durchbrechung des Gesetzes das Gesetz erst zu heiligen* (299).

Bonhoeffer reflektiert aber auch die Rede vieler, nichts tun zu können, ohnmächtig zu sein *im Zwang des täglichen Lebens, in der Maschinerie des allgemeinen Reglements eingespannt zu sein*. Dagegen besteht er darauf, dass *in der Begegnung mit anderen Menschen die freie verantwortliche Tat zu lernen ist, ja bis in den Bereich des beruflichen und öffentlichen Lebens hinein auszudehnen ist* (287).

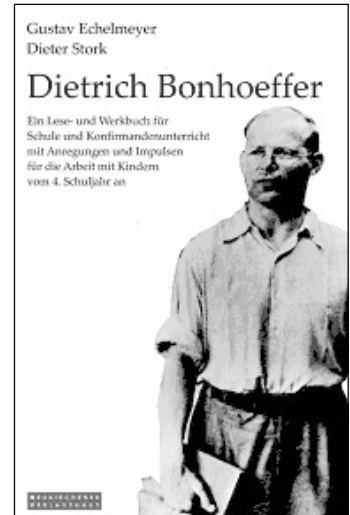
Als er in der Haft vom Scheitern des Attentats am 20. Juli 1944 hört und den Tod fürchten muss,

schreibt er seinem Freund Eberhard Bethge: „Nicht das Beliebige, sondern das Rechte tun und wagen / nicht im Möglichen schweben, das Wirkliche tapfer ergreifen / nicht in der Flucht der Gedanken, allein in der Tat ist Freiheit. / Tritt aus dem ängstlichen Zögern heraus in den Sturm des Geschehens / nur von Gottes Gebot und deinem Glauben getragen / und die Freiheit wird deinen Geist jauchzend empfangen.“ – Und weiter, als er weiß, dass die Attentatspläne entdeckt wurden: „Komm nun, höchstes Fest auf dem Weg zur ewigen Freiheit / Tod, leg nieder beschwerliche Ketten und Mauern / dass wir endlich erblicken, was hier uns zu sehen missgönnt ist.“

Footnotes

- 1 Gesammelte Schriften (=GS) Bd V, S.166; die anfänglichen und folgenden Zitate sind dem Vortrag „Grundfragen christlicher Ethik“ entnommen.
- 2 Manfred Riedel, Nietzsche in Weimar. Ein deutsches Drama, Leipzig 2000, S.118ff.
- 3 GS Bd 1, S.136.
- 4 Widerstand und Ergebung, DBW Bd 8, S.38f.
- 5 Bonhoeffer-Rundbrief Nr 35 1991, S. 2-11.
- 6 Nachfolge, München 1937, S.V.
- 7 GS Bd 1, S.140ff.
- 8 Albert Einstein erklärt vor einer Tagung deutscher, pazifistischer Studenten 1930: „Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, wie wenig wir berechtigt sind, den Kampf gegen die Rüstungen und gegen den kriegerischen Geist den Regierungen zu überlassen. Nach meiner Überzeugung ist hier der gewaltsame Weg der Militärdienstverweigerung der beste, gestützt durch Organisationen, welche den mutigen Kriegsdienstverweigerern...materiell und moralisch beistehen ... Es ist ein illegaler Kampf, aber ein Kampf um das wirkliche Recht des Menschen gegen ihre Regierungen, soweit diese verbrecherische Handlungen von ihnen fordern.“ Auf der Genfer Abrüstungskonferenz 1932 erklärt er: „Der Staat ist für den Menschen da und nicht die Menschen für den Staat. Von den Wissenschaften kann das Gleiche gesagt werden...“(Albert Einstein, Mein Weltbild, West-Berlin 1955, S.48f und S.57.)
- 9 Die Kirche vor der Judenfrage, GS Bd. 2, S. 44-53.
- 10 Gustav Radbruch, Vorschule der Rechtsphilosophie, Tübingen 1948.
- 11 Der Herborner Theologe und Jurist Johann Althusius benutzt auch das Bild vom „in-die-Speichen-fallen“, allerdings mit Blick auf einen wahnsinnig, krank oder verantwortungslos gewordenen Schiffskapitän. Die Passagiere haben dann das „übergesetzliche“ Recht, ihn vom Ruder zu entfernen. Vgl. Fritz Bauer, Widerstand gegen die Staatsgewalt – Dokumente der Jahrtausende, Frankfurt am Main 1963, S.100ff.; Ernst Wolf, Sozialethik, Göttingen 1988, 3.A., S.3304ff.; Hans Iwand, Luthers Theologie Nachgelassene Werke Bd 5, München 1974, S. 301ff.
- 12 GS Bd 1, S. 216-219.
- 13 DBW Bd 16, S. 619ff.
- 14 DBW Bd 6, S.280.

Buchhinweis



Dietrich Bonhoeffer

Ein Lese- und Werkbuch für Schule und Konfirmandenunterricht, mit Anregungen und Impulsen für die Arbeit mit Kindern vom 4. Schuljahr an.

Herausgegeben von Gustav Echelmeyer und Dieter Stork im. Neukirchener Verlagshaus, Mai 2007, ISBN-Nummer 9783797501431 (3-7975-0143-9), 14,90 Euro.

Unter www.lehrerbibliothek.de, Stichworte: Dieter Stork, oder: Gustav Echelmeyer ist eine Rezension erschienen, die zu lesen lohnt, weil sie einen guten Überblick über das Gebotene gibt. Die beiden Autoren halten viel von kreativer, also: von gestalterischer und spielerischer Arbeit - und haben Erfahrungen damit. Aus diesem Grunde werden die einzelnen Impulse und Arbeitsvorschläge reich fotografisch illustriert. Es wird dokumentiert, dass kreatives Gestalten, Spielen und Werken mit anschließender Präsentation zum Thema *Bonhoeffer* möglich und sinnvoll ist. In Wort und Bild wird demonstriert und dazu angeleitet, wie sich die einzelnen Arbeitsvorhaben entwickeln können. Inhalte kommen dabei keineswegs zu kurz. In zehn Stationen stellen die Autoren Bonhoeffers Weg vor, die – das ist der große Vorteil dieses Werkbuches – das Leben und die Theologie Bonhoeffers in die Zeitgeschichte einbinden und dies in kindgerechter Sprache tun. Das Werkbuch stellt einen weiteren Baustein dar, mit dem im Bereich des Arbeitsvorhabens des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins „Bonhoeffer bewegt“, also an Schulen und in Gemeinden, selbstständig mit Kinder- und Jugendgruppen weiter gearbeitet werden kann. Das Werkbuch gehört in die Hand von ReligionslehrerInnen, PfarrerInnen und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen in der Kinder- und Jugendarbeit, für die Bonhoeffer über die Jubiläen hinaus ein Thema bleibt.

BRUNO SCHOCH

Politische Analyse und Hintergründe des Nahostkonflikts

Mit einem ambitionierten Programm haben Sie sich eines in seiner Vielschichtigkeit überaus schwierigen Themas angenommen. Es ist nicht das sprichwörtliche weite Feld, sondern gleich – aufgrund der fatalen Verstrickung der jüdischen mit der deutschen Geschichte – eher einem politischen Minenfeld. Das verriet schon die Diskussion gestern Abend, in der nicht immer eindeutig zu erkennen war, ob über den Nahostkonflikt oder über die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands diskutiert wurde. Gewiss hängt beides auf eine vertrackte Weise irgendwie zusammen – aber es ist nicht dasselbe.

Meine Großmutter träumte einmal davon, dass ich Pfarrer werden sollte. Sie ist seit langem tot. Wenn sie wüsste, dass ich jetzt hier stehe, um vor so vielen engagierten Pfarrern über den Konflikt im „heiligen Land“, wohl einen der kompliziertesten Konflikte der Welt, zu referieren – noch dazu unter dem Bibelwort „Wir wissen nicht, was wir tun sollen“ – hätte sie mich sicher für großwahnhaft gehalten. Etwas entlastend ist, dass es bei dieser Tagung wesentlich um „Lernen von den Innovatorinnen und Innovatoren“ gehen soll. Ich habe das wörtlich aufgefasst und freue mich darauf, von ihnen zu lernen. Zumal ich kein Spezialist im engeren Sinn für den Nahostkonflikt bin. Ich befasse mich seit den achtziger Jahren eingehend mit Nationalismus und ethnischen Konflikten. Und als einer der Mitherausgeber des „Friedensgutachtens“ nehme ich nolens volens seit Jahren auch zum Nahen und Mittleren Osten Stellung. Seit dem 11. September 2001 sind die Themen neuer internationaler Terrorismus und religiöse Fundamentalismen hinzu gekommen. Ich habe mit Reiner Bernstein eine Arbeitsteilung abgesprochen, dass ich mich auf allgemeine Hintergründe des Nahostkonflikts konzentrieren werde und ihm die Darstellung der aktuellen Lösungsperspektiven überlasse. Herr Bernstein hat übrigens zu der Genfer Friedensinitiative im letzten Jahr ein instruktives Buch, „Von Gaza nach Genf“, veröffentlicht, das auch den Text der „Genfer Initiative“ in Übersetzung enthält.¹⁵

Ich werde mich bei meinen Ausführungen nicht an die Chronologie halten, obwohl die meisten Bücher und Lehrbücher zum Nahostkonflikt chronologisch aufgebaut sind. In langjähriger Beschäftigung mit ethno-nationalen und ethno-religiösen Konflikten bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass die Analyse ihrer historischen Entstehung so gut wie nie einen Schlüssel zur Lösung bereit hält. Fast, scheint mir, verhält es sich umgekehrt: Die Chronologie erklärt wenig und versperrt den Zugang zur Analyse derartiger Konflikte. Das hat zwei Gründe:

Zum einen schreiben und glauben ethno-nationale oder ethno-religiöse Gruppen zumeist ihre je eigenen nationalen Narrative – und diese wiederum bewerten ein und denselben historischen Ablauf oft ganz unterschiedlich, gar völlig gegensätzlich. Die Geschichte seit 1948 – oder sogar seit der Balfour-Declaration von 1917 – nimmt sich aus israelischer und aus palästinensischer Sicht ganz und gar anders aus, als handelte es sich nicht um ein und dieselbe Geschichte, sondern als ginge es um zwei Geschichten, die nur wenig Berührungspunkte haben. Die Gründung des Staates Israel deuten die einen als historischen Sieg, der eine lange Diaspora beendete, die anderen als Naqba, Katastrophe ihrer Vertreibung. Mit solchen entgegengesetzten nationalen Narrativen stellt der Palästinakonflikt keine Ausnahme dar, denken Sie an Nordirland oder das Kosovo.

Der zweite Grund, warum der Zugang über die Chronologie wenig erhellt, besteht darin, dass die Geschichte anders als das biblische Erbrecht kein Erstgeburtsrecht kennt. Lassen Sie mich dazu den französischen Religionswissenschaftler und -historiker Ernest Renan zitieren. Ihm verdanken wir den berühmten und viel zitierten Aufsatz „Was ist eine Nation?“. Der stammt zwar aus dem Jahr 1883, ist aber noch immer etwas vom Erhellendsten, was es bis heute zu dem Thema gibt. Nach dem Krieg von 1870/71 hat das neu gegründete Deutsche Reich bekanntlich vom besiegten Frankreich das Elsass und Lothringen annektiert. Darüber entbrannte zwischen dem an sich ziemlich deutschfreundlichen Ernest Renan und David Strauß – manchen von Ihnen vielleicht als einer der Begründer der historischen Bibelkritik bekannt – eine heftige Kontroverse in Gestalt eines öffentlichen Briefwechsels. In seinem Brief vom 15. September 1871 widersprach Renan seinem Kontrahenten, der die territorialen Ansprüche auf Elsass-Lothringen aus dessen langer Zugehörigkeit zum Deutschen Reich abgeleitet hatte – mit dieser Argumentation, so Renan, könnten „eines Tages Slawen Preußen, Pommern, Schlesien und Berlin fordern mit der Begründung, das seien slawische Namen.“¹⁶ Und dann hielt er Strauß eine grundsätzliche Überlegung entgegen:

„Es würde einen Krieg ohne Ende geben, wenn man die Gewalttätigkeiten der Vergangenheit nicht verjähren ließe. Lothringen gehörte zum deutschen Reich, kein Zweifel; aber Holland, die Schweiz, selbst Italien bis Benevento, und, wenn man bis vor den Vertrag von Verdun zurückgeht, ganz Frankreich, selbst Katalonien, gehörten einmal dazu. – Das Elsass ist jetzt der Sprache und Rasse nach deutsches Land, aber bevor es von der deutschen Rasse erobert worden war, war es ein keltisches Land, so wie auch ein Teil Süddeutschlands. Wir schließen daraus nicht, dass Süddeutschland französisch werden soll, aber man soll auch nicht immer weiter behaupten, dass von altem Recht her Metz und Luxemburg deutsch sein müssten. Nichts kann sagen, wo diese Archäologie enden würde. Fast überall, wo die glü-

henden Patrioten Deutschlands ein germanisches Recht einfordern, könnten wir ein älteres keltisches Recht geltend machen, und vor der keltischen Periode gab es, so sagt man, die Finnen und die Lappen; und vor den Lappen gab es die Höhlenmenschen; und vor den Höhlenmenschen die Oran-Utans. Mit dieser Geschichtsphilosophie gäbe es auf der Welt legitimerweise nur das Recht der Oran-Utans, die zu Unrecht von der Perfidie der Zivilisierten entmachtet wurden. Seien wir weniger absolut; gestehen wir doch neben dem Recht der Toten ein wenig auch den Lebenden ihr Recht zu.“¹⁷

Nun könnten Sie einwenden, Renans Argumentation richte sich in unserem Kontext in erster Linie gegen die zionistische Landnahme in Israel. Das ist wohl richtig. Doch geht es mir hier nicht um die Begründung des Zionismus für Palästina, sondern um „das Recht der Lebenden“. Für diese muss der Beschluss der UNO, in Palästina zwei Staaten zu bilden, Ausgangs- und Bezugspunkt bleiben, *point of no return*. Das ist insofern für beide Seiten riskant, als sie sich auf einen Dialog und wechselseitige Anerkennung als Gleichberechtigte einlassen müssen. Anders finden sie aus dem ständigen historischen *Regress ad infinitum* nicht heraus, der, wie Renan pointiert formulierte, zu den Oran-Utans führt. Das ist weniger selbstverständlich als es scheint. Dass in unzähligen Erklärungen immer wieder die Garantie des Existenzrechts Israels beteuert – oder gefordert – wird, zeugt davon, wie unsicher es in Wirklichkeit ist oder erscheint. Mit vielen seiner Nachbarn hat Israel noch immer keine normalen diplomatischen Beziehungen – die setzten wechselseitige Anerkennung voraus. Auf der anderen Seite ist Israel bis heute den Beweis schuldig geblieben, dass es bereit ist, einen souveränen palästinensischen Staat zu akzeptieren.

Ich werde versuchen, einige der Stränge zu identifizieren, die den Nahostkonflikt zu einem so ungeheuer komplizierten Konfliktnäuel machen. Es mangelt bekanntlich nicht an pessimistischen Stimmen, die ihn rundweg für unlösbar halten. Ich beschränke mich dabei nicht auf die beiden unmittelbaren Protagonisten des Nahostkonflikts, Israel und Palästinenser, sondern versuche, sie in den Kontext der regionalen und internationalen Konfliktdynamik zu stellen. In diesem Konfliktbündel lassen sich sieben Dimensionen dingfest machen, die ich im folgenden etwas entfalten möchte:

1. Der Nahostkonflikt ist ein ethnonationaler Territorialkonflikt

Zwei nationale Gruppen streiten um ein und dasselbe Territorium, das sie beide mit unterschiedlichen historischen Begründungen beanspruchen. Der Zionismus, der die massenhafte Einwanderung nach Palästina begründete, seitdem sich der Gründungs-

kongress in Basel 1887 auf Palästina als staatliche Heimstätte für das jüdische Volk festlegte, hat bekanntlich viel mit dem Siegeszug des europäischen Nationalismus im 19. Jahrhundert zu tun. Dieser ließ die Juden trotz aller inzwischen erreichten bürgerlich-rechtlichen Gleichstellung die Grenzen der Emanzipation spüren, wie die Dreyfus-Affäre in Frankreich schmerzlich zutage gebracht hatte. In Theodor Herzls 1896 erstmals erschienenem „Judenstaat“ heißt es:

„Ich halte die Judenfrage weder für eine soziale, noch für eine religiöse, wenn sie sich auch noch so und anders färbt. Sie ist *eine nationale Frage* (...) Wir sind ein Volk, ein Volk.

Wir haben überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen und nur den Glauben unserer Väter zu bewahren. Man lässt es nicht zu. Vergebens sind wir treue und an manchen Orten sogar überschwängliche Patrioten, vergebens bringen wir dieselben Opfer an Gut und Blut wie unsere Mitbürger (...) In unseren Vaterländern, in denen wir ja auch schon seit Jahrhunderten wohnen, werden wir als Fremdlinge ausgeschrien, oft von solchen, deren Geschlechter noch nicht im Lande waren, als unsere Väter da schon seufzten.“¹⁸

1881, am Vorabend der jüdischen Einwanderung, lag die Einwohnerzahl Palästinas (26.320 qkm, das ist kaum größer als Mecklenburg-Vorpommern) bei nicht einmal einer halben Million, darunter 42.000 Christen und 13 bis 20.000 Juden; bis 1914 hatten sich diese Relationen nur unwesentlich verschoben: 602.000 Muslime, 81.000 Christen und 39.000 Juden. Das sollte sich im Zeichen der Judenverfolgung in den 30-er und ihrer systematischen industriellen Vernichtung in den 40-er Jahren verändern. Bis 1945 stieg der Anteil der Juden an der Bevölkerung auf 33 Prozent.¹⁹ Fraglos gibt es einen Zusammenhang zwischen dem nationalsozialistischen „Zivilisationsbruch“ (Dan Diner) und der Gründung des Staates Israel, auch wenn er weit komplizierter ist als die zionistisch-nationalistische Teleologie glauben machen will, der zufolge dieser aus jenem folgerichtig hervorgegangen sein soll. Der Schuldzusammenhang, den nationalsozialistischen Massenmord begangen – oder nicht verhindert – zu haben, begründet die historische Verantwortung Deutschlands und des Westens für Israel.

Nachdem die UNO im November 1947 die Teilung Palästinas beschlossen hatte und die britischen Truppen ihr Mandatsgebiet verließen, proklamierte Israel am 14. Mai 1948 den Staat Israel. Am nächsten Tag begannen Ägypten, Syrien, Libanon, Transjordanien und der Irak den Krieg gegen Israel mit dem erklärten Ziel, die Staatsgründung rückgängig zu machen. Der Krieg, der in Israel „Unabhängigkeitskrieg“ heißt, endete mit dem Sieg Israels. Es vergrößerte das ihm vom UN-Teilungsplan zuge-

sprochene Staatsgebiet von 15.000 auf 20.766 qkm. Die vier Waffenstillstandsabkommen mit Ägypten, Libanon, Transjordanien und Syrien legten die Grenzen („Green Line“) des israelischen Staatsgebietes fest, die *de facto* bis zum Sechstagekrieg 1967 bestanden. Künftige Friedensverträgen sollten die Grenzen später auch *de jure* festlegen.

Zu der von der UNO vorgeschlagenen Gründung eines palästinensischen Teilstaates kam es nicht. Nicht nur, weil eine palästinensische Nationalbewegung noch kaum existierte, sondern auch, weil ihn die arabischen Staaten nicht wollten: Der Gazastreifen fiel unter ägyptische Verwaltung, das Westjordanland wurde von Transjordanien besetzt, das sich 1949 in Jordanien umbenannte und 1950 die Westbank annektierte. Nach UN-Angaben kam es in den bewaffneten Auseinandersetzungen vor und nach der Staatsgründung Israels zur Flucht und Vertreibung von 726.000 palästinensischen Arabern. Die meisten palästinensischen Dörfer wurden zerstört. Krieg und Vertreibungen haben sich im Gedächtnis des palästinensischen Volkes als „*Naqba*“, d.h. Katastrophe, eingebrannt.

Das zionistische Ziel, Israel zur Heimstatt der Juden, zum jüdischen Staat zu machen, gleicht dem Projekt des *nation-building* in anderen Einwanderergesellschaften, von den USA und Kanada bis Australien und Neuseeland. Mit dem Unterschied, dass die zionistische Landnahme nicht auf dieselbe Weise erfolgte, nämlich durch Dezimierung und Ausrottung der Ureinwohner. Im 20. Jahrhundert war die frühkoloniale Fiktion nicht mehr überzeugend, das Land der Ureinwohner, die als Primitive und Heiden Tieren mehr ähnelten als christlichen Menschen, sei *terra nullius* (auch wenn es in Israel durchaus derartige fadenscheinige Konstruktionen gegeben hat). Die zionistische Landnahme in Palästina²⁰ und die Vertreibung der Palästinenser waren zwei Seiten ein und derselben Medaille. Diese territoriale Grundlage des Nahostkonflikts ist nun keineswegs bloß Geschichte. Vielmehr setzt sie sich, verstärkt durch die Okkupationen von 1967, bis heute fort in der – trotz Oslo und aller Friedensbemühungen kontinuierlich fortgesetzten, völkerrechtswidrigen – zionistischen Siedlungsbewegung auf der einen, in der islamistischen Argumentation etwa der *Hamas* auf der anderen Seite; von Muslimen bewohnter „heiliger Boden“ („islamisches *waqf*-Land“) sei dem Koran zufolge nicht verhandelbar.²¹ Hält diese Argumentation der Islamisten in Israel Existenzängste wach, so gilt die Siedlungsbewegung auf der anderen Seite als Versuch, ein eigenes palästinensisches Staatswesen materiell zu hintertreiben. Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser harret seiner Verwirklichung. Der viel geschmähte George W. Bush ist übrigens der erste amerikanische Präsident, der unumwunden von zwei Staaten spricht. Leider tut er viel zu wenig dafür.

Dieser Territorialkonflikt wurde dadurch verschärft, dass er nicht nur zwischen Israel und den Palästinensern ausgetragen wurde und wird, sondern zwischen Israel und den arabischen Staaten. Seit 1948 wurden sechs Kriege geführt: 1948/49, der Sinaikrieg 1956, der Sechstagekrieg 1967, der Yom-Kippur-Krieg 1973, der Krieg Israels gegen die PLO im Libanon 1982 und schließlich im letzten Sommer der Krieg Israels gegen die *Hisbollah* im Libanon. Diese Kriegshäufigkeit hält die Konfliktwunden offen.

Noch schwerer als die Kriege wiegen die ethnischen Vertreibungen. Sie haben es an sich, dass sie ethno-nationale Konflikte zusätzlich verhärten. Isaiah Berlin hat auf kollektive Demütigungen als eine Quelle des aggressiven Nationalismus aufmerksam gemacht.²² Auch in dieser Hinsicht ist der Palästina-Konflikt keine Besonderheit, denken Sie an die Folgen der griechisch-türkischen Bevölkerungstransfers in den 20-er Jahren des 20. Jahrhunderts oder der wechselseitigen Vertreibungen auf Zypern. Weil ethnische Vertreibungen meist lange wirkende Langzeitfolgen haben, halte ich wenig von ethnischer Trennung als Konfliktlösung nach dem Motto „*Good fences make good neighbours*“, obwohl das immer wieder vorgeschlagen wird, besonders hartnäckig in Deutschland, wo viele noch immer meinen, ethnische Differenz sei per se eine Konfliktursache. Massenhaft Vertriebene und Flüchtlinge *verschärfen* vielmehr in aller Regel ethno-nationalistische Konflikte. Und zwar umso mehr, je länger die Menschen perspektivlos in Flüchtlingslagern vegetieren und je weniger sie von den Aufnahmeländern sozial, ökonomisch, kulturell und mental integriert werden. Die Leistung der alten Bundesrepublik, Millionen von Deutschen aus dem Osten aufzunehmen und binnen einiger Jahrzehnte recht erfolgreich zu integrieren, kann nicht als Regel unterstellt werden.

Gestern wurde darauf hingewiesen, dass nicht-jüdische Staatsbürger in Israel keine vollständige politische Gleichberechtigung besitzen. Das stimmt. Israels Demokratie ist nicht universalistisch, sondern ethno-partikularistisch. Oft vergessen wird hingegen, dass mit Ausnahme Jordaniens kein arabisches Land den aus Palästina Vertriebenen die Staatsbürgerschaft verliehen hat. Nach Jahrzehnten behandelt man sie in arabischen Staaten staatsbürgerlich gesehen noch immer als Fremde. Das Elend der vertriebenen Palästinenser hat mithin nicht nur eine israelische, sondern auch eine arabische Seite.

Ebenfalls wird im Zusammenhang dieser Vertreibungen meist unterschlagen oder vergessen, dass der israelisch-arabische Konflikt in den Jahrzehnten nach der Staatsgründung Israels dazu führte, dass auch das Gros der jüdischen Gemeinden in den arabischen Ländern flohen oder vertrieben wurden. Ich weiß die exakte Zahl nicht, doch stammt mehr als

eine Million Israelis aus arabischen Ländern. Gewiss ist die Mehrzahl von ihnen von der israelischen Einwanderergesellschaft ungleich besser integriert worden als die Palästinenser in den arabischen Nachbarstaaten. Gleichwohl haben auch diese Vertreibungen zu nationalistischen Ressentiments und damit zur anhaltenden Feindschaft beigetragen.

Nur am Rande sei vermerkt, dass es in diesem Territorialkonflikt nicht nur um Boden geht, sondern auch um Wasser. Besonders in der seit 1967 von Israel besetzten Westbank ist die Verteilung von schreiender Ungerechtigkeit.

2. Der Nahostkonflikt als Kolonialkonflikt

Damit meine ich mehr als die genannte Logik kolonialer Landnahme. Vor allem von arabischer Seite wird der Nahostkonflikt im Kontext des europäischen Kolonialismus perzipiert. Palästina gehörte Jahrhunderte lang zum Osmanischen Reich. Trotz dessen Krise seit dem 19. Jahrhundert und gegen alle Zerfallstendenzen (Stichwort „der kranke Mann am Bosphorus“) hat Großbritannien das Osmanische Reich im 19. Jahrhundert immer gestützt, und zwar in mehrfacher Absicht: als Brücke zu seiner wichtigsten Kolonie in Indien, als Gegengewicht gegen Russland und schließlich aus Rücksicht auf die Millionen von Muslimen in Indien, dem Land mit der größten muslimischen Bevölkerung.

Das änderte sich, als das Osmanische Reich an der Seite der Achse in den Ersten Weltkrieg eintrat. Nun begann Großbritannien, arabische Unabhängigkeitsbestrebungen gegen die Osmanen zu unterstützen und machte der zionistischen Bewegung Hoffnung auf eine nationale Heimstätte in Palästina (Balfour-Deklaration 1917). Großbritannien versprach sich davon Bündnispartner zur Sicherung seiner Verbindungen nach Indien und hoffte zudem, mit Hilfe der russischen Juden, die man für immens einflussreich hielt, verhindern zu können, dass Russland aus dem Krieg gegen Deutschland ausscheren könnte.²³

Palästina wurde 1917 jedoch nicht unabhängig, sondern britisches Mandatsgebiet. Das lag nicht *nur* am britischen Kolonialismus, der übrigens damals erst gerade anfang, sich der Bedeutung des Erdöls im Vorderen Orient gewahr zu werden, sondern auch an heftigen inner-arabischen Rivalitäten und daran, dass sowohl der arabische Nationalismus wie die palästinensischen Nationalbewegung erst schwach ausgebildet waren.

Nachdem Großbritannien das Mandat an die Nachfolgeorganisation des Völkerbundes zurückgegeben hatte, beschloss die UNO 1947 mit einer Zweidrittelmehrheit die Teilung Palästinas und die Schaffung von zwei Staaten. Diesen Beschluss und die Grün-

dung des Staates Israel deutete man in Palästina und in großen Teilen der arabischen Welt als Kolonialismus. So fügte sich ihr Kampf gegen Israel ein in die weltweite antikoloniale Befreiungsbewegung. Das musste für Israel als tödliche Gefahr erscheinen. War es doch das Ziel antikolonialer oder national-revolutionärer Befreiungsbewegungen, die Herrschaft der Kolonialländer abzulösen, sie ganz aus den Kolonien zu vertreiben und an deren Stelle eigene Nationalstaaten zu errichten. Hier ist es wieder, jenes „Recht der Lebenden“, von dem Ernest Renan sprach! Die Notwendigkeit, vom bestehenden Israel auszugehen, hat Bertrand Russell einmal auf den Punkt gebracht mit der Bemerkung, zwar sei die Geburt des Staates ein Unrecht gewesen, seine Zerstörung wäre jedoch ein weit größeres.²⁴

3. Der Nahostkonflikt hatte auch Züge eines Stellvertreterkonflikts

Es ist falsch, die Gründung Israels als Produkt des amerikanischen Imperialismus zu deuten. Der Nahostkonflikt steht quer zum Ost-West-Gegensatz. Aus recht verschiedenen historischen Gründen kam es zu jener Interessenübereinstimmung, die dem UN-Beschluss von 1947 zu Grunde lag. Die enge Allianz zwischen den USA und Israel ist viel späteren Datums. Noch 1956 war es Präsident Eisenhower, der die beiden alten europäischen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich von ihrer Militärintervention auf der Suez-Halbinsel zurückpiffte. Er war es auch, der Israel zwang, seine Kriegsbeute ohne Gegenleistungen wieder herauszurücken. Und beim israelischen Atomprogramm standen nicht die USA Pate, sondern es war Frankreich: Während des Algerienkrieges 1954 bis 1962 unterstützte Ägypten, unter Nasser unangefochtene arabische Hegemonialmacht, die Algerische Befreiungsbewegung FLN. Deshalb unterstützte Paris als Gegengewicht Israel.²⁵

Erst nach und nach wurde der Nahostkonflikt dann in den Ost-West-Konflikt eingefügt. Während sich die Sowjetunion mit antikolonialer Rhetorik auf die Seite der Araber schlug und v.a. die laizistischen nationalistischen Modernisierungsdiktaturen unterstützte (so ist etwa der moderne syrische Geheimdienst im wesentlichen ein DDR-Produkt), wurden die USA zusehends zur Schutzmacht Israels. Sie entwickelten ihre *special relationship* mit Israel – auch wenn Washington zugleich immer an guten Beziehungen mit jenen arabischen Staaten interessiert sein muss, die für die Erdölversorgung des Westens bedeutsam waren und sind – genannt sei *pars pro toto* die *special relationship* mit Saudi-Arabien, den USA in einer Art Tauschgeschäft verbunden: die Supermacht garantiert die Sicherheit des Regimes im einzigen Staat der Welt, dessen offizieller Name ein Familienname ist, Saudi-Arabien sorgt im Gegenzug für akzeptable Erdölpreise.

Wichtiger waren in dieser Stellvertreter-Dimension des Nahostkonflikts wohl schwer fassbare emotional-affektive Übereinstimmungen auf beiden Seiten. Da die Mehrheit der Staatsgründer Israels aus dem Westen stammten, gibt es Verbindungen und Affinitäten historischer, kultureller, mentaler und durchaus auch emotionaler Art, die sich aus der jüdisch-christlichen Kultur des Westens speisen. Israel ist die einzige Demokratie im Mittleren Osten; und es gibt die bereits genannte Scham im Westen über den Zivilisationsbruch. Dan Diner bringt diesen Zusammenhang gern auf die Formel, Israel sei „nicht in Europa, aber von Europa“. Auf der anderen Seite waren Affinitäten zwischen dem Realsozialismus und arabischem Nationalismus weit über alle anti-imperialistische politische Rhetorik hinaus wohl bedeutsamer, als vielen bis 1989 bewusst war. Auf ganz unterschiedliche Weise teilten beide kollektivistische Gemeinschaftsvorstellungen, deren anti-westlicher Tenor bis zur Implosion des Realsozialismus gleichsam den Druck abfederte, der mit forcierter Modernisierung und Globalisierung einher geht: extreme Individualisierung, Zersetzung hergebrachter Gemeinschaftsstrukturen, religiöser Zugehörigkeiten und Gewissheiten.²⁶ Erst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts konnte das in Gang kommen, was noch immer als Oslo- oder Friedensprozess bezeichnet wird. Dessen Anfänge liegen in den 90-er Jahren.

4. Die religiöse Dimension

Wer einmal in Jerusalem war, weiß, dass diese Dimension, die sich im symbolischen Kampf um Stein gewordene religiöse Gründungsorte und -mythen niedergeschlagen hat, dort auf Schritt und Tritt zu spüren ist. Scharons Besuch auf dem Tempelberg im Jahr 2000, eine gezielte Provokation, löste die *Intifada* – die *auch* ein Aufruhr palästinensischer Jugendlicher gegen die Veteranen der Fatah-Führung war – aus. In Jerusalem verdichtet sich gleichsam die religiöse Sakralisierung von Steinen.²⁷ Keine Restaurationsarbeiten an Heiligtümern, die nicht Proteste auslösen.

Einem radikal-islamischen Rechtsverständnis zufolge ist – wie die bereits zitierte Gründungscharta von *Hamas* aus dem Jahre 1988 ausdrücklich festhält – die Preisgabe heiligen, von Muslimen bewohnten Landes nicht statthaft. Das hängt wie ein Damoklesschwert über Israel. In den letzten Jahren hat bekanntlich auf beiden Seiten nicht der Säkularismus zugenommen, sondern vielmehr der Fundamentalismus. Die Krise der Arbeiterpartei in Israel und die religiöse Rechte zeugen davon ebenso wie der Wahlsieg der *Hamas* im Frühling 2006. Wenn es in einem Konflikt nicht nur um unterschiedliche Interessen geht, sondern um das Heilige, sind Kompromisse schwer zu erreichen.

Hinzu kommt: Da im Calvinismus das alte Testament eine wichtige Rolle spielt, nimmt der protestantisch geprägte Westen auch aufgrund religiös-emotional geprägter Affinitäten zu den biblischen Orten mehr oder weniger bewusst für Israel Partei. Das galt schon für diejenigen im *Foreign Office*, die aus religiösen Motiven mit dem Zionismus sympathisierten und den Juden in Palästina eine Heimstätte versprachen.²⁸ Ähnliches gibt es im protestantischen Fundamentalismus der USA, in diesem Zusammenhang mindestens so wichtig wie die – verächtlich oft strapazierte – „jüdische Lobby“ in den USA, die gern übersehen lässt, dass die Haltung der amerikanischen Juden zu Israel weitaus differenzierter ist – sie hatten auch Clintons Friedensbemühungen unterstützt! Bei Evangelikalen und christlichen Rechten lässt sich eine Art kompromissloser Positionierung der USA für Israel nachweisen, die sich speist aus einem Gemisch aus biblischem Fundamentalismus für die „einzige von Gott geschaffene Nation“, für die Wiederherstellung des alten Israel als Voraussetzung für die Wiederkehr Christi sowie aus antiislamischen Vorurteilen.²⁹

5. Der Nahostkonflikt ist verzahnt mit dem „Zivilisationsbruch“

Ich habe einleitend darauf hingewiesen, dass in der Diskussion gestern Abend schwer nachzuvollziehen war, ob sie sich um den Nahostkonflikt drehte – oder aber um das Verhältnis der Deutschen zum Nationalsozialismus. Beides ist nicht dasselbe; beides hängt aber – jenseits unseres Bedürfnisses nach manichäischen Einteilungen der Welt in Gute und Böse, Opfer und Täter – auf komplizierte Weise miteinander zusammen. Für die Gründergeneration war der staatliche Zufluchtsort Israel die Garantie für das Überleben des Judentums. Der zionistische Traum vom Judenstaat erfuhr durch den europäischen Antisemitismus der Zwischenkriegszeit und durch die Vertreibungen, vollends durch das Trauma der nationalsozialistischen Massenvernichtung eine neue Schubkraft. Man muss die nationalistisch-zionistische Teleologie von einem kausalen Zusammenhang zwischen Auschwitz und der Staatsgründung nicht teilen, um zu ahnen, dass für alle, die dem Holocaust entronnen sind, das Trauma Auschwitz geradezu als eine Verpflichtung zu Wehrhaftigkeit und Stärke gleichkam und gleich kommt – zumal in einer Umwelt, in der in jedem Jahrzehnt ein Krieg stattfand und die diplomatisch-politische Anerkennung Israels durch die meisten seiner Nachbarn noch immer aussteht. Kein Wunder, ist hier das Bedürfnis nach Sicherheit besonders ausgeprägt – und besonders verletzlich. Auch die israelischen Atomwaffen müssen in einem Erfahrungskontext gesehen werden, in dem die reale Massenvernichtung nachwirkt. Sie sind gleichsam das Pendant dazu, dass in Japan Nuklearwaffen bis heute undenkbar sind und dass es der Bundesrepublik

vergleichsweise leicht fiel, auf den Erwerb von Massenvernichtungswaffen zu verzichten.

Die Erfahrung von Auschwitz spiegelt sich im schlechten Gewissen Deutschlands, aber auch des ganzen Westens, nichts oder zu wenig gegen den Zivilisationsbruch getan zu haben. Als Folge identifiziert sich im Westen mancher auffallend stark mit Israel. In Deutschland ist eine affektfreie Diskussion über den Nahostkonflikt bis heute schwieriger als über jeden anderen internationalen Konflikt. Dabei nehmen die Identifikationen recht unterschiedliche Gestalt an. Da ist einmal das schlechte Gewissen, das mitunter merkwürdige Formen von Philosemitismus hervorbringt – als hätte Israel immer Recht und als wären alle Juden bessere Menschen! Dann gibt es das schlechte Gewissen, das bewirkt, dass man nicht bloß die Politik Israels kritisiert, mit der man nicht einverstanden ist, sondern dabei geradezu zwanghaft immer wieder in die Falle falscher Vergleiche mit den Nazis tappt. Und es gibt drittens Identifikationen mit den Palästinensern als den „Opfern der Opfer“, wobei dieser Antizionismus nicht immer leicht von Antisemitismus zu unterscheiden ist. Schließlich gibt es merkwürdige – und vielleicht noch immer nicht ganz aufgeklärte – biographische Verkehrungen und Verschiebungen: Manche meiner Altersgenossen haben in den sechziger Jahren aufgrund ihrer kritischen Konfrontation mit dem Nationalsozialismus zuerst deutsch-israelische Arbeitskreise gegründet, um sich kurz darauf dann auf die Seite der antiimperialistischen PLO zu schlagen.

Dass es neben Intellektuellen auch Repräsentanten Israels in Deutschland gibt, die auf der Klaviatur dieses schlechten Gewissens spielen und geschickt versuchen, jede Kritik an Israel überhaupt zu desavouieren und zu diskreditieren, muss auch genannt werden. Mit einem Wort: Die besondere Beziehung mit Israel oder die besondere Verpflichtung Deutschlands Israel gegenüber artikuliert sich darin, dass es keine Unbefangenheit geben kann.

6. Der Nahostkonflikt wird von islamischen Regimen instrumentalisiert

Manche arabischen Regime benutzen den Nahostkonflikt, um von ihrer inneren Modernisierungskrise und Stagnation abzulenken. Zudem dient er als Vehikel für das Ringen um die Hegemonie im Vorderen Orient. Über die Modernisierungskrise in der arabischen Welt redet man bei uns nicht gern – warum dem so ist, ist mir ein Rätsel geblieben. Ich habe vor drei Jahren einmal die ersten beiden der – inzwischen sind es vier – umfassenden *Arab Human Development Reports* für einen Beitrag für das Friedensgutachten ausgewertet.³⁰ Leider sind von diesen Berichten bis heute nur die Zusammenfassungen übersetzt, nicht die vollständigen Analysen – obwohl sie es verdient hätten. Das ist umso ärgerli-

cher, wenn man es kontrastiert mit den Massenaufgaben mancher verschwörungstheoretischer Bücher zum 9. September. Die *Arab Human Development Reports* wurden erarbeitet von arabischen Akademikern und Intellektuellen im Auftrag des UNDP-Regionalbüros. Sie sind eine schonungslose Gesamtanalyse der prekären wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in allen arabischen Staaten, die sie *in toto* – ungeachtet der erheblichen Differenzen zwischen ihnen, um welche die Autoren natürlich auch wissen – mit der Entwicklung in anderen Regionen vergleichen. Die Verfasser zeichnen ein ungeschminktes Bild von der Modernisierungsblockade in der arabischen Welt. Dazu nur einige wenige Zahlen, die noch immer ungläubiges Staunen auslösen: „1999 betrug das Bruttoinlandsprodukt aller 22 arabischen Staaten 531,2 Milliarden US-Dollar – weniger als das eines einzigen europäischen Landes, nämlich Spaniens, mit 595,5 Milliarden.“³¹

Ein anderer Vergleich veranschaulicht die Dimension dieser Entwicklungsblockade:

„Im Jahr 1981 produzierte China halb so viel wie die arabische Welt, 1987 erreichte es dasselbe Produktionsvolumen wie sie, heute produziert es das Doppelte.“³²

Diese Reports wehren sich gegen die pauschalierende Rede von *dem* Islam ebenso wie gegen Stereotype von *der* arabischen Mentalität oder *dem* arabischen Charakter. Sie benennen vielmehr drei handfeste Ursachen für die Modernisierungsblockade: 1) das völlige Fehlen individueller Freiheitsrechte, von Rechtsstaat und Demokratie, 2) die systematische Benachteiligung der Frauen sowie 3) gravierende Defizite im Schul- und Bildungssystem. Diese drei Dimensionen werden in den drei Folgeberichten entfaltet.

Nirgends auf der ganzen Welt ist die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern so groß wie in der arabischen Welt, wo Frauen elementarste Rechte und Rechtstitel fehlen. Die soziale Stellung der Frau scheint das Schibboleth in der Auseinandersetzung zwischen Reformern und politischen Islamisten zu sein. Nicht nur bei uns, wie der Streit um Kopftuch und Karikaturen, die Ermordung Van Goghs und die Autobiographie von Ayan Ali Hirsi eindringlich bezeugen; mit der Agitation gegen das Frauenwahlrecht hat Chomeini seinerzeit seine öffentliche Karriere begonnen.

Zu denken gibt auch die Stagnation der arabischen Welt in intellektueller Hinsicht. Nimmt man als *einen* aussagekräftigen Indikator für diese Krise die Übersetzungen, so traut man auch hier seinen Augen nicht: „Die Zahlen der übersetzten Bücher sind ebenfalls bedrückend. Die arabische Welt übersetzt jährlich 350 Bücher, ein Fünftel dessen, was Griechenland in einem Jahr schafft. Zusammen gerech-

net wurden seit der Zeit des Kalifen al-Ma'mun im 9. Jahrhundert um die 100.000 Bücher ins Arabische übersetzt – das entspricht ungefähr dem Jahresdurchschnitt an Übersetzungen in Spanien.“³³

So der erste Bericht. Der zweite, ein Jahr später erschienen, korrigierte diese Zahl: Es sind nicht 100.000, sondern sage und schreibe nur 10.000!³⁴ Wirklich bloß ein Kommafehler? Oder vielleicht ein Lapsus, weil die Autoren es selbst nicht fassen mochten? Wie dem auch sei, diese Zahlenvergleiche sind jedenfalls ein beredtes Zeugnis für das Ausmaß der kulturellen Abschottung und Isolierung der arabischen Welt. Die Autoren fordern, dringlich sei der Übergang von den Rentiersökonomien (d.h. Staatseinnahmen nicht aus Steuern, sondern aus Erdöl- und Erdgasexporten, Rücküberweisungen von Gastarbeitern und Entwicklungshilfe) zu einer „Wissensproduktionsweise“. Schwieriger ist es, die historischen Ursachen für diese Modernisierungskrise dingfest zu machen, zumal die europäische Zivilisation im Spätmittelalter von der arabischen Hochkultur ungemein viel lernte. Aber das wäre ein anderes Thema.

Mir geht es hier darum, dass die arabischen Regime den Palästinakonflikt gerne als Ventil instrumentalisieren, um von der Misere ihrer Modernisierungskrise abzulenken. Der verbreitete ideologische Viktimismus, an der eigenen Misere trügen der Westen und Israel Schuld, lenkt alle Kritik und Opposition bequem nach außen. Auf diese Weise geraten Autoritarismus, repressive politische Systeme, individuelle Rechtlosigkeit und speziell die Unterdrückung der Frau, die wirklichen Ursachen für die Stagnation, aus der Schusslinie. Ursprung alles Übels soll vielmehr Israel und der Westen sein.

Über diese Ventilfunktion hinaus ist der Palästina-Konflikt auch eine Schachfigur im Ringen mehrerer Staaten um die politische Hegemonie und innerislamische Vorherrschaft im Vorderen Orient. Dieses Ringen wird bei uns meist unterschlagen, wir sind auf den Palästina-Konflikt fixiert.³⁵ Die Instrumentalisierung zeigte sich exemplarisch daran, dass der durch und durch säkulare Autokrat Saddam Hussein palästinensische Märtyrer und ihre Familien reich belohnte. Oder denken Sie an die aktuellen Drohungen des iranischen Präsidenten Ahmadinejad. Traditionell hatten Israel und Iran gute Beziehungen, nicht zuletzt in gemeinsamer Frontstellung gegen die arabische Welt. Jetzt dagegen dienen das Schicksal der Palästinenser sowie Hass- und Vernichtungstiraden gegen Israel dem Ziel, den eigenen Einfluss in der islamischen Welt zu stärken. Seit der islamischen Revolution von 1979 redet Teheran nicht mehr von Israel, sondern mit Bedacht nur vom „zionistischen Besatzungsregime“ in Palästina. Das impliziert eine Vernichtungsdrohung, die Ahmadinejad bekanntlich auch unverblümt ausgesprochen hat.

Dass der palästinensisch-israelische Konflikt sich verschränkt mit dem arabisch-israelischen Konflikt, könnte freilich auch seine gute Kehrseite haben. Der 2002 von Saudi-Arabien vorgelegte Friedensplan versteht sich als gesamtarabische Initiative. Parallel zu dem Anfang 2007 von Riad vermittelten Ende des Bürgerkrieges zwischen *Hamas* und *Fatah* versprechen die Staaten der Arabischen Liga Israel nun erstmals die vollständige diplomatisch-politische Anerkennung und befürworten einen Friedensschluss, sofern sich Israel aus den 1967 besetzten Gebieten zurückzieht und der Gründung eines palästinensischen Staates zustimmt. Man kann das als neues Zeichen der Hoffnung verstehen: Die arabischen Staaten scheinen willens, sich zu verabschieden von der Instrumentalisierung des Palästina-Konfliktes für eigene Zwecke. Das erhöht die Chancen, von außen mäßigend auf die Protagonisten des Konflikts einzuwirken.

7. Der Nahostkonflikt ist nicht der Mutterkonflikt, aber an ihm hängt die Glaubwürdigkeit westlicher Politik

Der Palästina-Konflikt ist nicht die „Mutter“ der Krise im Mittleren Osten, wie viele nur allzu bereitwillig glauben. Mit dieser Propagandalüge stehlen sich die arabischen Regime aus der Verantwortung für die Modernisierungsblockade in ihren Ländern; dass sie hierzulande vielfach nachgeplappert wird, macht sie nicht besser. Kein einziger der Attentäter von 9/11 kam aus Palästina.

Gleichwohl ist der Palästina-Konflikt ein Schlüsselkonflikt. Nämlich im Blick auf die Glaubwürdigkeit der Politik des Westens und auch der Weltorganisation. Kofi Annan sagte in seiner letzten Rede vor der UN-Vollversammlung am 19. September 2006: Solange der Sicherheitsrat nicht in der Lage sei, den Palästina-Konflikt zu beenden und die nun schon fast 40-jährige Besatzung zu beenden, indem er beide Seiten dazu bringt, seine Resolutionen zu akzeptieren und umzusetzen, „wird der Respekt vor den Vereinten Nationen weiter schwinden. Solange wird auch unsere Unparteilichkeit in Frage gestellt.“³⁶

Damit bin ich bei der Frage, was der Westen, was Europa und was wir tun können und sollten, um den Friedensprozess im Nahen Osten wieder in Gang zu bringen. Druck durch externe Akteure ist nötig, denn die beiden wichtigsten Protagonisten dieses komplizierten Konflikts sind, wie sie hinlänglich bewiesen haben, außerstande, ihn aus eigener Kraft zu lösen. Wie das von außen am besten bewerkstelligt werden könnte, sollen wir von Reiner Bernstein und von den hier vertretenen, in praktischen Friedens- und Versöhnungsprojekten engagierten Innovatorinnen und Innovatoren erfahren ...

Literatur:

- ¹⁵ Reiner Bernstein: Von Gaza nach Genf. Die Genfer Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern, mit einem Vorwort von Ralf Fücks und Epilogen von Yasser Abed Rabbo und Yossi Beilin, Schwalbach/Ts. (Wochenschau-Verlag) 2006.
- ¹⁶ Ernest Renan: Was ist eine Nation? Und andere politische Schriften, mit einer Einleitung von Walter Euchner, Bozen (Verlag Folio) 1995, S. 133.
- ¹⁷ Ebd. S. 129 f.
- ¹⁸ Theodor Herzl: „Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen“. Altneuland / Der Judenstaat, Königstein/Ts. (Athenäum) 1985, S. 201 (Hervh.. von B.Sch.)
- ¹⁹ Margret Johannsen: Der Nahostkonflikt. Lehrbuch, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften) 2006, S. 18 f.
- ²⁰ Vgl. dazu noch immer Dan Diner: Tausch und Gewalt. Israel in Palästina, Königstein/Ts. (Athenäum) 1980.
- ²¹ Margret Johannsen: Kein Bürgerkrieg in Palästina: Chance zum Neueinstieg in den Friedensprozess, in: Bruno Schoch et al., Hrsg.: Friedensgutachten 2007, Münster (Lit) 2007, S. 188. Die Charta der Hamas ist übersetzt in: Helga Baumhart: Hamas. Der politische Islam in Palästina, Kreuzlingen-München (Diederichs) 2006, S. 207-226. Eingangs heißt es unmissverständlich: „Israel wird bestehen und so lange bestehen bleiben, bis der Islam es annulliert, so wie er davor Bestehendes annulliert hat.“ (S.207)
- ²² Vgl. Isaiah Berlin: Der Nationalismus. Seine frühere Vernachlässigung und gegenwärtige Macht. Mit einer Einführung von Henning Ritter, Frankfurt a.M. (Anton Hain) 1990, S. 58-63.
- ²³ Vgl. David Fromkin: A Peace to End all Peace. The Fall of the Ottoman Empire and the Creation of the Modern Middle East, 2. Aufl. New York (Hendry Hold and Co.) 2001, S. 295 f.
- ²⁴ Nach Dan Diner: Der Krieg der Erinnerungen und die Ordnung der Welt, Berlin (Rotbuch) 1991, S. 120.
- ²⁵ Vgl. Gert Krell: Die USA, Israel und der Nahost-Konflikt. Studie über demokratische Außenpolitik im 20. Jahrhundert, HSK-Report 14/2004, Frankfurt a.M. 2004.
- ²⁶ Vgl. Dan Diner, Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments, München (Propyläen) 2002, S. 177 f.
- ²⁷ Instruktiv dazu Margret Johannsen: Jerusalem: Zu heilig für den Frieden?, in: Reinhard Mutz et al., Hrsg.: Friedensgutachten 2001, Münster (Lit) 2001, S. 44-54.
- ²⁸ Vgl. das Kapitel über „Lloyd Georges Zionismus“ in David Fromkin, a.a.O., S. 263-301.
- ²⁹ Vgl. Gert Krell, a.a.O. S. 149.
- ³⁰ Bruno Schoch: Die Modernisierungsblockade in den arabischen Ländern verlangt einen wirklichen Politikwechsel, in: Christoph Weller et al., Hrsg.: Friedensgutachten 2004, Münster (Lit) 2004, S. 147-155.
- ³¹ United Nations Development Programm (UNDP): The Arab Human Development Report 2002: Creating Opportunities for Future Generations:<http://www.undp.org/rbas/ahdr/english.html>, S. 85. – Die Zusammenfassungen gibt es auf Deutsch als Broschüre oder Downloads bei der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN).
- ³² Ebd. S. 66.
- ³³ Ebd., S. 78.
- ³⁴ UNDP: The Arab Human Development Report 2003. Building a Knowledge Society (<http://www.undp.org/rbas/ahdr/english2003.html>), S. 67.
- ³⁵ Vgl. dazu Guido Steinberg: Im Schatten des Irakkrieges: Saudi-Arabien zwischen innenpolitischer Unsicherheit und schwierigen Nachbarn, in: Bruno Schoch et al., Hrsg.: Friedensgutachten 2007, Münster (Lit) 2007, S. 172-183.
- ³⁶ Zit. nach Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2006, S. 1403.

REINER BERNSTEIN

Ein realistischer Weg zum Frieden – die „Genfer Initiative“

Friede sei das Gegenteil von Sicherheit, haben wir von Martin Stöhr im Vortrag über die politische Philosophie von D. Bonhoeffer gehört. Sehen wir von der Frage ab, welche Gemeinsamkeiten der deutsche Blick Bonhoeffers auf die nach eigenen Regeln ablaufende Dramatik in den Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Palästina sowie Israelis, Palästinensern und Arabern nach dem 2. Weltkrieg haben, so steht auch im Nahen Osten die Alternative „Frieden durch Sicherheit“ oder „Sicherheit durch Frieden“ auf der Tagesordnung.

Wenn Israelis und Palästinenser etwas aus dem einseitigen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen im Sommer 2006 und Israels Krieg gegen die „Partei Gottes“ („Hisbollah“) im Libanon ein Jahr später lernen sollten, dann die Einsicht, dass die Formel „Frieden durch Sicherheit“ endgültig gescheitert ist. Nach dem bekannten Satz von David Ben Gurion aus dem Jahr 1919, dass der Konflikt unlösbar sei, hätte die zionistische Bewegung im britischen Mandatsgebiet verstehen können, dass sich der Große Arabische Aufstand zwischen 1936 und 1939 zwar niederschlagen lasse, ohne damit die Dauerkrise zwischen beiden Bevölkerungsgruppen zu beenden. Die zionistische Seite ging jedenfalls dazu über, sich endgültig von jeglicher Zusammenarbeit mit der arabischen Bevölkerung zu verabschieden, und die unversöhnliche unfähige arabische Führung musste in den Untergrund ausweichen – der Mufti von Jerusalem Amin el-Husseini suchte sogar bei Hitler Unterstützung für sein Ziel, die Juden aus Palästina zu vertreiben. Die Briten und die in die Unabhängigkeit entlassenen arabischen Staaten ihrerseits sorgten dafür, dass die arabischen Bevölkerung Palästinas führungslos in das Entscheidungsjahr 1947/48 entlassen wurde.

Desto mehr machten radikale Gruppen im Lande durch Gewalt- und Terrorakte von sich reden. Auch die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als Dachverband des Widerstandes wäre erfolglos geblieben, hätte sie auf den Slogan vom bewaffneten Kampf gegen den „zionistischen Feind“ verzichtet. So verfangen sich beide Seiten zumal nach den israelischen Eroberungen im Junikrieg 1967 in einer ununterbrochenen Abfolge der Destruktion – auf der einen Seite durch die völkerrechtswidrigen Interaktionen in der Westbank, im arabischen Teil Jerusalems und im Gazastreifen, auf der anderen Seite durch Grenzübergriffe, Anschläge und Selbstmordattentate, in einem Satz: Die Unebenbürtigkeit der Mittel im Kampf gegeneinander ist im Konflikt tief verankert und unterscheidet sich grundlegend

vom Charakter der zwischenstaatlichen Beziehungen im Nahen Osten. Daran haben weder UN-Resolutionen noch Friedenspläne etwas geändert.

Es wird noch seine Zeit dauern, bis sich diese zerstörerischen Beziehungen erledigt haben. Zu den Voraussetzungen ihrer Überwindung gehört in beiden Gesellschaften die Aufarbeitung der unterschiedlichen Narrative, so etwa:

1. Welche Rückwirkungen hatte der Holocaust in Europa auf die Staatsgründung Israels, und welche Rolle spielte dabei die Entstehung des palästinensischen Flüchtlingsproblems? Hier muss die Andeutung genügen, dass der zum „Friedensbund“ („Brit Shalom“) um Martin Buber gehörende geschäftsführende Vizepräsident der Hebräischen Universität in Jerusalem, Werner Senator, Ende 1944 schrieb: „Wenn ich die Katastrophe von fünf Millionen Juden und den Transfer von einer Million Arabern [aus Palästina] gegeneinander abwäge, dann erkläre ich klaren und leichten Gewissens, dass sogar drastischere Aktionen vertretbar gewesen wären.“ Solche „Umsiedlungsphantasien“ waren auch im arabisch-palästinensischen Denken gang und gäbe – vom Mufti über die PLO-Charta von 1968 bis zur Charta der Islamischen Widerstandsbewegung („Hamas“) zwanzig Jahre später.
2. War der politische Zionismus von Grund auf ein imperialistisch-koloniales Projekt, und wie kommt es dann, dass die damalige Sowjetunion den UN-Teilungsplan von 1947 zustimmte und den Staat Israel noch vor den USA diplomatisch anerkannte sowie durch massive Waffenlieferungen via Tschechoslowakei und Polen für sein Überleben sorgte?
3. Nach dem Scheitern eines Staates Palästina nach 1948 am arabischen Widerstand und nach dem Widerruf der jordanischen Annexion der Westbank durch König Hussein Ende Juli 1988: Was wären die Alternativen zur Gründung eines Staates Palästina?
4. Lätete der Sechstagekrieg das Ende des säkularen Nationalismus ein, der in Israel die Siedlungspolitik begründete und unter den Palästinensern „Hamas“ als treibende Kraft förderte und in beiden Fällen die Politik der Regierenden belastet? Lässt sich der Primat der Politik gegenüber den religiös fundamentalistischen Aufladungen wiederherstellen?
5. Woran liegt es, dass sämtliche internationalen Friedensbemühungen bislang gescheitert sind? Auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen: Wie ist zu beurteilen, dass Wolfgang Huber im April 2007 beim Besuch der EKD-Delegation im „Heiligen Land“ für die Evangelische Kirche eine Dolmetscherrolle „zur Versöhnung und Verständigung“ zwischen Israelis und Palästinensern reklamierte, wenn er gleichzeitig die Gedenkstätte Yad vaShem als „unser Tor nach Israel“ bezeichnete und sich damit begnügte, die humanitäre Lage der Palästinenser zu beklagen, also ein

Wort zur Errichtung eines souveränen und lebensfähigen Staates Palästina vermied? Der kalte Empfang des EU-Parlamentspräsidenten Hans-Gert Pöttering Ende Mai 2007 in der Knesset hat einmal mehr gezeigt, mit welcher Geringschätzung selbst europäische Politiker von Rang rechnen müssen, wenn sie auch nur höchst vorsichtig die israelische Politik auf die Achtung der Menschenrechte in den palästinensischen Gebieten ansprechen.

6. Schließlich: Warum ist in diesem Dauerkonflikt die Goldene Regel des Gebens und Nehmens in der politischen Diplomatie kontinuierlich vernachlässigt worden? So glauben nach einer neueren Umfrage mehr als sechzig Prozent aller Israelis daran, dass die Palästinenser ihren Staat zwischen Mittelmeer und Jordan errichten, also Israel auslöschen wollen. Ist unter solchen Bedingungen des Misstrauens, zu dem die Palästinenser genügend Anlass hätten, Frieden überhaupt möglich, und wie wäre ein solcher auszugestalten?

Erste Ansätze sind erkennbar, die Gegensätze und Widersprüche in den Wahrnehmungen beider Völker zu thematisieren. Ich empfehle dazu vor allem die Bücher von Shlomo Ben-Ami „Scars of War, Wounds of Peace“ (Oxford–New York 2006) und von Rashid Khalidi „Iron Cage“ (Boston 2006). Hier kommen zum ersten Mal von Seiten des früheren israelischen Außenministers und eines führenden palästinensischen Historikers die grundlegenden Schwächen, Fehler und Mängel der eigenen Politik offen zur Sprache.

Damit zeichnet sich noch kein „neuer Naher Osten“ ab. Doch wenn wir die strategische Erklärung der Arabischen Gipfelkonferenz vom März 2002 in Beirut und ihre Bestätigung genau fünf Jahre später im saudischen Riyadh hinzunehmen, in denen der Staat Israel erstmals unter der Bedingung der Zweistaatenlösung auf der „Grünen Linie“ zwischen 1949 und 1967, der Etablierung der Hauptstadt Palästinas im arabischen Teil Jerusalems und einer vereinbarten Regelung des Flüchtlingsproblems willkommen geheißen wird, dann ist eine politische Dynamik in Gang gekommen, die zu mehreren Interpretationen einlädt:

- Israels Regierung wird sich, in welcher Konstellation auch immer, auf Dauer der Formel „Sicherheit durch Frieden“ nicht entziehen können. Fast siebzig Prozent der Israelis fürchten gegenwärtig künftige Verhandlungen, denn in ihrem Mittelpunkt werden der Verzicht auf die Blockade des Gazastreifens, auf die Herrschaft über 2,5 Millionen Palästinenser in der West-Bank und in Jerusalem sowie auf den Anspruch als führende Militärmacht in der Region gehören. Letzterer könnte Israel durch die Neutralisierung der atomaren Optionen Irans erleichtert werden.
- Nachdem die westlichen Sanktionen „Hamas“ nicht aus der palästinensischen Regierung vertrieben haben, kommt es mehr denn je darauf an,

den islamischen Widerstand in die politische Verantwortung zu nehmen. Dabei müssen seine Repräsentanten verstehen lernen, dass jeder „Qassam“-Beschuss und jeder Selbstmordanschlag die Vision von einem Staat Palästina in immer weitere Ferne rückt. Erste positive Schritte des Umdenkens deuten sich an.

- Nach dem Scheitern der Osloer Vereinbarungen und der Gipfelkonferenz in Camp David im Juli 2000, nach dem dramatischen Verlust der politischen Autorität Washingtons in der arabischen Welt sowie nach dem Versagen der „Road Map“ des internationalen Quartetts aus USA, EU, Russland und dem UN-Generalsekretariat schickt sich die Klärung des israelisch-palästinensischen Konflikts an, in die Region zurückzukehren, auch wenn endgültige Erfolge ohne westliche Hilfestellungen nicht möglich sein werden.
- Hatten die Erklärungen von Beirut und Riyadh die Prinzipien des Friedens und der Sicherheit genannt, so bleibt der Entwurf der „Genfer Initiative“ vom Dezember 2003 das zumindest vorerst wichtigste Dokument für die politische Zukunft beider Völker. Es postuliert nicht nur die gegenseitige Anerkennung beider Völker auf der Grundlage der nationalen Ebenbürtigkeit, sondern die Detaillierung seiner Regelungsvorschläge legt die politisch Verantwortlichen auf die Einlösung ihrer inflationär wiederholten Zusagen für alle zentralen Probleme fest. Die israelischen und palästinensischen Verfasser dieses Entwurfs – Politiker, Militärs, Wissenschaftler, Wirtschaftsfachleute und Intellektuelle – haben zu Recht behauptet, dass wesentliche Teile eines künftigen Friedensvertrages im Text der „Genfer Initiative“ vorgegeben seien. Daran sollten sich auch die Abgeordneten des Bundestages erinnern, die dieses Dokument in zwei Entschließungen begrüßt haben, ohne dass die Bundesregierung daraus operative Konsequenzen zog.

Wenn es der Westen mit dem „Friedensprozess“ ernst meint, wird er diesem zentralen Konflikt in der Region erheblich größere Aufmerksamkeit widmen und das Gewicht jener Kräfte in beiden Gesellschaften stärken müssen, die von ihren Regierungen einen Kurs des Ausgleichs und der Versöhnung verlangen. Dazu gehört zuallererst das Ende der westlichen doppelten Bewertungsmaßstäbe. Im Nachwort zu meinem Buch über die „Genfer Initiative“ hat der Leiter des israelischen Teams Yossi Beilin geschrieben: „Ich habe meinen deutschen Gesprächspartnern oft gesagt, dass wahre Freundschaft nicht blinde Unterstützung und diplomatische Hängepartien auf dem Rücken dessen, was Israel auch immer tut, bedeuten darf. Sie muss statt dessen eine klarsichtige Vision und einen offenen Meinungsaustausch über Israels beste dauerhafte Interessen einschließen, die nach allen Erfahrungen die Interessen des Friedens sind.“

REDAKTIONELLE VORBEMERKUNG:

Am 1. Dezember 2003 haben israelische und palästinensische Persönlichkeiten die „Genfer Initiative“ unterzeichnet. Mehr als zwei Jahre hatte es gedauert, bis ein Entwurf vorgelegt werden konnte, der dem Frieden zwischen beiden Völkern den Weg ebnen soll. Da dieser „Vertragsentwurf“ bisher wenig bekannt ist, jedoch einen hohen symbolischen Stellenwert hat, wird er hier in Auszügen dokumentiert. Aus nahe liegenden Gründen wird ausführlich der Artikel über den „Status Jerusalem“ dokumentiert. Der volle Wortlaut der „Genfer Initiative“ findet sich unter www.genfer-initiative.de.

Entwurf eines Abkommens über den endgültigen Status

PRÄAMBEL

Der Staat Israel (nachfolgend als „Israel“ bezeichnet) und die Palästinensische Befreiungsorganisation (nachfolgend als „PLO“ bezeichnet) als Repräsentant des palästinensischen Volkes (nachfolgend als die „Parteien“ bezeichnet):

In erneuter Bekräftigung ihrer Entschlossenheit, Jahrzehnte der Konfrontation und des Konflikts zu beenden und auf der Basis eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens in friedlicher Koexistenz, gegenseitiger Würde und Sicherheit zu leben und eine historische Versöhnung zu erreichen;

In Anerkennung der Tatsache, dass Frieden den Übergang von der Logik des Krieges und der Konfrontation zur Logik des Friedens und der Kooperation erfordert und dass Handlungen und Worte, die für den Kriegszustand charakteristisch sind, in einer Epoche des Friedens weder angebracht noch akzeptabel sind;

In Bekräftigung ihrer tiefen Überzeugung, dass die Logik des Friedens Kompromisse erfordert und dass die einzige lebensfähige Lösung eine Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSC) ist;

In Bekräftigung der Tatsache, dass dieses Abkommen die Anerkennung des Rechts des jüdischen Volkes auf Eigenstaatlichkeit und die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Eigenstaatlichkeit markiert, unbeschadet der gleichen Rechte der Staatsangehörigen beider Parteien;

In Anerkennung der Tatsache, dass nach jahrelangem Leben in beiderseitiger Angst und Unsicherheit beide Völker eine Epoche des Friedens, der Sicherheit und Stabilität brauchen und die Parteien folglich alle erforderlichen Handlungen setzen müssen, um die Verwirklichung dieser Epoche zu gewährleisten;

In gegenseitiger Anerkennung des Rechts auf friedliche und sichere Existenz in sicheren und anerkannten Grenzen, frei von Bedrohungen oder Gewaltakten;

Entschlossen, Beziehungen aufzunehmen auf der Basis von Kooperation und der Verpflichtung, Seite an Seite in guter Nachbarschaft zu leben, mit dem Ziel, sowohl jeder für sich als auch gemeinsam zum Wohlergehen ihrer Völker beizutragen;

In erneuter Bekräftigung ihrer Verpflichtung, sich in Einklang mit den Normen des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen zu verhalten;

In Bestätigung der Tatsache, dass dieses Abkommen im Rahmen des im Oktober 1991 in Madrid eingeleiteten Nahost-Friedensprozesses, der Grundsatzklärung vom 13. September 1993, der nachfolgenden Abkommen einschließlich des Interimsabkommens vom September 1995, des Wye River-Memorandums vom Oktober 1998 und des Sharm El-Sheikh-Memorandums vom 4. September 1999 sowie der Verhandlungen über einen endgültigen Status einschließlich des Camp David-Gipfels vom Juli 2000, der Ideen Clintons vom Dezember 2000 sowie der Verhandlungen in Taba vom Januar 2001 geschlossen wurde;

In abermaliger Betonung ihrer Verpflichtung gegenüber den Resolutionen 242, 338 sowie 1397 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und in Bestätigung ihres Einvernehmens, dass dieses Abkommen auf der vollständigen Implementierung dieser Resolutionen basiert bzw. dazu führen wird und – durch seine Erfüllung – diese Implementierung darstellen wird und zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts in allen seinen Aspekten führen wird;

In der Feststellung, dass dieses Abkommen die Verwirklichung der Friedenskomponente hinsichtlich des endgültigen Status darstellt, wie sie in der Rede von Präsident Bush am 24. Juni 2002 sowie im Prozess des Quartett-Friedensplans vorgesehen ist;

In der Feststellung, dass in diesem Abkommen die historische Versöhnung zwischen Palästinensern und Israelis zu sehen ist und dass es den Weg bereitet für eine Versöhnung zwischen der Arabischen Welt und Israel sowie für die Aufnahme normaler und friedlicher Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel in Übereinstimmung mit den entsprechenden Klauseln der Resolution der Arabischen Liga von Beirut vom 28. März 2002; und

Entschlossen, das Ziel eines umfassenden Friedens in der Region zu erreichen und dadurch zu Stabilität, Sicherheit, Entwicklung und Wohlstand in der gesamten Region beizutragen; sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1 – Zweck des Abkommens über den endgültigen Status

1. Das Abkommen über den endgültigen Status (nachfolgend als „dieses Abkommen“ bezeichnet) beendet die Epoche des Konflikts und leitet eine neue Epoche ein, die auf Frieden, Kooperation und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den Parteien basiert.
2. Die Implementierung dieses Abkommens wird alle Ansprüche der Parteien befriedigen, die aus Ereignissen vor seiner Unterzeichnung entstanden sind. Weitere Ansprüche in Bezug auf Ereignisse vor diesem Abkommen dürfen von keiner der Parteien erhoben werden.

Artikel 2 – Beziehungen zwischen den Parteien

1. Der Staat Israel erkennt den Staat Palästina (nachfolgend „Palästina“ genannt) ab dessen Gründung an. Der Staat Palästina erkennt unverzüglich den Staat Israel an.
2. Der Staat Palästina ist der Nachfolger der PLO mit allen ihren Rechten und Verpflichtungen.
3. Israel und Palästina nehmen unverzüglich volle diplomatische und konsularische Beziehungen miteinander auf und tauschen ständige Botschafter aus, und zwar innerhalb eines Monats nach ihrer gegenseitigen Anerkennung.
4. Die Parteien anerkennen Palästina und Israel als die Heimatländer ihrer jeweiligen Völker. Die Parteien verpflichten sich zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der jeweils anderen Partei.
5. Dieses Abkommen ersetzt alle bisherigen Abkommen zwischen den Parteien.
6. Unbeschadet der von ihnen in diesem Abkommen übernommenen Verpflichtungen basieren die Beziehungen zwischen Israel und Palästina auf den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen.
7. Im Hinblick auf die Förderung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten und Völkern kooperieren Palästina und Israel in gemeinsamen Interessensbereichen. Diese umfassen unter anderem den Dialog zwischen ihren gesetzgebenden Körperschaften und staatlichen Institutionen, die Kooperation zwischen ihren jeweiligen lokalen Behörden, Förderung der Zusammenarbeit der zivilen Gesellschaft auf Nicht-Regierungsebene sowie gemeinsame Programme und Austausch in den Bereichen Kultur, Medien, Jugend, Wissenschaft, Erziehung, Umwelt, Gesundheit,

Landwirtschaft, Tourismus und Verbrechensverhütung. Der Ausschuss für Israelisch-Palästinensische Kooperation wird diese Zusammenarbeit gemäß Artikel 8 überwachen.

8. Die Parteien kooperieren in gemeinsamen wirtschaftlichen Interessensbereichen, um das menschliche Potential ihrer jeweiligen Völker bestmöglich zu verwirklichen. In dieser Hinsicht werden sie bilateral, regional sowie auch mit der internationalen Gemeinschaft tätig sein, um den maximalen Nutzen des Friedens für den größtmöglichen Querschnitt ihrer jeweiligen Bevölkerungen zu erzielen. Zu diesem Zweck werden von den Parteien entsprechende ständige Gremien eingerichtet.

9.... 10... 11....

Artikel 6 – Jerusalem

1. Religiöse und kulturelle Bedeutung
 - (a) Die Parteien erkennen die universelle historische, religiöse, spirituelle und kulturelle Bedeutung von Jerusalem und seiner Heiligkeit für das Judentum, das Christentum und den Islam an. In Anerkennung dieses Status bekräftigen die Parteien erneut ihre Verpflichtung, Charakter, Heiligkeit und Freiheit der Religionsausübung in der Stadt zu gewährleisten und die existierende Aufteilung der Verwaltungsaufgaben und der traditionellen Praktiken unter den verschiedenen Konfessionen zu respektieren.
 - (b) Die Parteien errichten ein interkonfessionelles Gremium aus Vertretern der drei monotheistischen Religionen, um als Beratungsgremium für die Parteien in Angelegenheiten zu fungieren, die in Verbindung mit der religiösen Bedeutung der Stadt stehen, und um das Verständnis und den Dialog zwischen den Religionen zu fördern. Zusammensetzung, Verfahren und Modalitäten für dieses Gremium sind in Anhang X beschrieben.
2. Hauptstadt zweier Staaten
Die Parteien haben ihre gegenseitig anerkannten Hauptstädte in den Gebieten von Jerusalem unter ihrer jeweiligen Souveränität.
3. Souveränität
Die Souveränität in Jerusalem entspricht der beigefügten Karte 2. Dies beeinträchtigt die unten genannten Regelungen nicht und wird auch nicht von ihnen beeinträchtigt.
4. Grenzregime
Das Grenzregime wird entsprechend den Bestimmungen des Artikels 11 eingerichtet und berücksichtigt die besonderen Bedürfnisse Jerusalems (z.B. Touristenbewegung und Intensität der Ver-

wendung von Grenzübergängen, einschließlich der Bestimmungen für Jerusalemer) sowie die Bestimmungen dieses Artikels.

5. al-Haram al-Sharif / Tempelberg (Komplex)

(a) *Internationale Gruppe:*

- i. Eine Internationale Gruppe, bestehend aus der IVG und anderen von den Parteien zu vereinbarenden Parteien, einschließlich Mitglieder der Organisation der Islamischen Konferenz (*Organization of the Islamic Conference / OIC*) wird hiermit zwecks Überwachung, Überprüfung und Unterstützung der Implementierung dieses Punktes eingesetzt.
- ii. Zu diesem Zweck errichtet die Internationale Gruppe eine multinationale Präsenz in dem Komplex, deren Zusammensetzung, Aufbau, Mandat und Funktionen in Anhang X ausgeführt sind.
- iii. Die multinationale Präsenz hat spezialisierte Abteilungen, die sich mit Sicherheit und Erhaltung befassen. Die multinationale Präsenz erstattet der Internationalen Gruppe periodische Erhaltungs- und Sicherheitsberichte. Diese Berichte sind zu veröffentlichen.
- iv. Die multinationale Präsenz ist bemüht, alle auftretenden Probleme unverzüglich zu lösen, und kann alle ungelösten Streitigkeiten an die Internationale Gruppe weiterleiten, die gemäß Artikel 16 vorgehen wird.
- v. Die Parteien können jederzeit Klarstellungen fordern oder bei der Internationalen Gruppe Beschwerde führen, die unverzüglich eine Untersuchung durchführen und Handlungen setzen wird.
- vi. Die Internationale Gruppe erarbeitet Vorschriften und Verordnungen, um für die Sicherheit im und die Erhaltung des Komplexes zu sorgen. Diese beinhalten Listen von Waffen und Ausrüstung, die auf dem Gelände erlaubt sind.

(b) *Verordnungen für den Komplex:*

- i. Angesichts der Heiligkeit des Komplexes und in Anbetracht der einzigartigen religiösen und kulturellen Bedeutung der Stätte für das jüdische Volk werden in dem Komplex keine Grabungen, Ausschachtungen oder baulichen Aktivitäten durchgeführt, sofern dies nicht von beiden Parteien genehmigt wurde. Verfahren für regelmäßige Instandhaltung und Notfallreparaturen im Komplex werden von der IG nach Rücksprache mit den Parteien eingerichtet.
- ii. Der Staat Palästina ist verantwortlich dafür, die Sicherheit des Komplexes aufrechtzuerhalten und zu gewährleisten, dass er nicht für feindliche Handlungen gegen Israelis oder israelische Gebiete verwendet wird. Die einzigen Waffen, die im Komplex erlaubt sind, sind die des palästi-

nensischen Sicherheitspersonals und der Sicherheitsabteilung der multinationalen Präsenz.

- iii. In Anbetracht der universellen Bedeutung des Komplexes und vorbehaltlich der Sicherheitserwägungen und der Notwendigkeit, die Religionsausübung nicht zu stören oder die vom Waqf 1 für die Stätte festgelegten Anstandsregeln nicht zu verletzen, wird Besuchern der Zutritt zu der Stätte gestattet. Dies erfolgt ohne jegliche Diskriminierung und entspricht im Allgemeinen der bisherigen Vorgangsweise.

(c) *Transfer der Autorität:*

- i. Am Ende der in Artikel 5 Ziff. 7 festgelegten Abzugsperiode übernimmt der Staat Palästina die Souveränität über den Bezirk.
- ii. Sofern von den beiden Parteien nicht anders vereinbart, bestehen die Internationale Gruppe und ihre Hilfsorgane weiter und erfüllen weiter alle in diesem Artikel festgelegten Funktionen.

6. Die Klagemauer

Die Klagemauer steht unter israelischer Souveränität.

7. Die Altstadt

(a) *Bedeutung der Altstadt:*

- i. Die Parteien betrachten die Altstadt als ein Ganzes mit einzigartigem Charakter. Die Parteien vereinbaren, dass die Erhaltung dieses einzigartigen Charakters zusammen mit der Sicherung und Förderung des Wohlergehens der Bewohner für die Verwaltung der Altstadt bestimmend sein sollte.
- ii. Die Parteien handeln gemäß den Vorschriften der Weltkulturerbeliste der UNESCO, in welche die Altstadt aufgenommen wurde.

(b) *Rolle der IVG in der Altstadt:*

i. *Kulturelles Erbe:*

1. Die IVG überwacht und überprüft die Erhaltung des kulturellen Erbes in der Altstadt gemäß den Vorschriften der UNESCO-Weltkulturerbeliste. Zu diesem Zweck hat die IVG freien und ungehinderten Zugang zu Bereichen, Dokumenten und Informationen, die mit der Erfüllung dieser Aufgabe in Zusammenhang stehen.
2. Die IVG arbeitet in enger Koordination mit dem Altstadtausschuss des Koordinations- und Entwicklungsausschusses für Jerusalem (*Old City Committee of the Jerusalem Coordination and Development Committee / JCDC*) zusammen, unter anderem bei der Erstellung eines Restaurierungs- und Erhaltungsplans für die Altstadt.

ii. *Polizei*

1. Die IVG setzt eine Polizeieinheit für die Altstadt ein (*Old City Policing Unit / PU*) zwecks Verbindung mit, Koordination zwischen und Unter-

stützung der palästinensischen und israelischen Polizei in der Altstadt, Entschärfung lokaler Spannungen und Hilfe bei der Beilegung von Streitigkeiten, sowie für die Durchführung polizeilicher Aufgaben an den in Anhang X spezifizierten Orten und gemäß Anhang.

2. Die PU erstattet der IVG periodisch Bericht.

Jede Partei kann im Zusammenhang mit diesem Punkt bei der IVG Beschwerde führen, die unverzüglich gemäß Artikel 16 zu handeln hat.

(c) *Freie Fortbewegung innerhalb der Altstadt:*

Die Fortbewegung innerhalb der Altstadt ist frei und ungehindert, vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Artikels und der Vorschriften und Verordnungen betreffend die verschiedenen heiligen Stätten.

(d) *Zutritt zur bzw. Verlassen der Altstadt:*

- i. Eingangs- und Ausgangsstellen der Altstadt werden von den Behörden desjenigen Staates mit Personal besetzt, unter dessen Souveränität sich die Stelle befindet, wobei auch Mitglieder der PU anwesend sind, sofern nicht anders festgelegt.
- ii. Um den Zugang innerhalb der Altstadt zu erleichtern, unternimmt jede Partei an den Eingangsstellen in ihr Staatsgebiet die zur Erhaltung der Sicherheit in der Altstadt erforderlichen Maßnahmen. Die PU überwacht den Betrieb der Eingangsstellen.
- iii. Staatsangehörige beider Parteien dürfen von der Altstadt aus nicht das Staatsgebiet der anderen Partei betreten, sofern sie nicht im Besitz der entsprechenden Dokumente sind, die sie dazu berechtigen. Touristen dürfen von der Altstadt aus nur das Staatsgebiet jener Partei betreten, für das sie eine gültige Einreisegenehmigung besitzen.

(e) *Aussetzung, Beendigung, Erweiterung:*

- i. Jede Partei kann die in Artikel 6 Ziff. 7/iii festgelegten Regelungen in Notfällen für eine Woche aussetzen. Die Verlängerung einer solchen Aussetzung über eine Woche hinaus erfolgt nach Rücksprache mit der anderen Partei und der IVG in dem laut Artikel 3 Ziff. 3 gegründeten Trilateralen Ausschuss.
- ii. Dieser Punkt ist nicht auf die in Artikel 6 Ziff. 7/ vi festgelegten Regelungen anwendbar.
- iii. Drei Jahre nach dem Transfer der Autorität über die Altstadt überprüfen die Parteien diese Regelungen. Diese Regelungen können nur über Vereinbarung der Parteien beendet werden.
- iv. Die Parteien prüfen die Möglichkeit, diese Rege-

lungen über die Altstadt hinaus zu erweitern, und können einer solchen Erweiterung zustimmen.

(f) *Sonderregelungen:*

- i. Entlang dem in Karte X eingezeichneten Weg (vom Jaffator zum Zionstor) gibt es ständige und garantierte Regelungen für Israelis hinsichtlich Zugang, Bewegungsfreiheit und Sicherheit (Anhang)
- ii. Unbeschadet der palästinensischen Souveränität entspricht die israelische Verwaltung der Zitate der Beschreibung in Anhang X.

(g) *Farbkodierung der Altstadt:*

In der Altstadt wird ein sichtbares Farbkodierungsschema verwendet, um die souveränen Gebiete der jeweiligen Parteien zu kennzeichnen.

(h) *Polizei:*

- i. Eine vereinbarte Zahl israelischer Polizisten bildet das israelische Polizeiaufgebot für die Altstadt und ist verantwortlich für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die täglichen Polizeiaufgaben in dem Gebiet unter israelischer Souveränität.
- ii. Eine vereinbarte Zahl palästinensischer Polizisten bildet das palästinensische Polizeiaufgebot für die Altstadt und ist verantwortlich für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die täglichen Polizeiaufgaben in dem Gebiet unter palästinensischer Souveränität.
- iii. Spezielle Schulungen aller Mitglieder der israelischen und palästinensischen Polizeiaufgebote für die Altstadt, einschließlich gemeinsamer Trainingsübungen, sind von der PU durchzuführen.
- iv. Ein spezieller Raum (*Joint Situation Room*), unter der Leitung der PU und unter Einbeziehung von Mitgliedern der israelischen und palästinensischen Polizeiaufgebote für die Altstadt, fördert die Verbindung in allen relevanten Polizei- und Sicherheitsangelegenheiten in der Altstadt.

(i) *Waffen:*

In der Altstadt darf niemand Waffen tragen oder besitzen, mit Ausnahme der in diesem Abkommen vorgesehenen Polizeikräfte. Zusätzlich kann jede Partei schriftliche Sondergenehmigungen für das Tragen oder den Besitz von Waffen in Gebieten erteilen, die unter ihre Souveränität fallen.

(j) *Nachrichtendienst und Sicherheit:*

- i. Die Parteien begründen eine intensive Zusammenarbeit in Bezug auf den Nachrichtendienst

in der Altstadt, einschließlich der unverzüglichen gegenseitigen Benachrichtigung über etwaige Bedrohungen.

- ii. Zur Förderung dieser Kooperation wird ein trilateraler Ausschuss eingesetzt, der aus den beiden Parteien sowie Vertretern der Vereinigten Staaten besteht.

8. Friedhof auf dem Ölberg ...

9. Besondere Regelungen für Friedhöfe ...

10. Der Tunnel der Westmauer

(a) Der in Karte X bezeichnete Westmauer-Tunnel befindet sich unter israelischer Verwaltung, einschließlich folgender Punkte:

- i. Unbeschränkter israelischer Zugang sowie Recht auf Religionsausübung und Durchführung religiöser Bräuche.
- ii. Verantwortlichkeit für die Erhaltung und Instandhaltung der Stätte gemäß diesem Abkommen und ohne Beschädigung der oben genannten Bauten, unter Aufsicht der IVG.
- iii. Überwachung durch die israelische Polizei.
- iv. Kontrolle durch die IVG.
- v. Der nördliche Ausgang des Tunnels ist nur für dessen Verlassen zu verwenden und darf nur im Notfall geschlossen werden, wie in Artikel 6 Ziff. 7 festgelegt.

(b) Diese Regelung kann nur über Vereinbarung beider Parteien beendet werden.

11. Kommunale Koordination

(a) Die beiden Stadtgemeinden Jerusalems bilden einen Koordinations- und Entwicklungsausschuss für Jerusalem (*Jerusalem Coordination and Development Committee / JCDC*), um die Zusammenarbeit und Koordination zwischen der palästinensischen Stadtgemeinde Jerusalems und der israelischen Stadtgemeinde Jerusalems zu beaufsichtigen. Der JCDC und seine Unterausschüsse bestehen aus je der gleichen Anzahl von Repräsentanten aus Palästina und Israel. Jede Seite ernennt Mitglieder für den JCDC und seine Unterausschüsse entsprechend ihren eigenen Modalitäten.

(b) Der JCDC sorgt dafür, dass die Koordination der Infrastruktur und der Dienstleistungen die Einwohner Jerusalems bestmöglich versorgt, und fördert die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zum allgemeinen Nutzen. Der JCDC unterstützt den Dialog und die Versöhnung zwischen den Gemeinschaften.

(c) Der JCDC hat die folgenden Unterausschüsse:

- i. Einen Planungs- und Bauausschuss, um

die vereinbarten Planungs- und Bebauungsverordnungen in den in Anhang X bezeichneten Gebieten zu gewährleisten.

- ii. Einen Wasser-Infrastrukturausschuss für Angelegenheiten betreffend Trinkwasserversorgung, Kanalisation und Abwassersammlung und -aufbereitung.

- iii. Einen Verkehrsausschuss, um wesentliche Verbindungen zwischen den beiden Straßensystemen, deren Kompatibilität und andere verkehrsbezogener Probleme zu koordinieren.

- iv. Einen Umweltausschuss zur Behandlung von Umweltfragen, welche die Lebensqualität in der Stadt beeinflussen, einschließlich Abfallbehandlung.

- v. Einen Wirtschafts- und Entwicklungsausschuss, um Pläne für wirtschaftliche Entwicklung in gemeinsamen Interessensbereichen zu formulieren, einschließlich der Bereiche Verkehr, kommerzielle Zusammenarbeit an den Nahtlinien, sowie Fremdenverkehr.

- vi. Einen Ausschuss für Polizei und Notfalldienste, um die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Verbrechensverhütung sowie die Versorgung mit Notfalldiensten zu koordinieren.

- vii. Einen Altstadt Ausschuss, um die gemeinsame Versorgung mit den relevanten kommunalen Dienstleistungen und anderen in Artikel 6 Ziff. 7 festgelegten Funktionen zu planen und zu koordinieren.

- viii. Andere Ausschüsse, wie im JCDC vereinbart.

12. Israelischer Wohnsitz palästinensischer Jerusalemer

Palästinensische Jerusalemer, die gegenwärtig ihren ständigen Wohnsitz in Israel haben, verlieren diesen Wohnsitz-Status, sobald die Autorität über die Gebiete, in denen sie ansässig sind, auf Palästina übergeht.

13. Transfer der Autorität

In bestimmten sozioökonomischen Bereichen wenden die Parteien Zwischenmaßnahmen an, um den vereinbarten raschen und geordneten Transfer von Befugnissen und Verpflichtungen von Israel auf Palästina zu gewährleisten. Dies erfolgt so, dass die erworbenen sozioökonomischen Rechte der Bewohner von Ostjerusalem erhalten werden.

.....

Vorstellung von Friedensinitiativen

In den folgenden Abschnitten werden die auf der Jahrestagung vertretenen Friedensinitiativen vorgestellt, soweit sie uns Texte zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt haben. (RED)

1. Judith Bernstein Jüdische Stimme für gerechten Frieden

Die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München

Ich bin als Vertreterin mehrere Gruppen zu dieser Tagung eingeladen worden. Seit 1991 gehöre ich der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München an. Diese Gruppe wurde im Jahr 1985 von in München ansässigen palästinensischen und jüdischen Bürgern gegründet. Es zeigte sich, dass es auch für uns, die wir in Deutschland leben, nicht möglich ist, so zu tun, als ob uns der israelisch-palästinensische Konflikt nichts angeht. Wir müssen uns mit ihm in der einen oder anderen Weise beschäftigen.

So bemühen wir uns, die Hintergründe und Probleme der Konfrontation zwischen beiden Völkern in Geschichte und Gegenwart zu verstehen. Dazu treffen wir uns in regelmäßigen Abständen. Wir haben Barrieren von Misstrauen untereinander und Unkenntnis voneinander abgebaut. Wir unterstützen Initiativen und Dialoggruppen im Nahen Osten und organisieren von Zeit zu Zeit öffentliche Veranstaltungen, zu denen wir israelische und palästinensische Gäste einladen. Aus Sorge um die friedliche Existenz des palästinensischen und israelischen Volkes möchten wir dazu beitragen, dass es zu einer Verständigung und einem dauerhaften und gerechten Frieden zwischen beiden Völkern kommt. Dieser kann nur auf dem Prinzip der nationalen Ebenbürtigkeit beruhen, die nach unserer Auffassung durch zwei unabhängige Staaten in den Grenzen von 1967 unter Respektierung völkerrechtlicher Grundsätze gewährleistet werden muss. Wir treten daher für das Ende der israelischen Besatzung ein und außerdem für die Gleichstellung der arabischen mit der jüdischen Bevölkerung im Staat Israel.

Wir halten einen regen kulturellen und wirtschaftlichen Austausch unter Juden und Arabern vor Ort sowie entsprechende Bildungs- und Erziehungsprogramme für geeignete und wichtige Mittel, diesen Dialog zu fördern. Die Dialoggruppe selbst ist ein

Beweis dafür, dass ein Frieden zwischen Israelis und Palästinensern, zwischen Juden und Arabern möglich ist.

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost – BR Deutschland

Im November 2003 wurde in Berlin unter dem Namen „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ die deutsche Sektion der Föderation „EUROPEAN JEWS FOR A JUST PEACE“ („Europäische Juden für einen gerechten Frieden“, EJJP) ins Leben gerufen. Die „Stimme“ arbeitet auf der Grundlage der EJJP-Gründungserklärung vom September 2002 in Amsterdam, die von 18 jüdischen Organisationen aus 9 europäischen Ländern verabschiedet wurde. Als assoziiertes Mitglied der Föderation will die „Stimme“ über die Notwendigkeit und Chancen eines gerechten Friedens zwischen Palästinensern und Israelis informieren. Ihre wesentliche Aufgabe sieht sie darin, darauf hinzuwirken, dass die Bundesregierung ihr außenpolitisches und ökonomisches Gewicht in der Europäischen Union, bei den Vereinten Nationen und nicht zuletzt im Nahen Osten nachdrücklich und unmissverständlich im Interesse der Herstellung eines lebensfähigen, souveränen Staates Palästina an der Seite Israels einbringt. Überdies will die neu gegründete Organisation für die Verbreitung der EJJP-Positionen in der Bundesrepublik sorgen.

Die Gründung der deutschen Sektion erfolgte ausdrücklich in der Absicht, sichtbar zu machen, dass die gegenwärtige Politik der israelischen Regierung entgegen der Behauptung ihrer Vertreter und der wiederholten Beteuerung von Sprechern großer jüdischer Gemeinden keineswegs von allen Menschen jüdischer Herkunft gestützt wird. All jenen, die sich anmaßen, für alle Juden einer Nation oder gar der Welt zu sprechen, rufen wir entgegen: Nicht in unserem Namen!

Gleichzeitig sieht die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ ihre vornehmliche Aufgabe darin, all jenen Organisationen und Individuen in der Bundesrepublik Deutschland Gehör zu verschaffen, die auf israelischer oder auf palästinensischer Seite für Frieden und Gerechtigkeit zwischen beiden Völkern eintreten. Dazu gehören die inzwischen eintausend Wehrdienstverweigerer in Israel, dazu gehören die Menschenrechts- und Friedens- sowie die humanitären Organisationen in Israel und Palästina, die trotz Abstrafungen und trotz existentieller Bedrohung ihrem Gewissen folgen und mit Zivilcourage für eine gute nachbarschaftliche Zukunft streiten.

Frieden und Gerechtigkeit in Palästina und in Israel sind möglich! Nötig sind dazu:

1. Das rasche Ende der seit 40 Jahren andauernden Besetzung des Westjordanlandes, des Gazastreifens und Ost-Jerusalems.

2. Die Räumung aller israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten.
 3. Ein souveräner und lebensfähiger Staat Palästina mit der Hauptstadt in Ost-Jerusalem.
 4. Die Anerkennung der Mitverantwortung Israels am palästinensischen Flüchtlingsproblem und die Garantie, alle rechtlichen Verpflichtungen, die daraus folgen, in bi- und multilateralen Übereinkommen zu regeln, die auf eine gerechte, faire und praktikable Lösung ausgerichtet sind.
 5. Die tatsächliche politische und gesellschaftliche Gleichstellung der arabisch-palästinensischen Bürger Israels.
 6. Ein Friedensvertrag zwischen beiden Staaten, der das Schutzinteresse aller Bürger und Bürgerinnen berücksichtigt und zudem auf Vereinbarungen beruht, die den spezifischen Sicherheitsbedürfnissen Israels und Palästinas Rechnung tragen.
- endlich die Verwirklichung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ernsthaft anzustreben, in Gaza und dem gesamten 1967 besetzten Westjordanland einschließlich Ost-Jeruselems, mit voller Souveränität und freiem Verkehr zwischen beiden Landesteilen.

Da auch die jüdischen Erstunterzeichnenden Verwandte und Angehörige in Israel haben, unterstützen sie die dortigen Gruppen der Friedensbewegung. Aus Sorge um die Zukunft des Staates und seiner Bevölkerung sind diese Gruppierungen grundlegend anderer Auffassung als Verlautbarungen aus den hiesigen jüdischen Gemeinden ergeben. Sie widersprechen deutlich jenen Behauptungen, die anscheinend in blinder Gefolgschaft auf die Politik der israelischen Regierung setzen, um den Antisemitismus zu bekämpfen. Wir sind davon überzeugt, dass das Umgekehrte richtig ist: Die Antisemiten bedienen sich des Konflikts, um auch gegen die Juden außerhalb Israels Misstrauen und Hass zu schüren. Die deutsche Gesellschaft garantiert unterschiedliche Auffassungen; dieses Recht nehmen auch die hier lebenden Juden in Anspruch. Die große Resonanz, die die „Berliner Erklärung“ gefunden hat, bestärkt unser Bemühen.

Berliner Erklärung „Schalom 5676“

Ende September 2006 haben Jüdinnen und Juden aus Deutschland als Erstunterzeichnende die Berliner Erklärung „Schalom 5676“ erarbeitet. Darin werden die Bundesrepublik und die EU dazu aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass sich Israel aus den palästinensischen Gebieten zurückzieht und die politischen und die Menschenrechte der Palästinenser anerkennt, um ihnen ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen.

Für dieses Ziel war bislang nur geringe öffentliche Unterstützung gekommen. Das hatte Gründe: Der Völkermord an den Juden Europas hat viele Menschen dazu veranlasst, aus Schuld, Scham und Trauer über dieses Verbrechen zur Politik des Staates Israel zu schweigen. Inzwischen ist diese Stille einer großen Distanz zwischen den Regierenden und den Regierten gewichen. Während weite Teile der öffentlichen Meinung der israelischen Politik mit Fassungslosigkeit begegnen, bemüht sich die Bundesregierung darum, für sie Verständnis aufzubringen. Das gilt für die Siedlungspolitik ebenso wie für den Bau der Trennungszäune und -mauern.

Wir als Erstunterzeichnende sehen mit Entsetzen, wie sich der mit so großen Hoffnungen gegründete Staat Israel in eine Sackgasse manövriert hat, die ihn international isoliert.

Wir fordern die deutsche Regierung auf, mit der Europäischen Union

- schnell den Boykott der Palästinensischen Autonomiebehörde zu beenden,

2. Deutsche Initiative für den Nahen Osten (DINO)

Personen und Programme – Positionsbeschreibung der Initiative

Grundlage für die Überlegungen zum Projekt „DINO“ – (Deutsche Initiative für den Nahen Osten) – waren viele Gespräche, die Manfred Erdenberger, langjähriger Chefredakteur und Politischer Chefkorrespondent des WDR sowie Commander des Ordens des Heiligen Lazarus zu Jerusalem mit Vertretern aus Politik und Kirche(n) geführt hat. Dabei ging es um die Frage, ob es nicht einen Weg gibt, Initiativen für den Nahen Osten aus Deutschland öffentlich und publizitätswirksam zu begleiten und zu unterstützen.

Geprägt durch seine ständigen Reisen in und seine Berichterstattung aus dem Nahen Osten in den letzten zehn Jahren, regte er an, einen Freundeskreis Gleichgesinnter zu gründen, der den Prozess zu Frieden und Ausgleich im Nahen Osten konstruktiv begleitet. DINO will einmal im Jahr die Situation im Nahen Osten öffentlich rekapitulieren und auf Möglichkeiten zu Fortschritten hinweisen. Dieser Kreis soll sich bei aktuellen Anlässen überpartei-

lich und interreligiös zu Entwicklungen und Ereignissen im Nahen Osten öffentlich zu Wort melden und den für alle Parteien im Nahen Osten schwierigen Prozess der Annäherung moderierend unterstützen.

Im Kern geht es um den andauernden Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, aber auch um die Situation in den Nachbarstaaten von Ägypten über den Libanon, Jordanien und Syrien bis hin zu den Vorgängen im Irak und Iran. Mit anderen Worten: Es muss ein stärkerer Focus auch auf die Anrainerstaaten in der Region gelenkt werden. Es geht darum, die Probleme auf der täglichen Agenda und im Blickfeld der Öffentlichkeit zu halten.

Vor diesem Hintergrund will DINO – fern von (parti-)politischen Stellungnahmen und Einflüssen – mit einem Netzwerk engagierter Menschen aus allen Bereichen den Versuch unternehmen, durch engagierte Aufklärungsarbeit das Verständnis für die komplizierten Zusammenhänge zu fördern, Vorbehalte aller Art und Intoleranz abzubauen und Chancen der Annäherung unter den streitenden Parteien auszuloten und zu unterstützen. Kurz gesagt: Informationen sammeln und weitergeben, Partner motivieren und vermitteln, Toleranz erzeugen.

Mit dem Sitz der Initiative und den Jahrestreffen in Münster knüpfen wir an die Tradition des Westfälischen Friedens von 1648 an, der Europa nach einem verheerenden 30-jährigen Krieg den ersehnten Frieden brachte und die politischen wie religiösen Verhältnisse neu ordnete. Im Friedenssaal des Rathauses finden sich noch heute die Grundlagen für eben diese historische Übereinkunft, die als Modell für viele Krisenregionen dieser Erde – zu aller erst für den Nahen Osten! – dienen sollte:

„Pax optima rerum“ – „... der Friede ist das höchste Gut“ – steht auf der Herdplatte im Kamin des Friedenssaales des Rathauses, in Sichtweite dieses Domes. Dazu am Kronleuchter: **„Befleißigt Euch der Gerechtigkeit, die ihr auf Erden richtet ...!“**, und auf der Gerichtsschranke **„Man höre beide Parteien“**. Als Gebrauchsanweisung drei schlichte Sätze, die der Schlüssel zum Frieden von 1648 waren und Erfahrungen mit Leid und Tod. Zu DINO – Deutsche Initiative für den Nahen Osten – gehören von Beginn an Manfred Kock, der ehemalige Ratsvorsitzende der EKD in Deutschland, sowie der Bethlehemener Pfarrer der ev.-luth. Weihnachtskirche und Direktor des Internationalen Begegnungszentrums, Dr. Mitri Raheb. Er wurde im November 2006 mit dem renommierten „Tschelebi-Friedenspreis 2006“ des Zentralinstituts Islam-Archiv-Deutschland in Soest ausgezeichnet.

Ebenfalls seit Beginn dabei sind der Münsteraner Domkapitular und Prior des Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem, Monsignore Martin Hülskamp, Avi Primor, der langjährige Botschafter Isra-

els in Deutschland, sowie der Kommunikationschef des Ereigniskanals von ARD und ZDF, PHOENIX, Jürgen Bremer, als Geschäftsführer der Initiative.

Im Juni 2006 wurde der Kreis erweitert um Seine Seligkeit Gregorios III., Griechisch-Katholischer Patriarch von Antiochien und dem ganzen Orient, von Alexandrien und von Jerusalem. Seine Begründung für die Teilnahme: „26 Jahre im Heiligen Land sind für mich ein Engagement für diesen gewünschten Frieden im Heiligen Land, der der Schlüssel ist für den Frieden im Nahen Osten und in der ganzen Welt“.

Weitere Kontakte zum Kreis oder auch ihre Mitarbeit haben zugesagt u.a. Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler, Prof. Rita Süßmuth, Rudolf Dressler (langjähriger Botschafter der BRD in Israel), Dr. Klaus Künkel, Wolfgang Clement. Bis zu Ihrem Tode gehörten auch Bundespräsident a.D. Johannes Rau und der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel dazu. Mit Muhammad Salim Abdullah (Seniordirektor des Zentralinstituts Islam-Archiv-Deutschland) ist erstmals auch ein Vertreter der Muslime in der Initiative vertreten.

3. Nahost-Kommission von Pax Christi

Drei Religionen – Zwei Völker – Ein Land

(zusammengestellt für die Tagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv) in der ev. Akademie Arnoldshain vom 13. - 15. April 2007 „Verantwortung für den Frieden im Nahen Osten“)

Für Pax Christi ist der Name Programm. Der Frieden Christi war für viele Menschen im zerstörten Europa am Ende des Zweiten Weltkrieges Hoffnung auf einen Neuanfang für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Aus diesem Geist heraus ist eine Versöhnungspraxis von ehemals verfeindeten Nationen erwachsen und eine Bewegung entstanden, die heute in mehr als 60 Ländern der Welt aktiv für Frieden und Gerechtigkeit eintritt.

Die besondere Herausforderung in der Friedensarbeit besteht neben der Versöhnung in der Option für die Gewaltfreiheit, die Wahrung der Menschenrechte und den Einsatz für weltweite soziale Gerechtigkeit. Im Mittelpunkt steht die Solidarität mit den Menschen, die Opfer von Unrecht und struktureller und direkter Gewalt geworden oder von solcher bedroht sind. Die praktische Solidarität gilt denen, die sich für Konfliktlösungen ohne Gewalt einsetzen.

Frieden im Nahen Osten scheint trotz jahrzehntelanger Bemühungen in immer weitere Ferne zu rücken. Das israelische und das palästinensische Volk haben beide ein Recht auf Selbstbestimmung und Heimat auf dem Gebiet von Israel/Palästina und einen Staat, in dem sie sicher leben und sich entwickeln können. Es ist unsere Überzeugung, die wir in Pax Christi mitarbeiten, dass nur gemeinsam beide Völker eine Zukunft haben.

Als Deutsche stehen wir in der besonderen Beziehung zum jüdischen Volk auf Grund der geschichtlichen Verantwortung für die Shoa, der systematischen Vernichtung der Juden während der NS-Zeit. Als Christinnen und Christen suchen wir geschwisterliche Beziehungen zu Juden und Muslime. Als Friedensbewegte sind wir solidarisch mit Menschenrechts- und Friedensorganisationen in Palästina und Israel und unterstützen deren Wirken.

Dazu hat die deutsche Sektion von Pax Christi eine Nahost-Kommission eingerichtet. Der Nahost-Konflikt hat für die Sicherheit und den Frieden in Europa und in der Welt zentrale Bedeutung angenommen. Schließlich bündeln sich im Nahost-Konflikt viele Friedensfragen wie in einem Brennglas: Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen; Nationaler und religiöser Extremismus, Territorialansprüche und ungelöste Flüchtlingsprobleme; Sicherheitsbedürfnisse und Militarisierung; Sicherheitstraumata; Suizid- und Armeeterror und die Spirale der Gewalt; Ungerechte Verteilung von Wirtschaft, Land und Ressourcen; Ökologische Probleme, vor allem beim Wasser.

Im Laufe unserer langjährigen Nahost-Arbeit haben wir vielfältige Kontakte geknüpft zu unterschiedlichen Gruppierungen und Menschen in Israel und Palästina. Eine entsprechende Liste von Partnerorganisationen ist beigelegt. Siehe auch www.paxchristi.de Nahost. Sie setzen sich mit uns ein für:

- a. ein Ende der Besatzung
- b. gewaltfreien Widerstand gegen die Besatzung
- c. Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern
- d. Jugendbegegnungen
- e. Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrecht
- f. gewaltfreie Konfliktlösungen
- g. den Dialog der Religionen

Praktische Solidarität heißt für uns: Wir analysieren aktuelle Entwicklungen im Nahen Osten. Wir informieren durch Publikationen, Seminare, Vorträge und Reisen. Wir nehmen Stellung zu Siedlungsbau, Mauerbau, Landenteignung, Hauszerstörungen. Wir versuchen, Einfluss auf die Politik in Deutschland und der EU zu nehmen, z.B. durch Kampagnen und Petitionen zur Achtung der Men-

schenrechte und des Gewaltverzichts. Dazu arbeiten wir u.a. mit in dem Koordinationskreis Stoppt die Mauer in Palästina. www.stopptdiemauer.de Wir sind Mitträger des Ökumenischen Friedensdienstes in Palästina und Israel und vermitteln Freiwillige. www.eappi.org Wir vermitteln Kontakte zu Partnern in der Friedensarbeit vor Ort. Wir unterstützen Partner direkt, z.B. durch den Verkauf von Olivenholzarbeiten aus einem christlichen Projekt in Bethlehem. (Heilig-Land-Hilfsfonds).

Jüngste veröffentlichte Materialien der Nahost-Kommission zur Diskussion: „Besatzung kennt Regeln – Humanitäres Völkerrecht im Nahostkonflikt“, „Weg mit der Mauer in Palästina“, zusammen mit dem Koordinationskreis: Stoppt die Mauer

Kontakt: Franz-Roger Reinhard, Tel. 02507-7951, maroreinhard@web.de
c/o Pax Christi - Nahost-Kommission, Postfach 1345, 61103 Bad Vilbel, Tel. 06101-2073, Fax 06101-65165, nahost@paxchristi.de

4. Annette Mehlhorn Religion – Politik – Gender

Eine interreligiöse und überparteiliche Fraueninitiative

1. Geschichte der Initiative

Auf Anregung des Arbeitskreises (AK) „Frauen“ an der Evangelischen Akademie Arnoldshain und des Hessischen Sozialministeriums (HSM) entstand im November 2001 der „Arbeitskreis für frauenpolitische Fragen der jüdischen, christlichen und islamischen Religionsgemeinschaften“. Diesem Arbeitskreis gehören inzwischen Frauen aus Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz an. Er steht in Kontakt mit Frauen einer Berliner Initiative, die sich ebenfalls auf die biblischen Stammütter Sarah und Hagar berufen und ihr Aktionsfeld auch im Spektrum von Religion, Politik und Gender verorten. Insgesamt über 30 Frauen unterschiedlicher kultureller, nationaler und religiöser Hintergründe treffen sich regelmäßig in den Räumen einer der beteiligten Gemeinschaften. Aktuelle Berichte aus den Gemeinschaften gehören zur festen Tagesordnung der Begegnungen. Auch ein regelmäßiger Austausch über Texte aus den Traditionen und die respektvolle Begleitung der verschiedenen Gebets- und Festzeiten werden gepflegt. Verschiedenheiten in jeweiligen Hintergründen und Prägungen, sowie eine differenzierte Wahrnehmung aktueller Probleme, Herausforderungen und Fragestellungen in den Gemeinschaften geraten auf diese Weise in den Blick.

2. Zielsetzung

In einem fünfjährigen Lern- und Arbeitsprozess verständigte sich die Gruppe über gemeinsame Anliegen in der Sozialpolitik. Dabei sollten sowohl die Bedürfnisse und Interessen von Frauen berücksichtigt werden als auch deren unterschiedlichen religiösen und kulturellen Hintergründe. Integrationsbestrebungen, Gender Mainstreaming und die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU (II.81) stellen den Rahmen für die politische Einbindung dieses Vorhabens dar. In einem Multiplikationsprozess sollen die gewonnenen Ergebnisse nach dem Schneeballprinzip verbreitet und diskutiert werden.

3. Schwerpunkte

Nachdem die Gruppe sich eine gemeinsame Wissensbasis bezüglich der Anliegen des Gender Mainstreaming erarbeitet hatte, verständigten die Mitglieder sich darauf, zunächst drei Themenfelder schwerpunktmäßig zu bearbeiten: *Arbeit, Bildung und Familie*. Im Austausch mit Fachberaterinnen aus Politik, Religionsgemeinschaften, Wirtschaft, Recht und Bildungseinrichtungen wurden in diesen Feldern Ideen für gestaltende Prinzipien für politisches Handeln und gesellschaftliches Zusammenleben entworfen.

Das dabei erarbeitete Impulspapier soll nun mit Multiplikatoren und Multiplikatorinnen aus Politik, Gesellschaft und Religionsgemeinschaften diskutiert werden, um seine Anregungen für zukünftige Gestaltungsaufgaben in den genannten Handlungsfeldern umzusetzen.

4. Perspektiven

Mit der Veröffentlichung der **„Impulse für eine geschlechtergerechte Sozialpolitik auf der Basis jüdischer, christlicher und muslimischer Traditionen“ in der Reihe epd-Dokumentationen (30.1.2006)** soll der begonnene Verständigungsprozess über Fragen im Spannungsfeld von Religion, Politik und Gender fortgesetzt werden. Frauen der Sarah-Hagar-Initiative stehen in jeweils trireligiöser Besetzung für Einführungen und Diskussionen bei Foren, Tagungen, Seminaren und Bildungsveranstaltungen zur Verfügung.

Kontakt:

Sarah und Hagar: c/o Evangelisches Frauenbegegnungszentrum

z.Hd. Pfrin Eli Wolf, Saalgasse 15, 60311 Frankfurt, Tel 069-92 07 08-0, eva.fbz@t-online.de

sowie: c/o Dr. Annette Mehlhorn, Franz-Rücker-Allee 10, 60487 Frankfurt, Tel 069-70 75 390, mail@annette-mehlhorn.de

5. Hermann Sieben Neve Shalom/Wahat al Salam – Oase des Friedens

„Living with the Conflict“ heißt ein von der Dorfgemeinschaft produziertes Video. Welcher Konflikt ist gemeint?

Die Mitglieder von Neve Shalom/Wahat al Salam sind zwar alle Bürger Israels, aber in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Völkern stehen sie durch Kultur, familiäre Beziehungen, Sprache, Geschichte beiden Seiten unterschiedlich gegenüber. Die Loyalität zum eigenen Staat steht bei den palästinensischen Israelis manchmal im Widerspruch zur Solidarität zum eigenen Volk.

Warum hat Bruno Hussar Neve Shalom/Wahat al Salam gegründet?

Beim Studium der Heiligen Schrift der Juden und Christen in dem von ihm gegründeten Haus des Jesaja in Jerusalem erlebte er den Konflikt um sich herum. Er dachte, Juden, Christen und Muslime sollten versuchen, im gemeinsamen Glauben an den einen Gott die Grundlage zu finden, als verträgliche Nachbarn zusammenzuleben.

Ist das Dorf eine Oase des Friedens?

Bruno Hussar fand den Ausdruck „Neve Shalom“ beim Propheten Isajja 32,18. Prophetische Aussagen sind im Zusammenhang besser zu verstehen. Die beiden vorausgehenden Sätze lauten: *„Dann wird Rechtsspruch in der Wüste wohnen und Gerechtigkeit im Fruchtlande. Und das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein und die Tat der Gerechtigkeit Ruhe und Sicherheit auf immer.“* Erst dann kommt die Zusage *„Mein Volk wird in einer Wohnstätte oder Aue (neve) des Friedens wohnen.“*

Was ist dann die jetzt gelebte Grundlage des Zusammenlebens?

Es ist die Gleichberechtigung der jüdischen und arabischen Mitglieder. Diese Qualität wird auch durch die Quantität gestützt, d.h. bei der Aufnahme wird auf eine ausgewogene Zahl von jüdischen und arabischen Familien Wert gelegt. Der Leiter des Sekretariats (Gemeinderats) ist z. Zt. ein Araber, vorher hatten auch Juden das Amt inne. Auch in der Leitung der Schule, der Friedensschule usw. wechselt man ab und achtet darauf, dass beide Bevölkerungsgruppen Mitentscheidung haben.

Warum gibt es im Dorf keine Synagoge, keine Kirche, keine Moschee, sondern nur eine Halle und einen Hain des Schweigens?

Dazu Bruno: *„Gott ist in der Stille, der Doumia zu fin-*

den, Worte können entzweien, von Kanzeln sind schon zu viele Religionskriege ausgegangen“. Vom Dorf aus ist aber die Abteikirche zu Fuß, Synagogen, Moscheen und weitere Kirchen sind mit dem Wagen leicht zu erreichen.

Wie reagiert die Dorfgemeinschaft auf das entsetzliche Elend der palästinensischen Nachbardörfer in den besetzten Gebieten?

Man beteiligt sich nicht nur an Demonstrationen, die die israelische Regierung auffordern, die Besatzung zu beenden. Ärzte, Krankenpfleger, Apotheker und Helfer aus dem Dorf haben an arbeitsfreien Samstagen in diesen Orten die allernötigste medizinische Versorgung geleistet. Über die Bruno-Hussar-Stiftung haben wir das unterstützt und u.a. eine Freizeit für Kinder aus palästinensischen Flüchtlingslagern im Dorf finanziert.

Wie setzen die Dorfbewohner ihren Willen, als Juden und Palästinenser bewußt zusammenzuleben und gemeinsam für den Frieden zu arbeiten, praktisch um?

Sie tun das u.a.

- a) in einer **Friedenschule**, die inzwischen in Kursen und Begegnungen über 45.000 jüdische und arabische Israelis, u.a. Oberschüler, Studenten, Jugendleiter und Lehrer umfassen.
- b) An dem zweisprachigen und bikulturellen dorfeigenen **Erziehungssystem** von Kinderkrippe, Kindergarten und der sechsklassigen Grundschule nehmen im Schuljahr 2006/07 aus dem Dorf und der Umgebung ca. 200 jüdische und arabische Kinder teil.
- c) Das Zentrum **Doumia/Sakinah zum Andenken an Bruno Hussar** greift bei seinen Seminaren, Vorträgen und Diskussionen interreligiöse geistliche Themen auf.
- d) in einer **Bildungsstätte mit Jugendgästehaus** mit 39 modern eingerichteten Zimmern mit 1- 4 Betten, Self-Service-Speisesaal, Tagungsräumen und Cafeteria – herrlich über dem Ayalontal gelegen.

Wie finanziert sich das Dorf und seine Familien?

Einige Mitglieder arbeiten in den dorfeigenen Bildungseinrichtungen und im Gästehaus, in manchen Familien ist das nur einer der Eltern, in einigen sind das beide. Viele arbeiten draußen in den unterschiedlichsten Berufen u.a. als Arzt, Sozialarbeiterin, Apotheker, Schauspieler, Tour-Guide, Gärtner, Hochschullehrer etc.

Die Mitarbeiter der Bildungseinrichtungen, interne wie externe, erhalten Gehälter. Diese und die übrigen Auslagen der Bildungseinrichtungen können nur mit Zuschüssen von Freundeskreisen aus dem Ausland (s.u.!) bezahlt werden

Die Zukunft des Dorfes: Vieler Kandidaten Bewerbung konnte nicht entsprochen werden, weil zusätzliche Bauplätze nicht genehmigt wurden. Nachdem im Jahr 2000 die Hälfte des bisher vom Kloster

Latroun gepachteten Landes ins Eigentum der Dorfgemeinschaft übergegangen ist, konnten 90 neue Bauplätze ausgewiesen werden. Die Infrastruktur dafür ist im Bau. Bauwillige Familien gibt es genug.

Anschrift des Friedensdorfes: Neve Shalom/Wahat al Salam DN Shimshon 99761, Israel, 0972-2-9912222; Fax-2-9911072, e-mail: pr@nswas.org

6. Karin Laier Netzwerk ökumenisches Begleitprogramm in Israel/Palästina – Ein Modell von Kirche ?

Als sich die Situation infolge der zweiten Intifada dramatisch verschlechterte, haben die Kirchenführer Jerusalems anlässlich eines Besuchs von Vertretern des ÖRK in Israel und in Palästina um internationale Präsenz gebeten. Nach intensiven Überlegungen und Beratungen hat der ÖRK im Jahr 2002 das ökumenische Begleitprogramm ins Leben gerufen. Es soll der „Ökumenischen Kampagne zur Beendigung der rechtswidrigen Besetzung Palästinas und für einen gerechten Frieden im Nahen Osten“ konkrete Gestalt geben. Nach vielen Diskussionen haben Pax Christi, EED, Brot für die Welt, EMS, Berliner Missionswerk und das EMW gemeinsam entschieden, sich mit einem Beitrag der deutschen Kirchen unter dem Namen „Ökumenischer Friedensdienst in Palästina und Israel“, kurz ÖFPI, zu beteiligen.

Das Ziel des Programms ist, schlicht da zu sein und eine andere Öffentlichkeit herzustellen. Mit den Berichten, die von den Freiwilligen geschrieben werden, sollen die Menschen vor Ort selber erkennbar werden, um die es hier geht. Denn sobald sie selber zu Wort kommen, wird deutlich, wie groß der Wunsch danach ist, in Frieden mit den unmittelbaren und den nächsten Nachbarn leben zu können. Die Medienberichte über den Konflikt geben dagegen wenig von den alltäglichen Versuchen beider Seiten wider, den Raum dazwischen zu gestalten und ihn positiv zu füllen. Die einseitigen und grob verzerrenden Zuschreibungen von Rollen aber macht sie unkenntlich.

Voraussetzung für die Teilnahme am Ökumenischen Friedensdienst ist ein Mindestalter von 25 Jahren. Es werden gute Englischkenntnisse und das Wissen um die Konfliktgeschichte erwartet. Vor allem aber wird die Fähigkeit erwartet, auch unter Anspannung der begrenzten Rolle als Begleiterin und Begleiter bewusst zu bleiben und gewaltfrei zu agie-

ren. Auswahl, Trainingsseminare vor und nach der Ausreise und die Begleitung vor Ort ermöglichen dies. Die Freiwilligen verteilen sich nach der Orientierungs- und Einführungsphase auf Jerusalem, wo vor allem Kontakt zu israelischen Nichtregierungsorganisationen gesucht und gepflegt wird, sowie auf Bethlehem mit den Gemeinden Beit Jala und Beit Sahour, auf Hebron, Jayyous, Tulkarem und Yannoun. Gaza und Nablus mussten nach dem ersten Jahr aufgrund von Sicherheitserwägungen und militärischen Anweisungen aus dem Programm genommen werden. Mittlerweile haben über dreihundert Freiwillige aus fünfzehn Ländern am EAPPI-Programm teilgenommen. Sie waren jeweils für drei bis sechs Monate im Land; einige verlängerten den auf drei Monate vorgesehenen Aufenthalt noch einmal um den gleichen Zeitraum. Andere kamen wieder, wie die aus Südafrika stammende Leiterin des Büros in Jerusalem der letzten beiden Jahre und die neue Leiterin Valentina Maggioli, die aus der Schweiz kommt.

Die Einsicht in die schuldhafte Verstrickung der Kirchen in die jahrhundertelange Entwertung und Ausgrenzung der Juden prägt die deutschen Freiwilligen auf andere Weise als andere Freiwillige. Sie sehen ihre Aufgabe daher auch darin, angesichts der vielen getrennten Bemühungen um deutsch-israelische und deutsch-palästinensische Verständigung in einem Programm mitzuarbeiten, das den Anspruch hat, für Menschen auf beiden Seiten da zu sein. Sie verstehen ihre Arbeit als eine notwendige Ergänzung. Und sie finden es wichtig, im Rahmen des Programms an die Gewalt zu erinnern, die jahrhundertlang von den Christen und von Predigten in den Kirchen gegen Juden ausging und die ihren furchtbaren Höhepunkt im Mittun und schweigenden Zulassen der Schoah hatte. Dabei wird es leider oft genug nötig, darauf hinzuweisen, dass nicht nur „die Deutschen dieses Problem haben“. Dem ÖRK ist sehr daran gelegen, dass die deutschen Freiwilligen dies in das Programm hineinbringen und damit deutliche Akzente gegen die häufig genug allzu nahe liegende Einseitigkeit setzen.

7. Bosiljka Schedlich Peace Women Across The Globe

Auf der Jahrestagung hat Bosiljka Schedlich die Friedensinitiative Peace Women Across The Globe vertreten.

Wir werden diese Gruppe in der nächsten „Verantwortung“ vorstellen.

Und zum guten Schluss unserer Berichterstattung über die Tagung in Arnoldshain:

Eine Teilnehmerinnen-Reaktion

19. 04. 07

An den Vorstand
des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins
und an die
Redaktion der „Verantwortung“

Sehr geehrte Herren und Damen!

Im Rückblick auf die Tagung in Arnoldshain vom 13.-15.4.2007 gilt mein Dank allen Beteiligten für die gute Vorbereitung und den ausgefüllten und bereichernden Ablauf.

Dem Motto „Wir wissen nicht, was wir tun sollen“ gingen, meiner Meinung nach, im Laufe der Diskussionen die Zuspitzung und die Antworten verloren. Wissen wir es wirklich nicht? Was tun wir? Was unterlassen wir?

Durch die Arbeitsbeschreibungen der Innovatorinnen und Innovatoren und durch die Erinnerung an Dietrich Bonhoeffer und seine Schlussfolgerung „Beten und Tun des Gerechten“ haben wir doch Antworten und Wegweisung. Wir wissen es doch! Warum tun wir es nicht? Sind wir zu bequem? Sind wir zu feige, es wenigstens zu benennen? Nämlich: **Beten und Tun des Gerechten!**

* Protestieren gegen Militarisierung und ungerechte Wirtschaft * Parteiliches einsetzen, sprechen und Handeln für die Witwen, Waisen und Fremden, spricht: für die Opfer! * Prävention für gerechte Verteilung von Wasser und Nahrung, * Verweigerung aller Kriegsdienste auf allen Ebenen!

Bitte sehen Sie diesen Text als Anregung zur Weiterarbeit im dbv und veröffentlichen Sie ihn in der „Verantwortung“.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hanna-E. Fetkötter -

„Kirche der Freiheit“ ! – Kirche der Freiheit ?

REDAKTIONELLE VORBEMERKUNG:

Die nächste Ausgabe von „Verantwortung“ wird sich als Schwerpunktthema mit dem sehr kontroversen und diskutierten EKD-Papier „Kirche der Freiheit“ beschäftigen. Die Arbeitsgruppe „Kirche gestalten“ des dbv ist im Zuge ihrer Diskussion über eine alternative Kirchenfinanzierung (das leidige Thema „Kirchensteuer“) auf den inneren Zusammenhang von „Taufe – Kirchenmitgliedschaft – Kirchensteuer“ gestoßen (vgl. dazu „Verantwortung“ Nr. 37, 29-45; Nr.38,23-39) Die gegenseitige kirchliche Anerkennung der Taufe als Grunddatum von „Kirchen(mit)gliedschaft“ ist gerade von „elf Kirchen“ im Magdeburger Dom feierlich bestätigt worden. Wir dokumentieren im Folgenden den am 4. Mai veröffentlichten Text der EKD zu diesem Groß-Ereignis, kommentieren ihn kurz, und stellen zur weiteren Diskussion den Entwurf (mehr noch nicht!) für eine offizielle Erklärung des dbv (hier besteht jedoch noch interner Diskussionsbedarf) zu diesem Themenkomplex vor. Das brisante Thema selbst wird in der nächsten Ausgabe von „Verantwortung“ ausführlich behandelt.



I. EKD-Dokumentation zur gegenseitigen Anerkennung der Taufe anlässlich eines feierlichen Bekenntnis-Aktes im Magdeburger Dom am 20. April 2007

Ein besonderer Stein ist im Magdeburger Dom Zeuge der wechselseitigen Taufanerkennung von elf Kirchen im Bereich der Bundesrepublik Deutschland geworden: Der Taufstein ist älter als die Trennungen innerhalb der Christenheit. So bietet der Taufstein im Magdeburger Dom eine besondere Symbolkraft, erklärte der Ratsvorsitzende der EKD zu Beginn des Gottesdienstes: „Noch vor der Trennung zwischen östlicher und westlicher Christenheit und lange vor dem reformatorischen Aufbruch des 16. Jahrhunderts diente dieser Taufstein der einen Taufe, zu der wir uns heute an ihm bekennen wollen.“ Vermutlich ist es der einzige in Deutschland erhaltene Taufstein aus der Zeit vor der Trennung der West- und Ostkirche 1054, der seither ununterbrochen benutzt wurde und wird. Becken und Basis wurden noch in der römischen Kaiserzeit unabhängig voneinander aus rotem Porphyr geschaffen. In der Antike dienten beide zunächst als Teile kostbarer profaner römischer Brunnen. Das Material kam aus Steinbrüchen in Ägypten.

Die Umwandlung in einen Taufstein erfolgte wahrscheinlich in Italien. Im 10. Jahrhundert ließ Kaiser Otto I. (912-973) den Taufstein in seinen Dom nach Magdeburg bringen. Das Gewicht des Taufsteins wird auf nahezu eine Tonne geschätzt.

1567 wurde der erste evangelische Domprediger feierlich in sein Amt eingeführt. Seitdem spenden evangelische Pfarrer das Sakrament an dem ehemals antiken Brunnen, der insgesamt seit mehr als tausend Jahren der christlichen Taufe dient. Während eines Gottesdienstes anlässlich des Weltjugendtages 2005 wurden im evangelischen Dom auch vom Magdeburger katholischen Bischof Gerhard Feige Jugendliche getauft. Eine um 955 von Kaiser Otto gegründete Kirche, die 1207 abgebrannt war, wird im Bereich des heutigen Doms vermutet. Der zwischen 1209 bis 1520 errichtete Magdeburger Dom war die erste gotische Bischofskirche auf deutschem Boden. Um den Taufstein versammelten sich in dem Gottesdienst zur Unterzeichnung der wechselseitigen Taufanerkennung die leitenden Vertreter der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche, der Arbeitsgemeinschaft Anglik.-Episk. Gemeinden in Deutschland, der Armenisch-Apostolischen Orthodoxen Kirche in Deutschland, der Ev.-altref. Kirche in Niedersachsen, der Evangelischen Brüder-Unität – Herrnhu-

ter Brüdergemeine, der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Evangelisch-methodistischen Kirche, vom Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland, der Orthodoxen Kirche in Deutschland, der Römisch-Katholische Kirche (Deutsche Bischofskonferenz) und der Selbständigen Evangelisch-Lutherische Kirche, um anschließend die gegenseitige Taufanerkennung zu unterschreiben. Vertreter der Kirchen, die die Tradition der Kindertaufe ablehnen und deshalb die Taufanerkennung nicht unterschreiben konnten, waren mit beim Gottesdienst vertreten.

Die wechselseitige Taufanerkennung lautet:

Jesus Christus ist unser Heil. Durch ihn hat Gott die Gottesferne des Sünders überwunden (Römer 5,10), um uns zu Söhnen und Töchtern Gottes zu machen. Als Teilhabe am Geheimnis von Christi Tod und Auferstehung bedeutet die Taufe Neugeburt in Jesus Christus. Wer dieses Sakrament empfängt und im Glauben Gottes Liebe bejaht, wird mit Christus und zugleich mit seinem Volk aller Zeiten und Orte vereint. Als ein Zeichen der Einheit aller Christen verbindet die Taufe mit Jesus Christus, dem Fundament dieser Einheit. Trotz Unterschieden im Verständnis von Kirche besteht zwischen uns ein Grundeinverständnis über die Taufe.

Deshalb erkennen wir jede nach dem Auftrag Jesu im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes mit der Zeichenhandlung des Untertauchens im Wasser bzw. des Übergießens mit Wasser vollzogene Taufe an und freuen uns über jeden Menschen, der getauft wird. Diese wechselseitige Anerkennung der Taufe ist Ausdruck des in Jesus Christus gründenden Bandes der Einheit (Epheser 4,4-6). Die so vollzogene Taufe ist einmalig und unwiederholbar. Wir bekennen mit dem Dokument von Lima: Unsere eine Taufe in Christus ist „ein Ruf an die Kirchen, ihre Trennungen zu überwinden und ihre Gemeinschaft sichtbar zu manifestieren“.

II. Kurzkomentar

Erfreulich in jeder Hinsicht ist es, dass diese feierliche öffentliche Zeremonie (wenn auch von der deutschen säkularen Öffentlichkeit wenig beachtet) stattgefunden hat und die gegenseitige Anerkennung der Taufe unwiderruflich bestätigt wurde. Allerdings wurde damit nur das bestätigt, was theologisch seit jeher – wenn auch nicht immer praktiziert – unstrittig war. Taufe ist vor aller offiziellen Kirchenmitgliedschaft das einigende Band aller, die sich zu Christus bekennen. Daher hat sogar die katholische Kirche trotz ihres im Grunde immer noch elitären Kirchenbegriffs (vgl. die Enzyklika „Dominus Jesus“) diesem ökumenischen Akt zustimmen können. Es gibt keine „katholische“ und keine „evangelische“ und auch keine „Orthodoxe“ Taufe, es gibt nur die eine Taufe auf „unseren Herrn Jesus Christus“, einmalig und unwiederholbar. Das ist theologisches Gemeingut. Gut und hilfreich, dies noch einmal – auch wenn es selbstverständlich ist – offiziell und feierlich bestätigt zu bekommen.

Doch nun beginnen die Fragen: Wird durch die Taufe damit die „Kirchenmitgliedschaft“ initiiert? Wohl ja, wenn wir an die weltweite also universale „eine Kirche Jesu Christi“ denken. Wir werden „eingegliedert“ in den Leib Christi. Unstrittig! Gilt das aber auch für die „Mitgliedschaft“ in einer Partikular-Kirche, also in der Verfassten Institution „Röm.-kath. Kirche“ oder der „Evgl. Landeskirche“ als „Körperschaft öffentlichen Rechtes“? So wird es zwar gern gesehen (vgl. „Verantwortung“ Nr. 38. 23ff.), aber das ist in der Logik der gegenseitigen Anerkennung der Taufe, die eben nicht im Namen irgendeiner Kirche, sondern im Namen Jesu Christi vollzogen wird, nicht nachvollziehbar. Taufe begründet – gerade weil sie unabhängig von jeder offiziellen Mitgliedschaft in einer Partikular-Kirche vollzogen wird – keine rechtliche Kirchenmitgliedschaft, diese hat erst als ein davon getrennter Rechtsakt (in welcher Form auch immer) zu folgen. Ist man sich bei dieser „feierlichen Zeremonie“ darüber im Klaren gewesen? Und was bedeutet das für eine „Kirche der Freiheit“, die Freiheit will und jedem Einzelnen auch zugesteht? Und wie ist es – man darf doch noch fragen – mit dieser Freiheit bestellt, wenn die Taufe de facto doch als „Eintritt in die Kirche“ als KdöR verstanden wird? Schwierige Fragen! Der dbv ist auf der Suche nach Antworten, die Konsequenz für unser Verständnis der „Gestalt unserer Kirche“, ihrer Mitgliedschaft und der Form ihrer Finanzierung haben. Das folgende Diskussionspapier begibt sich auf den Weg dazu und will die von der EKD stolz propagierte „Kirche der Freiheit“ beim Wort nehmen. (A. Denecke)

III. „Kirche der Freiheit“ – befangen in einem „zwanghaften“ Kirchenbild?

Plädoyer für mehr Spiritualität, Freiwilligkeit und Eigenverantwortung

(Diskussionsentwurf für eine Stellungnahme des dbv) - K. Martin / H Pfeiffer / A. Denecke -

1. Das Impulspapier „Kirche der Freiheit – Perspektiven für die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert“ möchte einen „Paradigmen- und Mentalitätswechsel“ (Seite 7) bei den hauptamtlich Mitarbeitenden sowie bei den Neben- und Ehrenamtlichen anstoßen. Die Verfasser selbst sind in ihrem Denken jedoch noch ganz in die gegenwärtigen Kirchenstrukturen eingebunden. Sie scheinen von der Überzeugung getragen: Wir lassen die „bewährten“ Grundstrukturen der Kirche unverändert, motivieren zu Flexibilität, Ressourcenkonzentration und mehr Engagement und erreichen so eine neue Qualitätsstufe der Lebendigkeit. Bei diesem Denkansatz wird die hemmende, demotivierende Wirkung der gegenwärtigen Kirchenstrukturen unterschätzt. Denn die gegenwärtigen Strukturen unserer Volkskirche sind auch im Impulspapier aus-

- schließlich mitgliederorientiert, ohne die große Zahl religiös hoch motivierter Nicht-Mitglieder ernsthaft in den Blick zu nehmen.
2. Das Impulspapier beginnt mit der Feststellung: „Die evangelische Kirche in Deutschland steht vor großen Herausforderungen: Demographische Umbrüche, finanzielle Einbußen, die Spätfolgen zurückliegender Austrittswellen, hohe Arbeitslosigkeit, globalisierter Wettbewerb sind gesellschaftliche Entwicklungen, von denen die Kirche entscheidend betroffen ist“ (Seite 7). Es wird in dem Papier für den Zeitraum 2003 bis 2030 ein drohender Abwärtstrend beschrieben, falls der in den vorausgehenden 10 – 12 Jahren festgestellte Trend anhält und nicht gestoppt oder – besser noch – umgekehrt werden kann. Die Mitgliederzahlen der ev. Kirche werden von 26 Millionen auf 17 Millionen sinken. Entsprechend werden die Kirchensteuereinnahmen von derzeit 4 Milliarden € auf 2 Milliarden € im Jahr 2030 abnehmen. Die Zahl der Pfarrerinnen und Pfarrer muss von derzeit 20.400 auf 13.000 im Jahr 2030 zurückgefahren werden. Es ist die Frage, ob sich dieser Abwärtstrend – dessen Kernproblem die sinkende Zahl der Kirchenmitglieder ist – bei den gegenwärtigen Strukturen der Kirche stoppen lässt. Erfolgversprechender wäre es unseres Erachtens, zwanghafte Strukturen abzubauen und stattdessen stärker Spiritualität, Freiwilligkeit und Eigenverantwortung zu betonen.
 3. Die Aussagen des Impulspapiers zur „finanziellen Entwicklung“ (Seite 22) wiederholen die seit vielen Jahren von kirchenleitender Seite vorgebrachten Einschätzungen. „Die Kirchensteuer ist in Deutschland die gute und verlässliche Finanzierungsbasis der Kirchen. Sollte sich in Zukunft deren Gestaltung ändern (z.B. durch staatliche Steuerreformen), wird es erst recht nötig sein, Finanzierungsergänzungssysteme zu entwickeln“ (Seite 22). Die Erfahrungen anderer Großinstitutionen im Gemeinnützigkeits-Sektor der Gesellschaft zeigen die Grenzen solcher „Finanzierungsergänzungssysteme“. Es kommt hinzu: Das gegenwärtige Kirchensteuersystem, das in keiner Weise infrage gestellt oder auch nur für reformbedürftig erachtet wird, führt psychologisch bereits im Ansatz zu einer Abwertung von zusätzlicher Gebereitschaft. Mit dem gegenwärtigen Kirchensteuersystem ist implizit der Anspruch verbunden, gerecht und vollständig zu sein. Darüber hinausgehende Geldleistungen gehören nicht mehr zu den pauschal durchgesetzten Grunderwartungen an die Kirchenmitglieder. Die freiwilligen Spenden können als individuelle „Übermotivation“ bzw. als persönliche „Gewissensberuhigung“ abgetan werden; die Aufnahme von vorbildlichem Spenderverhalten in den eigenen Kanon nachahmenswerter Handlungen kann erfolgreich abgewehrt werden.
 4. Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein kritisiert seit vielen Jahren den zwar nur indirekten, aber faktisch vorhandenen Zwangscharakter der Kirchensteuer (vgl. Karl Martin, Abschied von der Kirchensteuer – Plädoyer für ein demokratisches Zukunftsmodell: Reformvorschlag des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv), Publik-Forum Verlagsgesellschaft 2002). Dieser Zwangscharakter ist mit dem Wesen von Kirche und dem Wesen einer christlichen Gemeinschaft unvereinbar. Dass man sich durch den „Kirchenaustritt“ der Zahlung der Kirchensteuer entziehen kann, ändert nichts an deren objektivem Zwangscharakter. Dieser besteht darin, dass die Kirchensteuer mit den staatlichen Mitteln eingezogen wird und dass der Einzug als vom Arbeitgeber vorgenommener Abzug vom Gehalt bereits vor der Gehaltsauszahlung erfolgt. Gegen die Rechtspflicht zu einem Mitgliedsbeitrag wäre nichts einzuwenden – sofern sie auf einer Willenszustimmung des Kirchenmitgliedes beruhen und unnötige Zwangselemente vermeiden würde. Aber genau diese Willenszustimmung und die Vermeidung unnötiger Zwangselemente gehören noch nicht zum Kirchensteuersystem. Es zeigt sich hier eine tiefe Störung und Deformation in der Beziehung zwischen der Kirche und ihren Mitgliedern. Offensichtlich misstraut die Kirche der Mehrzahl ihrer Mitglieder – dies wird der Grund sein, warum man, trotz der langsam sichtbarer werdenden Mängel, am Kirchensteuersystem festhält. Die Kirche geht – so hat es den Anschein – davon aus, dass die Mitgliedschaft der Mehrzahl der Kirchenangehörigen nicht aus sich heraus von tragfähigen Grundmotivationen, die die Bereitschaft zur finanziellen Mitverantwortung einschließen, geprägt ist. Von einer Kirchenmitgliedschaft, in deren Zentrum Spiritualität, Freiwilligkeit und Eigenverantwortung stehen, sind wir noch weit entfernt.
 5. Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, dass ausgerechnet die „Kirche der Freiheit“ so beharrlich an dem Zwangssystem Kirchensteuer festhält. Der Denkansatz des Impulspapiers ist schon älter. Er wurde bereits in den 80-er Jahren von Wolfgang Huber in seinem Aufsatz „Die Kirchensteuer als ‚wirtschaftliches Grundrecht‘ – Zur Entwicklung des kirchlichen Finanzsystems in Deutschland zwischen 1803 und 1933“ (in: Wolfgang Lienemann, Die Finanzen der Kirchen, Chr. Kaiser Verlag 1989, Seite 130 ff.) vorgetragen. Wolfgang Huber bezieht sich in seinem Kirchensteuerverständnis auf eine Arbeit von Friedrich Giese zum deutschen Kirchensteuerrecht aus dem Jahr 1910: „Den Begriff der Kirchensteuer hat F. Giese, ihr sorgsamster Erforscher, folgendermaßen definiert: ‚Kirchensteuern sind die an kirchliche Verbände von ihren Verbandsangehörigen kraft der Verbandsangehörigkeit für kirchliche Zwecke unentgeltlich zu entrichten-

den unständigen geldlichen Zwangsbeiträge“ (aaO, Seite 130). Auf diesem Hintergrund nennt Wolfgang Huber die Kirchensteuer eine „Zwangsabgabe“ (aaO, Seite 131). Entstanden im 19. Jahrhundert, wurde das Kirchensteuer-system in der Weimarer Reichsverfassung 1919 reichsweit geregelt. Es spiegelt eine gesellschaftliche Wirklichkeit, die sich längst gewandelt hat. Insbesondere ist der Monopolanspruch der Kirchen hinfällig geworden. Die Menschen sind institutionskritischer und in Sachen Religion eigenverantwortlicher geworden. Die Aufrechterhaltung von als Zwang wahrgenommenen Mitgliedsbeiträgen stabilisiert nicht die Kirche, sondern verstärkt zunehmend Distanz und Verdrossenheit. Kirchlichkeit und echte Frömmigkeit außerhalb der offiziellen Kirche kommt dagegen erst gar nicht in den Blick.

6. Das eigentliche Skandalon der Kirchensteuer liegt noch einmal tiefer. Es sind theologische Bedenken, die den Dietrich-Bonhoeffer-Verein veranlassen, über Alternativen nachzudenken. Die Kirchensteuer ist an die Kirchenmitgliedschaft gebunden, diese wiederum wird durch die Taufe herbeigeführt. Die Taufe degeneriert dabei zum Auslöser und zur Begründung für die Zahlung von Kirchensteuer und für die Anwendung von staatlichen Zwangsmaßnahmen. Ein geistlicher Akt (Ich taufe nicht im Namen der Kirche, sondern im Namen Gottes) wird mit einem weltlichen Körperschaftsrecht verwechselt. Dass hier ein schlimmer Missbrauch von Taufe vorliegt, liegt auf der Hand. Immer wieder ist in Einzelfällen beobachtbar, dass Menschen getauft werden möchten bzw. ihre Kinder taufen lassen möchten, ohne dadurch in eine Kirchenmitgliedschaft und in eine Kirchensteuerpflicht genötigt zu werden. A. Denecke macht in dem Zahlenmaterial der 4. EKD-Studie „Kirche in der Vielfalt der Lebensbezüge“ eine überraschende, von den Auswertungen der EKD-Studie selbst gar nicht aufgenommene Beobachtung: „Es äußern – überraschend? inkonsequent? von einer eigenen Logik bestimmt? – die aus der Kirche „**Ausgetretenen (West)**“ zu 60% (!) die Bereitschaft, Ihre Kinder **taufen** zu lassen. In der Befragung 10 Jahre früher (1992) waren es nur 32%. Die eklatante Zunahme der Bereitschaft zur Taufe ist bei geringerer Gesamtgröße auch bei den „Ausgetretenen (Ost)“ und „immer Konfessionslosen“ von 4% auf 22% (West) bzw. 8% auf 19% (Ost), zu beobachten (so S. 98 in der EKD-Studie). Ich interpretiere dies nun wirklich überraschende Ergebnis so: diese „Ausgetretenen“ oder gar „immer Konfessionslosen“ verbinden eine mögliche Taufe ihrer Kinder – vielleicht aus Mangel an Kenntnis, möglicherweise aber auch ganz bewusst – eben nicht mit „Kirchenmitgliedschaft“, sie trennen also in unserem Sinne ganz bewusst – oder vielleicht auch nur unbewusst,

aber treffsicher – Taufe und Mitgliedschaft in der Institution Kirche scharf voneinander, im Sinne von: „Ich lasse zwar gern meine Kinder taufen, aber was hat das denn mit der Kirchenmitgliedschaft zu tun? Ich denke doch, sie werden auf den Namen Jesu Christi getauft und nicht auf den Namen einer zufälligen Institution Kirche.“ (in: Verantwortung 37/2006, Seite 37 f).

7. Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein erinnert daran, dass bereits Dietrich Bonhoeffer in seinem „Entwurf einer Arbeit“ (Widerstand und Ergebung DBW 8, Seite 556 ff.) den „Abschied von der Kirchensteuer“ gefordert hat. Für die Synoptiker und Paulus ist die Freiwilligkeit christlicher Gaben und Kollekten eine Selbstverständlichkeit (vgl. Ulrich Luz, Die Kirche und ihr Geld im Neuen Testament, in: Wolfgang Lienemann, Die Finanzen der Kirchen, Chr. Kaiser Verlag 1989, Seite 525 ff.). Ulrich Luz kommt in seinem Aufsatz „Ekklesiologie und Geld der Kirche – Neutestamentliche Perspektiven für heute“ (in: Evang. Theol. 1/2001, Seite 6 ff., hier Seite 18) zu dem Ergebnis: „Weil im Neuen Testament die Ansätze zu einer Regelung des kirchlichen ‚Finanzwesens‘ immer vom jeweiligen Verständnis des Evangeliums her mitbestimmt waren und weil die frühchristlichen Gemeinden gerade hier sich von ihrer Umwelt unterschieden, sind bei der Frage, wie die finanziellen Strukturen der Kirchen aussehen sollen, die Ekklesiologie, und damit auch die Bibelwissenschaftler, gefordert. M.E. ist keine der heutigen Möglichkeiten der Finanzierung der Kirche so weit vom Neuen Testament entfernt, wie unser System der Kirchensteuer.“ Natürlich braucht eine Kirche ausreichende Finanzmittel, und die Kirchenmitglieder sind selbstverständlich verpflichtet, zur notwendigen Einnahmenerzielung ihren Beitrag zu leisten. Dies heißt aber nicht, dass die Art der Geldbeschaffung dem Belieben von Synoden und Kirchenleitungen anheim gegeben wäre. Entsprechend dem Motto „Wo evangelisch draufsteht, muss Evangelium erfahrbar sein“ (Impulspapier Seite 8) muss die Art des kirchlichen Beitragswesens mit dem Wesen des christlichen Glaubens und der christlicher Gemeinschaft in Einklang stehen. Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein schlägt vor, kirchliche Zahlungen in Zukunft von einer Willenszustimmung des Beitragspflichtigen abhängig zu machen. Die Taufe kann nicht als eine solche Willenszustimmung gewertet werden. Die Taufe und damit die Zugehörigkeit zur Ortsgemeinde bzw. zur Landeskirche als Glaubensgemeinschaft – und damit auch die Zugehörigkeit zum weltweiten konfessionsübergreifenden einen Leib der „Kirche Jesu Christi“ – müssen getrennt werden von der Mitgliedschaft in der Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Mitgliedschaft in der Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts und damit die

Teilnahme am Kirchensteuereinzugsverfahren sollten in Zukunft nicht schon mit der Taufe, sondern erst mit einer nachträglichen Willenserklärung beginnen, entsprechend der jetzt schon gültigen Regelung, dass diese Mitgliedschaft durch eine ebensolche Willenserklärung wieder beendet werden kann. Die Trennung von Taufe und Körperschaftsmitgliedschaft würde ganz neue Reformspielräume eröffnen. Die spirituelle Bedeutung der Taufe würde gestärkt. Freiwilligkeit und Eigenverantwortung würden wieder neu erlebbar.

8. Die Auffassung, dass die Zugehörigkeit zur Kirche als Glaubensgemeinschaft und die Mitgliedschaft in der Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts nicht dasselbe sind, wird gerade auch von der katholischen Kirche geteilt. In dem Schreiben des Vatikans vom 13. März 2006 (abgedruckt in „Verantwortung“ 38/2007, Seite 25 f.) wird die Frage behandelt, ob Katholiken, die vor staatlichen Stellen aus der Kirche ausgetreten sind, auch nach kirchlichem Recht als Ausgetretene zu gelten haben. Es wird vom Vatikan erläutert, dass der „Kirchenaustritt“ vor staatlichen Stellen und die damit verbundene Streichung aus staatlichen Kirchensteuerlisten noch keinen Kirchenaustritt im Sinne kirchlichen Rechts darstellen. Ein nach kanonischem Recht gültiger Kirchenaustritt ist erst dann gegeben, wenn drei Voraussetzungen erfüllt sind: (a) die innere Entscheidung, die Katholische Kirche zu verlassen; (b) die Umsetzung und eine äußere Bekundung dieser Entscheidung, und (c) die Entgegennahme dieser Entscheidung durch die zuständige kirchliche Autorität (den zuständigen Ordinarius bzw. Pfarrer). Es gibt also nach katholischer Auffassung eine Kirchenmitgliedschaft auch noch in solchen Fällen, in denen jemand in staatlichen Listen nicht mehr als Kirchenmitglied geführt wird. Die Deutschen Bischöfe versuchen zwar, diese Klarstellungen umzuinterpretieren und den „Kirchenaustritt“ vor staatlichen Stellen weiterhin als Trennung von der Kirche als Glaubensgemeinschaft zu behandeln (vgl. die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zum Austritt aus der katholischen Kirche, abgedruckt in „Verantwortung“ 38/2007, Seite 27) – sie versuchen dies, um das deutsche Kirchensteuersystem zu retten. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich in Sachen „Kirchenaustritt“ die Ansichten des Vatikans durchsetzen werden.
9. In der katholischen Kirche ist der „Kirchenaustritt“ vor staatlichen Stellen kein Austritt aus der Kirche als Tauf- und Glaubensgemeinschaft. In der evangelischen Kirche muss dieser Gedanke, der sich auch von der evangelischen Ekklesiologie her nahe legt, erst wieder zurückgewonnen werden. Die seit der Reformation vollzoge-

ne enge Anbindung der Landeskirchen an die Landesherren hat zu einer Identifizierung von staatlichem und kirchlichem Mitgliedschaftsrecht geführt. Dass jemand der evangelischen Kirche angehört, der vor staatlichen Stellen aus ihr ausgetreten ist – mithin also ein vom Staat völlig unabhängiges Mitgliedschaftsrecht praktiziert, bedarf einer neuen Wahrnehmung und Akzeptanz. Auch außerhalb der Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts gibt es vollgültige Kirche. Von der Christentumsgeschichte und von der Sache her ist die Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts ein sekundäres Phänomen (hierher gehört die Problematik der so genannten konstantinischen Wende). Das Primäre sind die vorkörperschaftlichen Gestaltungsformen christlichen Lebens. Bis zum heutigen Tag und auch in Zukunft sind diese vorkörperschaftlichen Gestaltungsformen die eigentliche Basis von Kirche – sie sind die eigentliche „Kirche der Freiheit“. Insofern halten wir das Selbstverständnis, das in dem Impulspapier der EKD zum Ausdruck kommt, für problematisch. Die „kirchlichen Institutionen“ erklären sich in ihm zu den primären, unabdingbaren „Voraussetzungen“ des Christentums.

10. Der dbv versteht daher das vom Impulspapier zurecht anvisierte Ziel, eine „Kirche der Freiheit“ zu sein, anders: „Kirche der Freiheit“ sind wir nur dann, wenn wir nicht mehr fixiert bleiben auf die immer noch vorhandene, aber immer geringer werdende offizielle Kirchenmitgliedschaft (genauer: Mitgliedschaft in einer KdöR), sondern uns ideologiefrei öffnen für Nicht-Kirchenmitglieder einer „Kirche außerhalb der Mauern der Kirche“ (*ecclesia extra muros ecclesiae*), ohne diese zu nötigen, künftig Körperschaftsmitglied werden zu müssen. Denn: Die Identifizierung mit christlichen Grundüberzeugungen, der Wunsch nach Kontaktmöglichkeiten und Teilbeteiligungsformen geht weit über die Grenzen amtskirchlicher Mitgliedschaftsrechte und -pflichten hinaus. Auch die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung der kirchlichen Arbeit ist außerhalb dieser Grenzen vorhanden. Zu den Herausforderungen der Zukunft wird es gehören, den Status aller Getauften als Mitglieder der Kirche im geistlichen, theologischen Sinn anzuerkennen und ihr Selbstbewusstsein als Christen – auch dort, wo keine Körperschaftsmitgliedschaft gewünscht wird – zu stärken. Solange die Kirche ihre Überlegungen nur auf sich als Körperschaftsorganisation konzentriert, bleiben viele in der Gesellschaft vorhandene Formen des Glaubens und des christlichen Lebens ausgeblendet. Die Kirche verzichtet dort, wo sie sich nur als körperschaftliche Organisation bedenkt, leichtfertig auf ein Umfeld, das wesensmäßig zu ihr gehört und aus dem heraus sie viel Förderung und Unterstützung erfahren könnte.

Buchhinweis

René Löffler

**Ungestraft
aus der Kirche
austreten?
Der staatliche
Kirchenaustritt
in kanonistischer Sicht**

Forschungen zur
Kirchenrechts-
wissenschaft
Band 38, 430 Seiten
Euro 35,00 (D)
ISBN 978-3-429-02888-6



Statistisch gesehen erklärt alle zwei Minuten ein deutscher Christ den Austritt aus seiner Kirche. Die Konsequenz – unterstützt vom demographischen Wandel – ist hinlänglich bekannt: Kirchensteuereinnahmen brechen ein, die gesellschaftliche Bedeutung der Kirchen schwindet. Der Umgang mit dem Kirchenaustritt schien lange Zeit geklärt: Gläubige, die vor einer staatlichen Behörde aus der Kirche austraten, gehörten laut Statistik der DBK nicht mehr zur katholischen Kirche. Die deutschen Bischöfe behandeln Ausgetretene als Exkommunizierte. Dies entsprach lange der Mehrheitsmeinung deutschsprachiger Kanonisten.

Für Aufsehen sorgte im März 2006 ein vom Papst approbiertes Rundschreiben des Päpstlichen Interpretationsrates an die Vorsitzenden der Bischofskonferenzen. Danach ist der staatliche „Kirchenaustritt“ nicht immer auch ein Kirchenabfall (c. 1117CIC). Haben sich Kanonisten, kirchliche Verwaltungen und Gerichte in ihrer Beurteilung geirrt? Oder versteht „Rom“ die deutsche Einrichtung des Kirchenaustritts nicht?

Ausgangspunkt der Untersuchung sind die rechtsgeschichtliche und statistische Entwicklung des staatlichen Kirchenaustritts sowie die Motive deutscher Christen für einen solchen Schritt. Ein Vergleich von staatlichem und kirchlichem Verständnis der Kirchengliedschaft klärt die ekklesiologische Grundlage. Neben den Konsequenzen des Kirchenaustritts im staatlichen Rechtsbereich werden vor allem die kirchenrechtlichen Folgen des staatlichen Kirchenaustritts nach dem Codex Iuris Canonici von CIC 1983 sowie dem kirchlichen Partikular- und Arbeitsrecht analysiert.

René Löffler, Dr. theol., Lic. iur. can. ist Wissenschaftlicher Referent im Erzbistum München und Freising.

Leserbrief

24.02.2007

Sehr geehrter, lieber Herr Dr. Martin,

Dank für das Jan-Heft 2007 Ihrer Zeitschrift ‚Verantwortung‘ mit dem schönen, bewegenden, treffenden Nachruf für meinen Mann. Beim Lesen bin ich besonders bei dem Wort „RATLOS“ hängen geblieben, bei dem Satz: „Hermann Wagner wurde zutiefst ratlos“. Ja, das wurde er. — Der Artikel des Friedensnobelpreisträgers Joseph Rotblat „Eine Welt ohne Krieg“ ist wohl Wunschdenken und hat mich das lesenswerte Suhrkamp-TB hervorholen lassen. U. Horstmann: „Das UNTIER (= der Mensch)“. Hier wird grauenhaft zwingend dargelegt, womit Kap. I. beginnt: „Die Apokalypse steht ins Haus. Wir Untiere wissen es längst, und wir wissen es alle. Hinter dem Parteiengzänk, den Auf- und Abrüstungsdebatten, den Militärparaden und Anti-Kriegsmärschen, hinter der Fassade des Friedenswillens und der endlosen Waffenstillstände gibt es eine heimliche Übereinkunft: dass wir ein Ende machen müssen mit und unseresgleichen, so bald und so gründlich wie möglich – ohne Pardon, ohne Skrupel und ohne Überlebende“. Nun nochmals vielen Dank!

*Herzliche Grüße!
Beste Wünsche!
Ihre Gertha Wagner
(Tel. 089/6099)*

ES STELLT SICH VOR:

Die Aktionsgruppe „David gegen Goliath“

*Nicht das Beliebige,
sondern das Rechte tun und wagen,
nicht im Möglichen schweben,
das Wirkliche tapfer ergreifen,
nicht in der Flucht der Gedanken,
allein in der Tat ist die Freiheit.
Tritt aus ängstlichem Zögern heraus
in den Sturm des Geschehens,
nur von Gottes Gebot und deinem Glauben getragen,
und die Freiheit wird deinen Geist jauchzend empfangen.*
(Dietrich Bonhoeffer)

**Nicht reden, sondern handeln:
Einladung zum „Davids-Weg“ der kleinen Schritte
mit großer Perspektive**

*Dietrich Bonhoeffer ist „getreu bis in den Tod“ für seine
jesuanisch gegründeten christlichen Werte eingetreten: Un-
recht als Unrecht und Lüge als Lüge zu bezeichnen. In gro-
ßer Konsequenz hat er dem verbrecherischen gottlosen und
menschenverachtenden NS-Staat nicht nur den Gehorsam
verweigert, sondern bewusst auch die Pläne zum Tyran-
nenmord mit getragen.*

Das gezielt in Bezug auf die NS-Zeit gewählte Mot-
to „Und wenn euch eure Kinder fragen ‚Was habt
ihr dagegen getan?‘, wollt ihr wieder sagen ‚wir
haben nichts gewusst?‘“ hat die Münchner Um-
welt-, Menschen- und Tierrechts-Organisation Da-
vid gegen Goliath seit ihrer Gründung im Frühjahr
1986 als Reaktion auf die Atomkatastrophe von
Tschernobyl, die als letzte Warnung verstanden
wurde, begleitet.

Unter ungleich günstigeren, immer noch rechtsstaat-
lich abgesicherten Rahmenbedingungen haben die
Münchner Davids seitdem „fantasievoll, gewaltfrei
und konsequent“ auf die fortschreitende Umwelt-
zerstörung und die sich immer deutlicher abzeich-
nende hausgemachte Klimakatastrophe, als die
Überlebensfrage dieser Zivilisation schlechthin auf-
merksam gemacht. Dies geschieht sowohl durch öf-
fentlichkeitswirksame Aktionen, wie die paradoxe
Forderung nach einem Atommüll-Lager vor der
Staatskanzlei als konsequenter Ausdruck des Ver-
ursacherprinzips; wie einen 36-stündigen Hunger-
und Durststreik als Protest gegen die Abholzung
von 40 gesunden Stadtbäumen; wie die erste deut-
sche ICE-Blockade gegen gravierende Mängel im
Zugverkehr, wie das Anbringen eines Transparen-
tes auf dem Turm der Markus-Kirche, als Protest
gegen Kommerzwerbung auf Kirchtürmen, oder die
aktuelle Protestaktion gegen die Kombination von

menschlichen und tierischen Genen; sowie durch
bis heute durchgehaltene Anzeigenkampagnen in
großen Tageszeitungen in Form von wertorientier-
ten Manifesten zu Grundsatzfragen oder durch Vor-
träge und kulturelle Veranstaltungen. Dabei lautet
die Davids-Botschaft in einer an Macht- und Ver-
gnügungswahn berauschten Gesellschaft, die als
einzigsten zentralen Wert den „Mehr-Wert“ anerkennt:
Willst Du die Welt verändern, fang bei dir selber an.
Verbinde dich dann mit anderen und du kannst auf
den Segen der himmlischen Mächte vertrauen. Aber
David gegen Goliath kritisiert nicht nur, sondern
weist auf konstruktive Lösungen hin: So wurde
bereits 1988 die Kampagne „Wir machen München
zur solaren Modellstadt“ gestartet, in deren Rahmen
die Davids der Stadt München eine Solaranlage spen-
deten, von der das berühmte Münchner Glocken-
spiel angetrieben wird; und mit der Aktion „11 Um-
weltgebote für eine lebenswerte Zukunft“ sind
inzwischen in einer Auflage von über 1 Million
sofort umsetzbare Handlungsanleitungen zu den
großen relevanten Umwelt-Problemfeldern erschie-
nen.

In den letzten Jahren ist die Verbindung von Politik
und Spiritualität, auch als eine Konsequenz der
zwölfjährigen Münchner Stadtratszeit, zu einem
Kernanliegen geworden. Dazu werden u.a. in der
Sonnen-Arche, dem Umwelt- und Begegnungszent-
rum von David gegen Goliath im Chiemgau, ver-
schiedene Veranstaltungen angeboten, die vor allem
ein unmittelbares Erleben weitgehend unberührter
Natur und von inzwischen mehr als 100 artgerecht
gehaltenen Tieren, wie Seraphin, Orion, Joy, Grace
und Co. ermöglichen.

„Dietrich Bonhoeffer ist uns mit seinem Aufruf zur
befreienden Tat als Ausdruck unserer Gotteskind-
schaft eines der großen Vorbilder. Er inspiriert uns
immer wieder, unsere Wahrnehmungs-, Urteils- und
Handlungsfähigkeit, gerade auch in den Stürmen
des Alltags, zu schärfen und trotz allen Momenten
durchlebter Verzweiflung einen liebevollen Weg der
Achtsamkeit im Bewusstsein der Verbundenheit mit
allem Leben zu gehen“, so DaGG-Vorsitzender Bern-
hard Fricke. (*Kontakt: David gegen Goliath e.V., Neu-
hauser Str. 3, 80331 München, Tel: 089-23662050, Fax:
089-23662060; mail: webmaster@davidgegengoliath.de*).

Buchbesprechung

Friedrich Grotjahn (Hg.):

**„Ich habe mir geschworen, nicht zu schweigen.“
Die Lebensgeschichte der Eva Bormann,**

Lutherisches Verlagshaus, Hannover 2006,
168 Seiten mit zahlreichen Fotos,
ISBN 3-7859-0964-0

Dieses Buch handelt von einer „Friedensfrau“, die als echte Protestantin eigene Wege des gewaltlosen Widerstands und der Versöhnung zwischen den Nationen ging. Eva Bormann, geboren 1912, kämpfte in der frühen fünfziger Jahren gegen die Remilitarisierung und Aufrüstung der gerade sich konstituierenden Bundesrepublik. Sie – Frau eines Pfarrers, der 1943 in der Sowjetunion fiel – trat unter Protest aus ihrer Kirche aus, weil diese die Aufrüstung im „kalten Krieg“ unterstützte und ihr Wächteramt gegenüber dem Staat – jedenfalls in der Friedensfrage – nicht wahrnahm. Sie baute später mit ungebrochenem christlichen Mut ein Trainingszentrum für gewaltfreie Aktionen auf, half tatkräftig Friedensaktivistinnen in Nordirland, reiste hochbetagt mit einer internationalen Friedensgruppe nach Bagdad, um den ersten Irakkrieg abzuwenden. Weil die christliche Friedensbewegung der achtziger Jahre in der evangelischen Kirche Raum zur Entfaltung bekam, trat sie wieder offiziell in die Kirche ein. Sie wurde als ein zwar menschenfreundlicher, aber dennoch irritierender Störfaktor im niedersächsischen ländlichen Milieu angesehen. Deshalb bearbeitete man den Antrag von Friedensfreunden, ihr das Bundesverdienstkreuz zu verleihen, mehr als zögerlich. Aber schließlich wurde sie doch damit ausgezeichnet, diese Friedensfrau, die am Abend des Volkstrauertages 1949 die Kränze vom Krieger-Ehrenmal entfernt hatte, auf dem auch der Name ihres Mannes stand, die 1987 die Obrigkeit provoziert hatte, indem sie die Volkszählung boykottierte – und beide Male Verfahren wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses auf sich gezogen hatte.

Wer dieses Buch liest, für den wird die Nachkriegsgeschichte aus einer ungewöhnlichen Perspektive lebendig. Es gab eben noch etwas anderes als nur Wiederaufbau, beginnenden Wohlstand. Da waren Menschen, die die bittere Lektionen der Jahre 1933 bis 1945 durchbuchstabierten und sich aktiv gegen die später viel beklagte Restaurierung jener Jahre stemmten. Die Zeitgeschichtlerin B. von Miquel kommentiert das in einem klugen Essay.

Doch wie kam gerade Eva Bormann dazu, solche doch für eine Pfarrwitwe ungewöhnlichen persönlichen Konsequenzen aus den Erfahrungen der NS-Zeit zu ziehen? Der Leser erfährt Erstaunliches. Eva

Bormann war, wie ihr Mann, ein Gefängnispfarrer, wie so viele andere zugleich Christus- und Hitlergläubig gewesen; beide gehörten zur Glaubensbewegung Deutsche Christen. Walter Bormann sah es als seine Christenpflicht an, in Hitlers Krieg zu ziehen. Die Witwe verstand seinen Tod zunächst – ganz im Banne der damals vorherrschenden christlichen Opferideologie – als einen notwendigen Beitrag zur Verteidigung von Volk und Heimat und versuchte, sich damit zu trösten.

Aber sie blieb über ihr Tagebuch in Verbindung mit dem Toten. Sie schrieb ihm darin von 1943 bis 1958 Briefe, indem sie sich ihm gegenüber ausspricht: über ihren alltäglichen schwierigen Überlebenskampf, über die vier gemeinsamen Kinder, über ihre Gedanken zu dem, was sie nach und nach über die Verbrechen der NS-Diktatur wahrnehmen muss, über die damit in ihr anhebenden Umdenkungsprozesse. Sie spricht mit dem für sie lebendigen Toten über die aggressiven Wahlkämpfe, über das erneute Versagen der Kirche, die den Staat nicht auf die Folgen seines Tuns aufmerksam machen will, über ihre innere Wandlung von der „Deutschen Christin“ zur evangelischen Friedensfrau. Schließlich beendet sie förmlich das Gespräch mit dem Toten, dem „kleinen Du“, weil sie sich nun dem „großen Du“ der Menschheit zuwenden wird, das nichts nötiger hat als Frieden.

Friedrich Grotjahn wurde schon vor vielen Jahren auf diese ungewöhnliche Protestantin aufmerksam. Er ist mehr als nur der Herausgeber dieses Buches. Er ist über weite Partien auch erzählender Berichterstatter, hat eine Auswahl aus den Bormann-Aufzeichnungen transkribiert, gliedernd Akzente gesetzt und einfühlsam die Texte kommentiert. Er interpretiert das, was in Eva Bormanns Innerem vorgeht und was sie fünfzehn Jahre lang mit ihrem geliebten Toten bespricht, als Erfahrungen einer christlicher Mystik. Denn sie erfährt dabei – und das beglückt und beseligt sie in Herz und Gemüt und sie schreibt es auch so nieder – ihren geliebten Toten als in Gottes Ewigkeit lebend und darum ihr nah. Und zugleich geht es ihr dabei um einen verantwortlichen, der realen Welt zugewandten Lebenskampf in der Nachkriegsgegenwart. Es ist möglich, dass Friedrich Grotjahn mit dem hermeneutischen Schlüssel „Mystik“ Eva Bormann tiefer verstanden hat als diese sich selbst. Aber gerade dadurch wird die Unbedingtheit dieser Friedensfrau verständlich, die anderen Mystikerinnen der christlichen Tradition bis hin zu Dorothee Sölle in nichts nachsteht. „Ich habe mir geschworen, nicht zu schweigen.“

Paul Gerhard Schoenborn, Wuppertal

Dietrich-Bonhoeffer-Verein zur Förderung christlicher Verantwortung
in Kirche und Gesellschaft e.V.

Protokoll der 25. ordentlichen Mitgliederversammlung am 13. und 15. April 2007 in der Ev. Akademie Arnoldshain

Beginn der Sitzung am 13.04. um 15:00 Uhr, Ende 18:45 Uhr. Anwesende: siehe Anwesenheitsliste.
Beginn der Sitzung am 15.04. um 12:15 Uhr, Ende 12:30 Uhr. Anwesende: siehe Anwesenheitsliste.

Tagesordnung gemäß Einladungsschreiben vom 10. März 2007:

1. Begrüßung, Eröffnung und Anwesenheitsliste
2. Behandlung von Resolutionsentwürfen
3. Protokoll der Mitgliederversammlung am 3.2.2006 in Berlin (Verantwortung 37, Seite 53 f.)
4. Vereinsregularien
5. Satzungsänderungen (siehe unten)
6. Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstandes
Zusammensetzung des Gesamtvorstandes
7. Stand der Planungen des dbv für 2007 und 2008;
erste Überlegungen für das 25-jährige Jubiläum des dbv in 2008
8. Zukunft der Öffentlichkeitsarbeit und der Zeitschrift „Verantwortung“
9. Termin der nächsten Mitgliederversammlung und andere Termine
10. Anregungen und Verschiedenes (u.a.: Wer schreibt Bericht über Arnoldshainer Tagung?)

TOP 1 - Begrüßung, Eröffnung und Anwesenheitsliste

Dr. Karl Martin begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Anwesenheitsliste geht herum. Frau Frigerio-Pfeiffer und Herr Büschel erklären ihren Beitritt zum dbv. Es liegen folgende Stimmübertragungen vor: Ingrid Schwind an Rosmarie Daser-Martin; Brigitte Schobeß, Uwe Kranz, Gudrun Schreiber an Hanna-E. Fetkötter; Wernfried Schreiber, Dr. Wolfram Rohde-Liebenau und Anke Rohde-Liebenau an Ekke Fetkötter.

Es sind 15 Stimmberechtigte anwesend + 7 Stimmübertragungen = 22 Stimmberechtigte.

TOP 2 - Behandlung von Resolutionsentwürfe

Es liegen zwei Entwürfe vor:

1. Protest gegen die deutsche Kriegspolitik in Afghanistan nach beschlossenen Einsätzen von Tornado-Kampfflugzeugen, erstellt von Hans Ulrich Oberländer.
2. „Kirche der Freiheit“ befangen in einem zwanghaften Kirchenbild – Plädoyer für mehr Spiritualität, Freiwilligkeit und Eigenverantwortung, erstellt von Dr. Karl Martin und Herbert Pfeiffer.

Es soll erst Entwurf 2 und danach Entwurf 1 behandelt werden.

Zu 2.: Herbert Pfeiffer berichtet über die Entstehung des Entwurfs in der AG „Kirche gestalten“ und erläutert die drei Quellen, aus denen sich die Kirche finanzieren soll. Der Text wird verlesen. Bei der folgenden Aussprache weist Frau Hollaender darauf hin, dass auch jüdische Gemeindemitglieder Kirchensteuer zahlen. Dies muss bei den Gesprächen zwischen der evangelischen und katholischen Kirche berücksichtigt werden, ebenso der zukünftige Status der Muslime in Deutschland. In der Diskussion werden verschiedene Textänderungen vorgeschlagen. Karl Martin weist darauf hin, dass die Herbsttagung des dbv in Blankenese sich vorwiegend mit dem Thema Kirchenfinanzierung beschäftigen wird. Es wird beschlossen, dass Karl Martin und Herbert Pfeiffer die Änderungswünsche in das Papier einarbeiten und den Entwurf am Sonntag erneut vorlegen werden. Am Sonntag soll deswegen nach der Schlussrunde eine Viertelstunde als Fortsetzung der Mitgliederversammlung stattfinden.

Zu 1.: Hans Ulrich Oberländer stellt den Entwurf vor, erläutert die Hintergründe und bietet seine Bereitschaft zur Überarbeitung an. Der Text wird verlesen, diskutiert, und einige Änderungen werden vorgeschlagen. Hans Ulrich Oberländer wird den Entwurf überarbeiten und bei der Fortsetzung der Mitgliederversammlung am Sonntag erneut vorlegen.

TOP 3 - Protokoll der Mitgliederversammlung am 03.02.2006 in Berlin

Das Protokoll ist allen Mitgliedern mit der „Verantwortung Nr. 37“ zugegangen. Fragen, warum Termin und Thema für die Frühjahrstagung 2007 geändert wurden, beantwortet Karl Martin. In TOP 7 ist der Name für das Pfarrerkabarett falsch. Richtig muss es heißen: Okko Herlyn. Das Protokoll wird bei einer Enthaltung genehmigt.

TOP 4 - VereinsregularienBerichte der Vorstandsmitglieder und Berichte aus den Arbeitsgruppen

Karl Martin berichtet als Vorsitzender über die Arbeit des vergangenen Jahres. Der Vorstand war mit der Vorbereitung der Tagungen und der Satzungsänderung beschäftigt.

Die AG „Frieden wagen“ hat den heute vorgelegten Resolutionsentwurf „Protest gegen die deutsche Kriegspolitik“ erarbeitet.

Die AG „Kirche gestalten“ hat den heute vorgelegten Resolutionsentwurf zum Kirchenbild von „Kirche der Freiheit“ vorbereitet. Die guten Kontakte von Herbert Pfeiffer nach Italien sind sehr nützlich und wichtig für die Arbeit.

Die AG „Bonhoeffer bewegt“ bereitet die Frühjahrstagung 2008 in Braunschweig vor. Das Thema wird sein der Gehorsamsbegriff bei Bonhoeffer.

Kassenbericht und Kassenprüfungsbericht

Da der Kassenwart Dietrich Hasselhorn nicht anwesend sein kann, trägt Herbert Pfeiffer als einer der Kassenprüfer den Kassenbericht vor, berichtet über die Einnahmen und Ausgaben des dbv und verliest den Kassenprüfungsbericht von Uwe Kranz, dem zweiten Kassenprüfer. Die Unterlagen wurden geprüft, und es ergaben sich keine Beanstandungen. Herbert Pfeiffer weist darauf hin, dass einige Änderungen in der Kassenführung hilfreich sein könnten. Hans-Ulrich Oehlschlägel, Herbert Pfeiffer und Karl Martin werden diese Änderungen gemeinsam besprechen

Antrag auf Entlastung des Vorstandes

Hans Ulrich Oehlschlägel beantragt die Entlastung des Vorstandes.

Abstimmungsergebnis: 13 für Entlastung, 9 Enthaltungen.

Wahl der Kassenprüfer (für ein Jahr)

Herbert Pfeiffer wird gebeten, für ein weiteres Jahr das Amt des Kassenprüfers zu übernehmen. Als zweiter Kassenprüfer stellt sich Gerhard Büschel zur Verfügung. Bei Enthaltung der Betroffenen werden die Vorschläge angenommen. Karl Martin bedankt sich für die Bereitschaft zur Mitarbeit.

TOP 5 - Satzungsänderungen

Karl Martin berichtet über die Notwendigkeit, eine Satzungsänderung vorzunehmen. Es ist wichtig, dass Personen in den Gesamtvorstand gewählt oder berufen werden, die bereit sind, einmal jährlich an einer Sitzung teilzunehmen. Es wird bei vier Enthaltungen beschlossen, dass Berufungen in den Gesamtvorstand, die durch den Geschäftsführenden Vorstand erfolgt sind, von der nächstfolgenden MGV bestätigt werden müssen. In diesem Sinn ist in § 6 Punkt 3 folgender Satz zu ergänzen: „Bei einer Berufung durch den Geschäftsführenden Vorstand muss die Berufung in der nächstfolgenden Mitgliederversammlung bestätigt werden.“ In § 6 Punkt 6 ist der Satz „Zusätzliche Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands finden nach Bedarf statt“ wie folgt zu erweitern: „Zusätzliche Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands, zu denen die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder im Verhinderungsfall deren Stellvertretung einlädt, finden nach Bedarf statt.“ Die Satzungsänderungen, wie sie in dem Einladungsschreiben zur Mitgliederversammlung vom 10. März 2007 aufgeführt sind, werden zusammen mit den beiden soeben erfolgten Ergänzungen von der Mitgliederversammlung einmütig angenommen. (Neue Satzung für Mitglieder in Anlage dieses Heftes beigelegt).

TOP 6 - Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstandes

Hans Ulrich Oberländer übernimmt die Wahlleitung.

Alle bisherigen Vorstandsmitglieder bis auf Christoph Rinneberg, der seine Mitgliedschaft im dbv z.Zt. ruhen lässt, sind bereit, erneut zu kandidieren.

Karl Martin berichtet über die Gründe, warum Christoph Rinneberg seine Arbeit in der Redaktion der „Verantwortung“ niedergelegt hat.

Ekke Fetkötter bemerkt, dass seines Erachtens der Führungsstil von Karl Martin die Ursache für Spannungen sei. Der Vorwurf, dass auch schon Hans-Dieter Zepf und Matthias Engelke aus dem Verein „gedrängt“ worden seien, wird von Karl Martin und den anwesenden Vorstandsmitgliedern energisch zurückgewiesen. Karl Martin berichtet von Meinungsverschiedenheiten in der Friedensfrage. Neben der von Fetkötters gewünschten radikalpazifistischen Position gebe es bei einer Mehrheit der Vereinsmitglieder einen Situations-Pazifismus (dies war auch die Position Dietrich Bonhoeffers). Es muss möglich sein, dass in einem Verein unterschiedliche Meinungen neben einander bestehen, ohne dass eine Seite der anderen die jeweilige Meinung überstülpen will. Die Offenheit der Meinungsäußerung

wird begrüßt. Karl Martin bietet Hanna und Ekke Fetkötter ein Gespräch an, um Misshelligkeiten zu beseitigen. Die anwesenden Kandidaten und Kandidatinnen berichten über ihre Arbeit. Karl Martin macht darauf aufmerksam, dass er in der nächsten Sitzung des Gesamtvorstandes seine Nachfolge im Vorsitz ins Gespräch bringen wird.

Wahl des Geschäftsführenden Vorstandes:

	Vorgeschlagen:	Ja-Stimmen	Enthaltungen
Vorsitzender:	Karl Martin	13	9
Stellv. Vorsitzender:	Dominik Kanka	18	4
Stellv. Vorsitzende:	Roswitha Velte-Hasselhorn	18	4
Kassenwart:	Dietrich Hasselhorn	22	.-
Schriftführerin:	Irmela Milch	21	1
Beisitzerin:	Barbara Wirsen-Steetskamp	22	.-
Beisitzerin:	Regina Molnar	22	.-
Beisitzer:	Herbert Pfeiffer	22	.-

Alle Gewählten nehmen die Wahl an.

Zusammensetzung des Gesamtvorstandes

Als Nachfolger für Christoph Rinneberg in der Redaktionsarbeit ist Prof. Axel Denecke bereit. In den Gesamtvorstand werden gewählt: Detlef Bald, Axel Denecke, Hans Ulrich Oberländer, Werner Schneider-Quideau und Dieter Stork. Die Zustimmung der Kandidaten für die Annahme ihrer Wahl liegt vor.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen.

Karl Martin dankt dem Wahlleiter.

Protokoll der Fortsetzung der Mitgliederversammlung

am Sonntag, den 15.04.2007, von 12:15 bis 12:30 Uhr

Alle Vereinsmitglieder, die an der Mitgliederversammlung am Freitag, den 13.4.2007, teilgenommen haben, sind auch jetzt noch bei der Fortsetzung der Mitgliederversammlung anwesend.

TOP 2 - Behandlung von Resolutionsentwürfen

Die Resolution „Tornado-Einsatz“ wird mit den Ergänzungen und Änderungen verlesen und mit 22 Ja-Stimmen als Resolution Nr. 44 des dbv angenommen.

Die Resolution über die Kirchenfinanzierung wird mit den Ergänzungen verlesen. Bei der Resolution über die Kirchenfinanzierung wird noch Diskussions- und Klärungsbedarf gesehen. Mit Rücksicht auf die knappe Zeit stellt Bodo Uflacker deswegen den Antrag, diese Resolution zurückzustellen. Diesem Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen stattgegeben.

TOP 7 - Stand der Planungen des dbv für 2007 und 2008:

Erste Überlegungen für das 25-jährige Jubiläum des dbv in 2008

Die Herbsttagung des dbv findet vom 28.-30.09.2007 in Hamburg-Blankenese statt.

Das Thema der Frühjahrstagung 2008 in Braunschweig wird sein der Gehorsamsbegriff bei Bonhoeffer. —Der neue Gesamtvorstand wird gebeten, sich mit den Überlegungen für das 25-jährige Jubiläum des dbv in 2008 zu befassen.

TOP 8 - Zukunft der Öffentlichkeitsarbeit und der Zeitschrift „Verantwortung“

Der neue Gesamtvorstand wird gebeten, sich mit der Zukunft der Öffentlichkeitsarbeit und der Zeitschrift „Verantwortung“ zu befassen.

TOP 9 - Termin der nächsten Mitgliederversammlung und andere Termine

Die nächste Mitgliederversammlung ist bei der Frühjahrstagung vom 15.-18.05.2008 in Braunschweig.

TOP 10 - Anregungen und Verschiedenes

Karl Martin bedankt sich bei Ulrich Schwemer, der einen Bericht über die Tagung erstellen will. Dieser Bericht soll an Bischof Huber verschickt und für Presseveröffentlichungen zur Verfügung gestellt werden.

Für das Protokoll: gez. Irmela Milch, Schriftführerin; gez. Dr. Karl Martin, Vorsitzender

Resolution Nr. 44 des dbv

angenommen von der
Mitgliederversammlung des dbv
am 15.04.2007 in Arnoldshain / Schmitten



Protest gegen die deutsche Kriegspolitik in Afghanistan nach beschlossenen Einsätzen von Tornado-Flugzeugen

Im Herbst 2001 ließ sich Deutschland auf den von der Bush-Administration befohlenen abenteuerlichen Krieg gegen den Terror in Afghanistan einbinden.

Es hat sich gezeigt, dass dieser seit mehr als fünf Jahren geführte Krieg mit dem erklärten Ziel, die dort herrschenden Taliban zu vernichten, weder zur Befriedung der Region noch zu einem hinreichend stabilen afghanischen Staatswesen geführt hat. Der bisherige Bundeswehr-Einsatz dort muss als mühseliger Versuch von Schadensbegrenzung eingestuft werden.

Die von den USA und Verbündeten geführten Kampfeinsätze sind ungeeignet, Terror einzudämmen, geschweige denn seine Wurzeln zu beseitigen. Eigentlich sollte sich eine Weltmacht wie die USA mit ihren Verbündeten der riesigen Verantwortung hinsichtlich Befriedung der Weltgemeinschaft bewusst sein. Stattdessen verfolgen sie in zynischer Weise staatsegoistische Ziele, wie die Sicherung von Rohstoffressourcen sowie geostrategischer Einflussphären.

Mit der vom Bundesparlament genehmigten Entsendung von Tornado-Flugzeugen wird Deutschland in diesem – gemäß Grundgesetz und Völkerrecht mehr als fragwürdigen – Krieg in eine neue Qualität der Mitwirkung verwickelt. Nicht zuletzt dürfte hierdurch die Gefahr von Terroranschlägen hierzulande zunehmen.

Wir protestieren gegen diese Form der Teilhabe an einem Krieg, der offensichtlich keine Konfliktbearbeitung zum Ziel hat, der dortigen Zivilbevölkerung kaum eine Verbesserung ihrer Situation in Aussicht stellt und der in der geführten Form mit keiner redlichen Argumentation zu rechtfertigen ist. Uns ist es unverständlich, wie dieser Bundestagsbeschluss gegen die gemäß Umfragen deutliche Mehrheitsmeinung der deutschen Bürger zustande kam. Es erhebt sich nicht zuletzt die Frage, in welchem Umfang lebenswichtige Infrastrukturmaßnahmen in Afghanistan anstelle der zusätzlichen Kosten der Tornado-Einsätze finanziert werden könnten.

Außerdem erklären wir uns mit den Soldaten der Bundeswehr solidarisch, die aus Gewissensgründen sowie Berufung auf das deutsche Grundgesetz eine Mitbeteiligung unter diesen neuen Rahmenbedingungen verweigern.

TERMINVORSCHAU 2007

Samstag, 30. Juni

10:00 bis 12:00 Uhr

Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands in Frankfurt/Main Nähe Hauptbahnhof

12:00 bis 16:00 Uhr

Sitzung des Gesamtvorstands in Frankfurt/Main Nähe Hauptbahnhof

16:00 bis 18:00 Uhr

Redaktionssitzung für die Zeitschrift „Verantwortung“ in Frankfurt/Main Nähe Hauptbahnhof

Freitag bis Sonntag

28.-30. September

Herbsttagung des dbv in der Evangelischen GemeindeAkademie Hamburg-Blankenese e.V. Thema: Kirche zwischen Glaube und Geld? Probleme gegenwärtiger Kirchenfinanzierung - Reformvorschläge des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins. Die Tagung wird vorbereitet von den MitarbeiterInnen der Ev. Gemeinde Akademie (Dr. Denise v. Quistorp) und der dbv-Arbeitsgemeinschaft „Kirche gestalten“.

Samstag, 20. Oktober

10:00 Uhr

Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands in Frankfurt/Main.

12:00 Uhr

Sitzung der AG „Kirche gestalten“ in Frankfurt/Main. Die AG „Kirche gestalten“ tagt öffentlich. Interessenten sind immer willkommen. Schwerpunkt der Sitzung am 20. Okt. wird sein die Erarbeitung eines neuen Positionspapiers. Der Entwurf dafür mit dem Titel „Kirche der Freiheit“ – befangen in einem zwanghaftem Kirchenbild? Plädoyer für mehr Spiritualität, Freiwilligkeit und Eigenverantwortung“ existiert bereits. Er wurde von Axel Denecke, Karl Martin und Herbert Pfeiffer angefertigt. Der Entwurf kann über die E-Mail-Adresse karl.martin@dietrich-bonhoeffer-verein.de angefordert werden. Ebenso kann über diese E-Mail-Adresse die Zusendung einer Einladung für den 20. Okt. erbeten werden.

TERMINVORSCHAU 2008

Donnerstag bis Sonntag

15.-18. Mai

Frühjahrstagung des dbv in Braunschweigin Zusammenarbeit mit dem Seminar für Ev. Theologie und Religionspädagogik der Technischen Universität Braunschweig Univ.-Prof. Dr. Gottfried Orth

Donnerstag, 15. Mai

25jähriges Jubiläum des Dietrich-Bonhoeffer-VereinsOrt der Veranstaltung: Universität Braunschweig

Freitag bis Sonntag, 16. bis 18. Mai

Tagung zum Thema „Gehorsam – ein positiver Begriff bei Bonhoeffer – ein unbrauchbarer Begriff für das gegenwärtige Lebens- und Glaubensverständnis?“ (vorläufige Themaformulierung)

Ort der Tagung: Universität BraunschweigDie Tagung wird vorbereitet von dem Seminar für Ev. Theologie und Religionspädagogik der Technischen Universität Braunschweig (Univ.-Prof. Dr. Gottfried Orth) und der dbv-Arbeitsgemeinschaft „Bonhoeffer bewegt“

Samstag, 14. Juni

10:00 bis 12:00 Uhr

Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands in Frankfurt/Main Nähe Hauptbahnhof

12:00 bis 16:00 Uhr

Sitzung des Gesamtvorstands in Frankfurt/Main Nähe Hauptbahnhof

16:00 bis 18:00 Uhr

Redaktionssitzung für die Zeitschrift „Verantwortung“ in Frankfurt/Main Nähe Hauptbahnhof

Buchhinweis

Kirche bildet

Beiträge
zum Bildungsauftrag
in Gesellschaft und Kirche

Herausgegeben
von
Denise von Quistorp

128 S., kart.,
1. Aufl. Februar 2007
9,50 € (inkl. MwSt.;
zzgl. Versand)
ISBN 3-9809376-3-1



Kann Kirche heute ein Partner im Bildungssystem sein? Und welches Bildungsverständnis würde dem zu Grunde liegen?

Die Autoren der Beiträge (Peter Bieri, Andreas Wandtke-Grohmann, Hartwig v. Schubert, Denise v. Quistorp, Karl Martin, Fulbert Steffensky, Tina Reuss, Hermann Häring, Reiner Blank, Willigis Jäger, Johann Michael Schmidt) gehen der Frage der Bildung nach. Ihre Gedanken sind Impuls und Grundlage für die Arbeit der EVANGELISCHEN GEMEINDEAKADEMIE BLANKENESE.

Lebensbegleitendes und lebenslanges Lernen soll auch diese Bildungsinitiative ermöglichen. Bildung soll den „Zusammenhang und die Verknüpfung von Wissen, Können, Wertbewusstsein, Haltung, Handlungsfähigkeit und Sinn“ fördern. Ihr Ziel ist, „dass wir Menschen werden, dass wir menschlich werden!“

Die GEMEINDEAKADEMIE versteht sich als eine Bildungseinrichtung der evangelischen Kirche auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes. Für Christen soll sich durch die Arbeit der Akademie der Glaube „ausbilden“: Frömmigkeit lebendig werden und bleiben und damit als Fundament der Verantwortung für Mensch und Schöpfung dienen.

Das Inhaltsverzeichnis des Buches „Kirche bildet“ ist nebenstehend abgedruckt.

Bestellungen des Buches können über den Fenestra-Verlag (Verlags-Homepage, Telefon, Telefax, Postweg) oder über den Buchhandel erfolgen.

Fenestra-Verlag, Am Heienberg 4
65193 Wiesbaden, Fon: (0611) 5440693; Fax: 9545911
info@fenestra-verlag.de; www.fenestra-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Denise von Quistorp, Einleitung

Arndt Schomerus, Vorwort

Johann Hinrich Claussen, Grußwort

Peter Bieri
Wie wäre es gebildet zu sein?

Andreas Wandtke-Grohmann
Kirche bildet – etwas anders:
Beiträge zu einem lebensbegleitenden Lernen

Hartwig v. Schubert
Was bewegt die evangelische Kirche zur schöpferischen Anpassung an gewandelte Verhältnisse?

Denise v. Quistorp
Ehrenamt, Kooperation und Gemeindeaufbau:
Das Modell der EVANGELISCHEN
GEMEINDEAKADEMIE BLANKENESE E.V.

Der öffentliche Diskurs:
Ziele der Akademiearbeit am Beispiel Nordelbiens
Maße des Menschlichen

Ev. Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft – Denkschrift der EKD, 2003 (Thesen)

Karl Martin
Bewährung des Glaubens in verantwortlicher Tat.
Bei Dietrich Bonhoeffer gelernte ethische Aspekte und ihre Gegenwartsbedeutung

Fulbert Steffensky
Brauchen Kinder Religion?

Tina Reuss
Kirche und Literatur

Hermann Häring
Weltethos – Werteorientierung für Kulturen?

Reiner Blank
Wirtschaft und Spiritualität –
Impulse aus heiterem Himmel
Willigis Jäger
Westöstliche Weisheit – Visionen einer integralen Spiritualität

Johann Michael Schmidt
Gewalt in der Bibel

Die Zeitschrift "Verantwortung" wird im Auftrag des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv) zur Förderung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft e.V. herausgegeben. Mit Namen oder Signum gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionsteams bzw. des Herausgebers wieder. Leserbriefe, Artikel und Anzeigen werden an die Redaktionsadresse erbeten. Lassen Sie uns Ihre Beiträge bitte in **digitaler Form** per E-mail oder Diskette zukommen. Die Adressen zur Kontaktaufnahme für die Mitarbeit an der Zeitschrift sind nebenstehend angegeben.

Mitarbeitende Autoren/Autorinnen und ihre Adressen

- | | |
|--|--|
| Judith und Dr. Reiner Bernstein
Viktor-Scheffel-Str. 5
80803 München | Bosiljka Schedlich
Süd-Ost-Europa Kulturzentrum
Großbeerenstr. 70
10963 Berlin-Kreuzberg |
| Manfred Erdenberger
Deutsche Initiative für den Nahen Osten (DINO)
Kiefernweg 19
50767 Köln | Hermann Sieben
Neve Shalom / Wahat al Salam
Sonnenrain 30
53757 Sankt Augustin |
| David gegen Goliath
Vors. Bernhard Fricke
Neuhauser Str. 3
80331 München | Dr. Bruno Schoch, HSK
Leimenrode 29
60322 Frankfurt/Main |
| Irith Gabriely
Pommernstr. 1
64297 Darmstadt | Prof. D. Martin Stöhr
Fröbelstr. 10, 61118 Bad Vilbel |
| Dr. Wolfgang Huber
Ratsvorsitzender der EKD
Kirchenamt
Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover | Pfarrer Ulrich Schwemer
Theodor-Storm-Str. 10
64646 Heppenheim |
| Karin Laier
Turnerstr. 10
55120 Mainz | Paul-Gerhard Schoenborn
Dellbusch 298
42279 Wuppertal |
| Dr. Annette Mehlhorn
Pfarrgasse 4
65428 Rüsselsheim | Gertha Wagner
Johann-Sebastian-Bach-Str. 45a
85521 Ottobrunn |
| Franz-Roger Reinhard
Pax Christi
Postfach 1345
61103 Bad Vilbel | Sarah und Hagar
c/o Ev. Frauenbegegnungszentrum
z.Hd. Pfarrerin Eli Wolf
Saalgasse 15
60311 Frankfurt/Main |
| | Pfarrerin Gabriele Zander
Robert-Schneider-Str. 13a
64289 Darmstadt |

**Herausgeber
im Auftrag des dbv:**
Dr. Karl Martin
karl.martin@dietrich-bonhoeffer-verein.de
www.dietrich-bonhoeffer-verein.de

Redaktion:
Prof. Dr. Axel Denecke
Lilienweg 16
30916 Isernhagen
Tel: (0511) 612024
axdene@web.de

Redaktionsmitglieder:
Willy Beppler, Eltville
Irmela Milch, Wiesbaden
Hans-Ulrich Oberländer, Jena
Herbert Pfeiffer, Stuttgart
Dieter Stork, Bünde

Fenestra-Verlag
Bad Harzburg-Wiesbaden
Tel: (0611) 5440693;
Fax: (0611) 9545911
info@fenestra-verlag.de;
www.fenestra-verlag.de

Druckerei am Parkfeld
Rheingastr. 12
65201 Wiesbaden
Tel: (0611) 22937

Redaktionsschluß
Red.-Schluss für Heft 40:
30. Okt. 2007.

Vorstand des dbv
Vorsitzender:
Dr. Karl Martin
Modersohnstr. 63, 10245 Berlin
Tel: (030) 20050867
handy: (0175) 4460773
Karl.Martin@gmx.de

Stellvertretender Vorsitzender:
Pfarrer Dominik Kanka
Ev. Kirchengemeinde Schwanheim
Rohrheimer Str. 27
64625 Bensheim
(06251) 79440
ev.kirchengemeinde.schwanheim@ekhn-net.de

Stellvertretende Vorsitzende:
Pfarrerin Roswitha Velte-Hasselhorn
Kirchgasse 8
64546 Mörfelden-Walldorf
(06105) 1011 oder 207763
rhasselhorn@web.de oder
info@evakim.de

Kassenwart:
Dietrich Hasselhorn
Langgasse 35
64546 Mörfelden

Schriftführerin:
Irmela Milch
Dreispietzstr. 14
65191 Wiesbaden
(0611) 562710
irmela.milch@freenet.de

Beisitzer:
Regina Molnar, München
Herbert Pfeiffer, Stuttgart
Barbara Wirsén-Steetskamp,
Kronberg/Ts.

Ständiger Gast:
Dr. Christian Fischer, Mainz

Bankverbindung: Kreditgenossenschaft Kassel, BLZ 50060500, Nr. 4004469

Der dbv ist als gemeinnützig anerkannt und berechtigt, Zuwendungsbestätigungen für steuerliche Zwecke auszustellen. Die Mitgliedsbeiträge für den dbv sind wie Spenden abziehbar.

Bestellschein

- Ich bitte um Zusendung eines Probeexemplars der Zeitschrift "Verantwortung" (Euro 5,- zuzüglich Porto).
- Ich abonniere die Zeitschrift "Verantwortung" (Jahresabo - 2 Ausgaben - Euro 10,- incl. Porto).
- Ich interessiere mich für die Arbeit des dbv und erbitte weitere Unterlagen.

Name: Straße:

PLZ und Ort:

Ich bin mit der Abbuchung des fälligen Betrages einverstanden:

Bank Konto-Nr. BLZ

Datum: Unterschrift:

Ich bitte um Eintragung in die Liste der Freunde des dbv (Jahrespauschale Euro 20,-; Zeitschrift "Verantwortung" kostenlos).

Ich trete dem dbv als Mitglied bei (Jahresbeitrag Euro 40,-; Zeitschrift "Verantwortung" kostenlos).

Ich unterstütze die Arbeit des dbv mit einer Spende auf das Konto des dbv bei der Kreditgenossenschaft Kassel, Filiale Frankfurt, BLZ 50060500, Konto-Nr. 4004469

Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv), gegründet 1983, fördert die Wahrnehmung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft. Er sieht in dem Leben und Werk Dietrich Bonhoeffers eine unverändert gültige, in die Zukunft weisende Herausforderung zu kritischem Glauben, Denken und Handeln.

IN der Konsequenz der Theologie Bonhoeffers beteiligt sich der dbv daran, den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung weiterzuführen.

SO wie Bonhoeffer weiß sich der dbv dem Anliegen der Oekumene verpflichtet. Unter Oekumene versteht er die Gemeinschaft aller Christen.

IN Kirche und Gesellschaft arbeitet der dbv für eine Befreiung des Denkens und der sozialen Strukturen aus evangeliums-widrigen Sachzwängen, Vorurteilen und gesellschaftlichen Egoismen.

DIE Teilnahme an Seminaren des dbv ist für alle offen. In Diskussionen suchen wir nach Wegen, christliche Verantwortung persönlich und mit anderen zu praktizieren.

AM Prozess der öffentlichen Meinungsbildung beteiligt sich der dbv durch Resolutionen der Mitgliederversammlung, Herausgabe seiner Zeitschrift "Verantwortung" sowie durch Pressearbeit. Wir laden Sie herzlich ein, sich an den aktuellen Diskussionen des dbv zu beteiligen. Sie können Mitglied bei uns werden oder sich in die Liste der Freunde des dbv eintragen lassen.

FRIEDEN wagen ... mit diesem Thema greift der dbv das Friedensverständnis Bonhoeffers auf: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit ... Friede muss gewagt werden.“

(Bonhoeffer, Fanö 1934)

KIRCHE FÜR ANDERE ... mit diesem Thema greift der dbv das Kirchenverständnis Bonhoeffers auf. Seine Vision war: „Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist Sie muss an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftsleben teilnehmen.“ (Bonhoeffer 1944)

„Ich glaube, dass Gott uns in jeder Notlage soviel Widerstandskraft geben will, wie wir brauchen. Aber er gibt sie nicht im Voraus, damit wir uns nicht auf uns selbst, sondern auf ihn verlassen. In solchem Glauben müsste alle Angst vor der Zukunft überwunden sein.“

Dietrich Bonhoeffer an der Wende zum Jahr 1943



*Dietrich Bonhoeffer
im Juli 1939*

1906 Dietrich Bonhoeffer, geboren am 4. Februar 1906 in Breslau, evangelischer Theologe, Promotion, Habilitation, Studentenpfarrer in Berlin.

1933 Bereits 1933 gilt er als entschiedener Gegner der Nationalsozialisten. Er tritt für die Pflicht der Christen zum Widerstand gegen staatliche Unrechthandlungen ein. Als Mitarbeiter der Bekennenden Kirche wird er zu einem der führenden Theologen der kirchlichen Oppositionsbewegung.

1938 wird Bonhoeffer in die Staatsstreichplanungen um Beck, Canaris und v. Dohnanyi eingeweiht. 1940 vom Widerstandskreis der Spionageabwehr getarnt und mit Reisepapieren versorgt, benutzt er seine kirchlich-ökumenischen Kontakte, um im Ausland die Ziele des deutschen Widerstands zu erläutern und politische Unterstützung für die Umsturzpläne und eine baldige Kriegsbeendigung zu suchen.

1943 wird er verhaftet und bleibt ohne Gerichtsverfahren im Wehrmachtuntersuchungsgefängnis in Berlin-Tegel inhaftiert. Hier entstehen die Briefe und Texte für das Buch „Widerstand und Ergebung“.

1945 Am 9. April 1945 wird er im KZ Flossenbürg durch die SS ermordet.